

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/85

85. Sitzung

Mittwoch, den 17. März 2010

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

"Niedrige Anmeldezahlen bei der Realschule plus"
auf Antrag der Fraktion der FDP
 – Drucksache 15/4345 – 5063

"Auswirkungen der Kürzung der Solarförderung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der SPD
 – Drucksache 15/4370 – 5072

"Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen – Landesregierung kalkuliert steigenden Unterrichtsausfall ein"
auf Antrag der Fraktion der CDU
 – Drucksache 15/4372 – 5083

Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.

Es findet jeweils eine Aussprache nach § 101 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

— — —

Nach Tagesordnungspunkt 1 a nimmt der Landtag eine Erklärung von Herrn Staatsminister Bruch zur Tötung eines SEK-Beamten am heutigen Tage entgegen und gedenkt des Verstorbenen. 5072

...tes Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 15/4172 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
 – Drucksache 15/4358 – 5088

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4172 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5089

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Anerkennung der Gleichwertigkeiten von Bildungsnachweisen im Hochschulbereich

Antrag der Landesregierung

– Drucksache 15/4225 – 5089

Der Antrag der Landesregierung – Drucksache 15/4225 – wird an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur überwiesen. 5089

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4292 –

Erste Beratung 5089

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4292 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 5092

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/4310 –

Erste Beratung 5092

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4310 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5095

...tes Landesgesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4342 –

Erste Beratung 5095

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4342 – wird an den Rechtsausschuss überwiesen. 5095

Landesjagdgesetz (LJG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4341 –

Erste Beratung 5095

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4341 – wird an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz – federführend –, an den Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5100

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechts-schaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau
Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4339 –

Erste Beratung 5100

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4339 – wird an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5100

Evaluierung des Bologna-Prozesses – Erfahrungen umsetzen, Kritik aufgreifen
Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/3735 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

– Drucksache 15/4312 – 5100

Zehn-Punkte-Sofortprogramm gegen die Bolognakrise in Rheinland-Pfalz

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 15/3917 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

– Drucksache 15/4313 – 5100

Die Tagesordnungspunkte 9 und 10 werden gemeinsam aufgerufen und beraten.

Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3917 – wird mit Mehrheit abgelehnt. 5105

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3735 – wird mit Mehrheit angenommen. 5105

Einführung einer Nährwert-Ampel als eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung für Lebensmittel

Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4117 –

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz

– Drucksache 15/4319 – 5105

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4117 – wird mit Mehrheit angenommen. 5110

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Hendrik Hering, Dr. Carsten Kühl; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Peter-Wilhelm Dröscher, Thomas Günther, Michael Hörter; Staatssekretär Michael Ebling.

Rednerverzeichnis:

Abg. Auler, FDP:	5091, 5094
Abg. Brandl, CDU:	5064
Abg. Dr. Krell, SPD:	5101
Abg. Dr. Wilke, CDU:	5091
Abg. Eymael, FDP:	5080
Abg. Frau Beilstein, CDU:	5092
Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:	5065, 5071
Abg. Frau Dickes, CDU:	5070, 5083, 5087
Abg. Frau Dr. Born-Siebicke, CDU:	5097
Abg. Frau Elsner, SPD:	5106
Abg. Frau Huth-Haage, CDU:	5102
Abg. Frau Mohr, SPD:	5072
Abg. Frau Morsblech, FDP:	5063, 5069, 5085, 5088, 5100
Abg. Frau Schäfer, CDU:	5107
Abg. Frau Schellhaaß, FDP:	5074, 5075, 5099, 5106, 5108
Abg. Fuhr, SPD:	5084
Abg. Klöckner, SPD:	5089
Abg. Kuhn, FDP:	5103
Abg. Langner, SPD:	5098
Abg. Noss, SPD:	5093
Abg. Schreiner, CDU:	5088
Abg. Weiner, CDU:	5073, 5081
Beck, Ministerpräsident:	5078
Bruch, Minister des Innern und für Sport:	5072, 5095
Dr. Bamberger, Minister der Justiz:	5089
Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:	5066, 5086, 5104
Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:	5075, 5077, 5082, 5095, 5109
Präsident Mertes:	5063, 5064, 5065, 5066, 5069, 5070, 5071, 5072, 5073
	5074, 5075, 5077, 5078
Vizepräsident Bauckhage:	5086, 5087, 5088, 5089, 5091, 5092
Vizepräsident Schnabel:	5080, 5081, 5082, 5083, 5084, 5085
Vizepräsidentin Frau Klamm:	5093, 5094, 5095, 5097, 5098, 5099, 5100, 5101, 5102
	5103, 5104, 5105, 5106, 5107, 5108, 5109, 5110

85. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 17. März 2010

Die Sitzung wird um 14:01 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie herzlich zur 85. Plenarsitzung begrüßen. Frau Beilstein und Herr Guth werden mit mir die Sitzung leiten.

Entschuldigt haben sich die Kollegen Peter-Wilhelm Dröscher, Thomas Günther und Michael Hörter. Herr Staatssekretär Ebling ist in Vertretung der Ministerin zu einer Sitzung in Berlin.

Zum ersten Mal darf ich die Kollegin Heike Scharfenberger begrüßen. Frau Kollegin, seien Sie herzlich willkommen im Landtag zum ersten Mal bei einer Plenarsitzung! Alles Gute für Ihre weitere Arbeit!

(Beifall im Hause)

Geburtstage hatten der Kollege Fritz Presl – er ist unglaubliche 65 Jahre alt; lieber Fritz Presl, alles Gute – und Herr Dr. Peter Schmitz, 55 Jahre. Auch ihm gelten die besten Wünsche des Parlaments.

(Beifall im Hause)

– Danke für Ihre Gratulation.

Lassen Sie mich zur Tagesordnung eine Bitte aussprechen. Die Landesregierung bat darum – es kommen noch neue Informationen –, dass wir, wenn der Herr Innenminister eintreffen wird, vor Fortführung der Tagesordnung einen kurzen Bericht über einen schrecklichen Unfall oder gar mehr bei der Polizei erfahren werden. Sind Sie damit einverstanden? – Herzlichen Dank.

Dann rufe ich zuerst einmal die Punkte auf, die vor der Feststellung der Tagesordnung zu beschließen sind. Die Beschlussempfehlung zur Änderung des Ministergesetzes ist fristgerecht verteilt worden. Der Antrag zu Punkt 23 der Tagesordnung zur Kürzung der Solarförderung wurde unter der Drucksachennummer 15/4359 verteilt. Er ist ebenfalls fristgerecht eingegangen. Ich würde Sie dann bitten, die Tagesordnung mit der Erweiterung so festzustellen.

Da ich sehe, dass der Minister noch nicht eingetroffen ist, was einfach damit zu tun hat, dass neue Informationen eingelaufen sind und das Parlament – so war auch meine Bitte – gerade über einen so schwierigen und besonders grausamen Fall informiert werden sollte, rufe ich **Punkt 1** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

„Niedrige Anmeldezahlen bei der Realschule plus“ auf Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 15/4345 –

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Morsblech das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf meine Ausführungen mit einem Zitat beginnen: „Was für ein mieser Start. Fünf von sechs Realschulen plus sind noch nicht einmal eröffnet, und schon jetzt zeichnet sich ab, dass mindestens zwei von ihnen ein vorzeitiges Ende nehmen werden. Die Realschule plus mag ein Wunschkind dieser Landesregierung sein, bei der Elternschaft ist sie ungeliebt. Die Akzeptanz ist ähnlich gering, wie sie es zuletzt bei den Hauptschulen gewesen war.“

(Fuhr, SPD: Schlechtreden!)

Meine Damen und Herren, das ist kein markiger Spruch der FDP-Oppositionsfraktion aus diesem Haus, sondern es ist ein Kommentar der „Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Februar 2010 mit der Überschrift „Fehlstart“.

(Beifall bei der FDP –

Frau Brede-Hoffmann, SPD: Ein Schelm, der Böses dabei denkt!)

Ich zitiere diesen Kommentar, weil es einer von einigen Hinweisen ist, dass wir in der Realität angekommen sind. Realität ist auch hier in der Landeshauptstadt Mainz, dass vier von sechs geplanten Realschulen plus die nötige Anmeldezahl von 51 Schülerinnen und Schülern nicht erreichen. Das ist eine Realität, auf die die Landesregierung reagiert, indem Staatssekretärin Reiß vermeldet, dass die Mainzer Anmeldezahlen sie nicht wirklich nachdenklich stimmen. Bislang gebe es für das Bildungsministerium keinen Grund, an der Akzeptanz des neuen Schulmodells zu zweifeln.

(Frau Brede-Hoffmann: So ist es!)

Die Eltern würden auch schlicht vergessen, ihre Kinder anzumelden, und ähnliche Probleme gebe es nur noch an zwei bis drei weiteren Standorten im Land, wo Schulträger Realschulen plus über Bedarf einrichten wollen.

Wenn man weiter eine kleine Presserecherche betreibt, dann findet man allein im Norden dieses Bundeslandes schnell weitere Hinweise darauf, dass die Realschule plus in der Tat oft die nötige Anmeldezahl von 51 Schülerinnen und Schülern gar nicht erst erreicht. Hier beschränkt es sich auch nicht auf zwei bis drei weitere Standorte.

„Rhein-Zeitung“, Lokalausgabe 9. März: Realschule plus Unkel 42 Anmeldungen.

„Nahezeitung“, 3. März: 44 Schülerinnen und Schüler für die Realschule plus in Baumholder.

„Rhein-Lahn-Zeitung“ Diez, 2. März: Realschule plus in Bad Ems 40 Anmeldungen, Nassau 34 Fünftklässler.

Die „Rhein-Zeitung“, Altenkirchen/Betzdorf, 27. Februar: Realschule plus Herdorf 43 Anmeldungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte meine Redezeit jetzt nicht weiter mit diesen Meldungen verschwenden, aber es gibt in der Fläche unseres Landes

(Hartloff, SPD: Von wie viel Haupt- und Realschulen?)

– ich habe allein einige wenige Beispiele aus dem Norden genannt, wo wir auf Anhieb auf die Presseartikel gestoßen sind – noch mehr dieser Fundstellen.

(Fuhr, SPD: Im Süden kennt sie sich nicht aus!)

Frau Ministerin, mich würde auch einmal interessieren, wie viele Realschulen plus an den Start gehen mit einer Anmeldezahl unter 51.

(Beifall der FDP)

Wenn man dann weiter in die Städte unseres Landes schaut, dann konnte man gestern in der „RHEINPFALZ“ im Lokalteil Kaiserslautern lesen, dass sich der Stadtrat angesichts der Schülerzahlen dazu entscheiden musste, die bisherigen vier Hauptschulen künftig höchstwahrscheinlich nur noch durch eine einzige Realschule plus zu ersetzen, da ansonsten nicht genügend Anmeldungen zusammenkommen. Heute kann man lesen, dass die Anmeldezahlen an den Kaiserslauterer Gymnasien gleichzeitig steigen, obwohl insgesamt die Schülerzahlen zurückgehen.

Auch hier gibt es einen Kommentar, den ich mit Genehmigung des Präsidenten zitieren darf. Es wird gesagt, das ist die denkbar schlechteste Lösung, die vor allem das Mainzer Bildungsministerium zu verantworten hat; denn das hat es abgelehnt, mit weniger als drei Klassen an den neuen Realschulen plus zu starten und somit beispielsweise auch der Schillerschule noch eine Chance zu geben. So wurde die neue Schulform quasi im Keim erstickt, bevor sie sich überhaupt entwickeln konnte, ein politischer Offenbarungseid.

Und weiter hinten: „Die Schulstrukturreform ist in Kaiserslautern zur Schulzerstörungsreform geworden“.

(Beifall der FDP)

Meine Damen und Herren, das sind leider keine Einzelfälle. Wir haben im Vorfeld immer wieder darauf hingewiesen, dass man genau die gleichen Entwicklungen in den Bundesländern beobachten konnte, die Haupt- und Realschulen zwangsfusioniert und durch eine ähnlich geartete neue Schule ersetzt haben. Es wurde hier immer wieder gesagt, dies sei Polemik der Opposition im Rahmen der Schulstrukturdebatte. Heute sind wir in der Realität angekommen

(Pörksen, SPD: Ihr nicht!)

und können gerade in den Städten genau das beobachten. Sie haben Akzeptanzprobleme mit der Realschule plus, und sie haben das Problem, dass sie mindestens die Dreizügigkeit und die Vierzügigkeit für die IGS vorschreiben. Wir werden auf Dauer weniger Schulen in der Fläche bekommen.

(Pörksen, SPD: Wegen der Schülerzahlen!)

Wir werden eine Zentralisierung im schulischen Bereich haben,

(Glocke des Präsidenten)

die noch zu großen Diskussionen vor Ort führen wird. Ich glaube, da ist bei vielen die Botschaft noch gar nicht so angekommen. Sie werden damit einen Teil unserer heutigen gesunden Schullandschaft kaputtmachen. Ich werde gleich noch auf die zentralen qualitativen Probleme eingehen und auf die gestrige Debatte, die wir durch die Verbände schon erleben durften.

Danke schön.

(Beifall der FDP)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Kollegen Brandl das Wort.

Abg. Brandl, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade in der Kommunalpolitik erleben wir im Moment hautnah die Auswirkungen der Schulstrukturreform bei uns in Rheinland-Pfalz. Die Kreise geben viel Geld für Schulentwicklungspläne aus, treffen Entscheidungen für Investitionen, die sie sich eigentlich gar nicht leisten können, gründen neue Schulen und setzen somit das Gesetz der Landesregierung um.

Trotzdem gestaltet sich die praktische Umsetzung der Reform, insbesondere bei der Realschule plus, schwierig. Warum ist das so? – Das ist ganz einfach. Der Inhalt verändert sich nämlich nicht allein durch den Austausch eines Türschildes, und schon gar nicht verbessert sich die Qualität.

(Beifall der CDU)

Wir hatten für das kommende Schuljahr 56 Optionen auf Realschulen plus. Davon können neun Optionen mangels Schüler- bzw. Elterninteresse nicht eingelöst werden. Interessant ist dabei, dass die überwiegende Zahl der nicht eingelösten Optionen Realschulen plus in integrativer Form betrafen und laut VDR die Erwartungen an die kooperativen Realschulen plus oft deutlich übertroffen wurden.

Zu behaupten, dass die Schülerzahlen für die neuen Realschulen plus konstant seien, ist schlichtweg falsch. Die Schülerzahl an den Realschulen plus sinkt, und die Zahl der Gymnasiasten steigt, was angesichts der demografischen Entwicklung wohl einen Trend zugunsten des Gymnasiums darstellt.

(Frau Pepper, SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Die Eltern sind daher verunsichert und stimmen zu Hunderten mit den Füßen ab, was wir aber alle so wollten; denn die Wahlfreiheit ist ein zentraler und offensichtlich auch ein sehr lebendiger Bestandteil unseres Schulsystems.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Schön, dass Sie es begriffen haben!)

Dann muss man aber auch mit den Konsequenzen leben und insbesondere die richtigen Schlüsse daraus ziehen. Dabei will ich Ihnen gern helfen.

(Hartloff, SPD: Wollte Ihre Partei nicht immer Empfehlungen haben?)

Gerade bei der Realschule plus gibt es nämlich eine erhebliche Verunsicherung der Eltern in Bezug auf die Wahl des Schultyps.

(Beifall der CDU)

Wenn die ADD dann noch Zwischenkonstrukte, wie etwa minimal integrative Lösungen, zulässt, darf man sich nicht wundern, wenn die Verunsicherung noch mehr zunimmt. Dabei braucht man einfach nur einmal den Eltern zuzuhören, die sich überwiegend für kooperative Modelle entscheiden, was insbesondere die Position der CDU ist.

(Beifall der CDU –
Zuruf der Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Damit wir nicht wieder in ideologische Debatten abgleiten, will ich Ihnen gleich den Wind aus den Segeln nehmen. Auch wenn wir die Realschule plus nicht gewollt haben, ist es doch an der Zeit, Schülern, Eltern, Lehrern und auch der Wirtschaft wieder eine verlässliche Schulstruktur und verlässliche Abschlüsse zu bieten. Daher werden wir alles tun, damit diese Schulart ein Erfolg wird.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Da helfen wir mit!)

Der erste Schritt zur Verbesserung der Situation, zur Verbesserung der Qualität der Realschule plus ist die Erkenntnis, dass es einen Verbesserungsbedarf gibt. Nachdem ich mir die bisherigen Debatten angehört und die Meinungen der Vertreter der SPD und der Regierung mitbekommen habe, habe ich den Eindruck gewonnen, dass wir in Rheinland-Pfalz in einem bildungspolitischen Schlaraffenland leben müssen: Alles ist wunderbar; keiner hat einen Grund, sich zu beschweren. Was wollen eigentlich all die Störenfriede? – Nach Ihrer Meinung fordern die wohl unberechtigt Korrekturen.

Das ist aber grundlegend falsch. Ich kann Ihnen aus den letzten vier Monaten meiner Parlamentszugehörigkeit erzählen, dass ich zig Gespräche mit Vertretern von Verbänden, mit Eltern, Lehrern und Schülern geführt habe, die massive Probleme in diesem Bildungssystem anprangern.

(Beifall der CDU)

Die Folgen sind bekannt. Kollegin Morsblech hat es angesprochen: Vorher gut funktionierenden Schulen brechen die Anmeldezahlen weg; Optionen können trotz politischen Willens aufgrund der notwendigen Dreizügigkeit nicht eingelöst werden. Im Extremfall werden Schulen sogar schließen müssen.

(Zurufe von der SPD)

In dem Zusammenhang darf ich dieselbe Quelle, nämlich „DIE RHEINPFALZ“ von heute, zitieren, die die Verantwortung dafür, dass Schulen geschlossen werden müssen, die nicht mehr dreizügig sind, klar beim Mainzer Bildungsministerium sieht. Dem steht unsere Position gegenüber: Wir räumen die Möglichkeit, zweizügige Schulen zu schaffen, ein und wollen kleinere Schulen erhalten, sodass wir eine wohnortnahe und qualifizierte Bildung in Rheinland-Pfalz haben.

(Beifall der CDU)

Nun kommen wir zu dem Thema: Wie stärken wir die Realschule plus? Dazu will ich Ihnen stichwortartig fünf Forderungen mitgeben.

1. Gleiche Stundenzuweisungen an die Realschule plus und an die IGS wären sicher ein erster wichtiger Schritt, um die kontinuierliche Bevorzugung der IGS auszugleichen.

2. Zentrale Schulabschlüsse in allen Bildungsgängen sind für die Chancengleichheit der Schüler unabdingbar.

3. Mehr Förderstunden, insbesondere für die schwächeren Schüler in der Orientierungsstufe an den Realschulen plus, sind dringend notwendig.

4. Kleinere Klassen sind der Schlüssel zum Erfolg. Im Hauptschulbildungsgang sollte die Klassengröße maximal 20 Schüler betragen. Das würde die Qualität erhalten.

(Schweitzer, SPD: So groß!)

5. Eine engere Verzahnung zwischen Schule und Wirtschaft ist zu forcieren. Das heißt, insbesondere in der Berufsvorbereitung auf mehr Praxisnähe zu achten.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Das war die erste Rede des Kollegen Brandl. Deswegen haben wir ihm auch ein paar Sekunden mehr Redezeit gegeben.

(Beifall der CDU)

Frau Kollegin Brede-Hoffmann, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war heute wieder einmal eine Aktuelle Stunde, eingeläutet von der FDP, insbesondere von der Kollegin Morsblech, in der es nach dem Prinzip ging: Wenn ich es nur oft genug sage, glaube ich es wenigstens selbst. – Frau Kollegin, wir hatten in der letzten Plenarsitzung eine Aktuelle Stunde zu nahezu dem gleichen Thema.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Wir haben von Ihnen, außer dass Sie uns ein Papier mit einem regelrechten Zahlenfriedhof vorgelesen haben – ich habe auch ein ganz umfangreiches dabei, das kann ich Ihnen ebenfalls vorlesen –, nicht einen einzigen neuen Satz gehört. Sie haben das alles immer schon gesagt, Sie haben das immer schon gewusst.

Gleichzeitig müssen auch Sie konstatieren – Sie haben es heute in Ihrem Redebeitrag sogar konstatiert –, keiner wolle die Realschule plus, alle Schulen gingen dabei kaputt. Aber Sie stellen dann doch fest, dass eine große Zahl von Eltern versucht, ihre Kinder an einer IGS anzumelden, und dass eine große Zahl von Schulträgern versucht, Integrierte Gesamtschulen genehmigt zu bekommen.

Landkreis Germersheim: Eine IGS ist beantragt, aber nicht genehmigt worden. Interessanterweise will der Landkreis die Realschule plus jetzt aber doch nicht installieren. Man kann lange darüber nachdenken, ob es da nicht Menschen im Hintergrund gibt, die einfach das probieren, was Sie auch probieren, Frau Kollegin: durch ständiges Wiederholen doch irgendwann einmal die Botschaft in den Köpfen zu verankern, dass das eine schlechte Schulform sei.

Frau Kollegin, das Gegenteil ist der Fall. Ich will jetzt keine großen Friedhöfe vorlesen,

(Licht, CDU: Wer liest denn Friedhöfe vor?)

sondern nur kurz versuchen, die Mainzer Zahlen zu erläutern. Dort steht bereits im Schulentwicklungsplan – das wollte nur der Stadtrat in seiner Güte nicht lesen –, dass die Schüler- und Schülerinnenzahl für die Zahl der vorgeschlagenen Realschulen plus nicht ausreichen wird, sondern die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die derzeit in der Stadt Mainz die vierte Klasse besuchen – dabei hat man den Schnaps aus dem Landkreis Mainz-Bingen mit draufgerechnet –, maximal für fünf Realschulen plus ausreicht und, so steht es im Schulentwicklungsplan, bei vollem Besuch der vorgesehenen Integrierten Gesamtschulen auch die fünf Realschulen plus nicht zu füllen sein werden. Der Stadtrat wollte das nicht glauben und hat trotzdem beschlossen, sechs Realschulen plus zu beantragen.

Herausgekommen ist dabei, drei Integrierte Gesamtschulen sind mit so vielen Anmeldungen konfrontiert worden, dass man eine weitere, sechszügige IGS errichten könnte. So viele Schülerinnen und Schüler mussten dort abgelehnt werden. Das heißt: volle Integrierte Gesamtschulen und nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler für sechs Realschulen plus. Die waren physisch gar nicht vorhanden. Wo es sie nicht gibt, können sie auch nicht bei Schulen angemeldet werden.

(Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Nun sind vier starke Realschul-plus-Standorte mit den entsprechenden Zahlen belegt worden. Wenn man jetzt hingehen und an einzelnen dieser Standorte sagen würde, ihr dürft aber nicht mehr als dreizügig werden, könnte man auf die Idee kommen, die Schüler an die Standorte zwangszuverfrachten, die es jetzt nicht geschafft haben, auf eine Schülerzahl von 51 zu kommen.

Ich bin froh, dass unser Schulverwaltungsamt auf eine so verrückte Idee nicht kommt, sondern den Eltern an den Schulen, an denen die Zahl 51 nicht erreicht worden ist, empfiehlt, sich an die großen und starken Realschulstandorte zu wenden und die Kinder dort anzumelden. Frau Kollegin, das wird passieren.

Darüber hinaus stellen wir in Mainz das fest, was übrigens alle anderen Schulträger auch feststellen. Um die Zeit, zu der wir jetzt diskutieren und ein bisschen Kaffeesatz lesen, gibt es zum Beispiel in Mainz noch 99 Kinder – oder sagen wir 99 Kindernamen aus den Listen der Viertklässerinnen und Viertklässer –, deren Namen bei keiner weiterführenden Schule in der Stadt Mainz erscheinen. Entweder haben es die Eltern bis jetzt versäumt, die Kinder anzumelden, oder aber diese Kinder sind im Landkreis oder vielleicht sogar in Hessen angemeldet worden. Das kann alles sein. 99 Namen fehlen auf jeden Fall. Bei anderen Schulträgern ist das auch so.

Wir sehen andere Phänomene. Da ist zum Beispiel im Landkreis eine neue Schule gebaut worden oder eine Situation wie im Bereich Unkel, wo in Nordrhein-Westfalen Gott sei Dank der dortige Schulträger seine Aufgabe erfüllt und eine neue Schule gebaut hat. Schwupps fehlen Kinderzahlen in Unkel. Wen wundert das? Die Schule in Nordrhein-Westfalen muss bitte auch gefüllt werden.

Daher ist das, was Sie heute an Zahlenspielerereien gemacht haben, ziemlich unseriös und ziemlich viel Kaffeesatz.

(Frau Morsblech, FDP: Ei, ei, ei! – Zurufe: Oh!)

Frau Kollegin, darüber hinaus möchte ich einfach nur darauf hinweisen, dass Sie sich vielleicht einmal mit der FDP-Kollegin aus Hessen zusammentun und sich von ihr erklären lassen sollten, weshalb sie jetzt genau auf die Idee gekommen ist, die wir in Rheinland-Pfalz schon erfolgreich umgesetzt haben, und dort eine entsprechende Schule einrichten will. Die Kollegin in Hessen sagt, die Hauptschule wird nun endgültig zum Auslaufmodell.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile das Wort Frau Ministerin Ahnen. – Bitte schön.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Vielleicht teilen Sie mit mir ein Ritual, das am Jahreswechsel immer eine besondere Rolle spielt. Ich zumindest versuche immer, an diesem Abend irgendwann doch noch einmal zu hören, wie der Butler James Miss Sophie fragt: The same procedure as last year? – Miss Sophie antwortet: No, the same procedure as every year. – Die Debatte heute erinnert mich doch sehr an

dieses Ritual. Ich sage nur, der Unterschied ist: Im Kern geht es beim Dinner for one um eine lustige Geschichte. Heute geht es um eine ziemlich ernste Angelegenheit, die eigentlich ein sehr viel seriöseres Herangehen verdient hätte, als das bisher deutlich geworden ist.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

– Herr Kollege Eymael, ich werde gleich ganz viele Zahlen nennen. Dann werden sicherlich alle Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde auf der Grundlage dieser Zahlen, die von mir genannt wurden, argumentieren. Dann wird sicherlich in die Debatte eine gewisse Sachlichkeit zurückkehren.

(Eymael, FDP: Wenn das stimmen würde,
wäre es ja gut!)

Sie wissen, die vorläufigen Anmeldezahlen verändern sich bis zum Sommer immer. Das liegt daran, dass einerseits Schülerinnen und Schüler doppelt angemeldet werden. Das liegt andererseits auch daran, dass – darauf ist bereits hingewiesen worden – zum jetzigen Zeitpunkt – leider sage ich – noch nicht alle Schülerinnen und Schüler angemeldet worden sind.

Jetzt bediene ich mich nicht James oder Miss Sophie, sondern Herrn Keller.

(Keller, CDU: Oh je!)

– Herr Keller, ich gebe zu, als ich an das Dinner for one gedacht habe,

(Heiterkeit im Hause)

kamen irgendwie – ich kann gar nicht sagen wie – Sie mir in den Sinn, aber voller Sympathie. Es war am 17. April 2008. Ich darf Sie zitieren – Herr Präsident, Sie müssen genehmigen, dass ich Herrn Keller zitieren darf: „Frau Ministerin,“ – ich kann das nicht so gut nachmachen, wie Sie das gemacht haben – „noch einmal zu den Schülern, die erst sehr spät angemeldet werden und damit auch der Schule die Planungen im Rahmen des vorläufigen Gliederungsplans erschweren. Gibt es da Erfahrungswerte,“ – immer noch Sie an mich – „in welcher Schulart diese Schüler in der Regel landen? Ich gehe einmal davon aus,“ – immer noch Sie – „es war oft die Hauptschule. Stimmen Sie mir zu, dass dann, wenn die Presseveröffentlichungen kommen, dass es einen signifikanten Rückgang bei den Hauptschulen gibt, das nicht gerade werbewirksam für diese Schulart ist, und später wird es korrigiert, und keiner erfährt es eigentlich?“ – Herr Keller, ich stimme Ihnen auch im Nachhinein noch aus vollem Herzen zu.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Keller, CDU)

Manchmal sehne ich mich inzwischen nach diesen Debatten zurück, weil irgendwie haben wir da noch versucht, auf einer Grundlage miteinander zu streiten.

Ja, in der Tat, die Veränderungen haben die Hauptschulen betroffen. Jetzt kommt aber die erste Zahl, die ganz

interessant ist, Frau Morsblech. Zum Beispiel ist im Schuljahr 2008/2009 am Gymnasium Folgendes passiert: Zwischen dem vorläufigen Gliederungsplan im Frühjahr 2008 und dem Termin der endgültigen Schulstatistik im Herbst 2008 ist aus einem Zuwachs von einem Prozentpunkt am Gymnasium im Herbst ein Minus von 0,3 Prozentpunkten geworden, weil es Veränderungen gab.

(Beifall der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Insofern darf man doch nicht so tun, als würden wir heute schon über einen endgültigen Stand reden. Ja, wir haben Erfahrungswerte, Herr Keller. Deshalb können auch wir heute guten Gewissens sagen – ich werde das gleich belegen –, dass wir gute Anmeldezahlen für die Realschule plus haben.

Ich weiß, es ist mühsam. Die Juristen sagen gerne, ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Ein Blick auf die Zahlen versachlicht manche Diskussion. Man kann nicht einfach nur Kommentare aus Zeitungen aneinanderreihen und meinen, dann hätte man ein realistisches Bild gezeichnet.

Frau Morsblech, im Übrigen konfrontieren Sie uns normalerweise sehr gerne mit Ihren Erfahrungswerten aus Bad Kreuznach. Ich finde das auch gut. Abgeordnete müssen in der Region verankert sein. Deshalb sage ich auch gleich noch etwas zu den Mainzer Zahlen, die ich wiederum recht gut kenne. Nehmen wir jetzt aber doch einfach einmal Bad Kreuznach. Bad Kreuznach kennen Sie gut. Die Entwicklung im Landkreis Bad Kreuznach kann nur mit einem dicken Pluszeichen im Hinblick auf die Realschule plus versehen werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Zwei der vier „alten“ Realschulen plus sind mit teilweise erheblichen Zuwächsen in die Dreizügigkeit zurückgekehrt. Die Realschule plus in Bad Sobernheim hat 20 Anmeldungen mehr, und die neue Realschule plus in Bad Kreuznach hat mehr als 100 Anmeldungen. Deshalb haben Sie uns eigentlich heute nicht ein bisschen aus Ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt erzählt?

(Beifall der SPD)

Das wäre ein schönes Beispiel gewesen.

(Frau Morsblech, FDP: Das ist nur die
halbe Wahrheit!)

Jetzt kommen wir zur Mainzer Situation, weil die mir natürlich besonders am Herzen liegt, aber auch deshalb, weil das die Landeshauptstadt ist, da sehr frühzeitig Dinge wahrgenommen und über Zeitungen transportiert werden. Das ist deren gutes Recht.

Es ist aber dann auch das Recht der politisch Verantwortlichen, denen die Zahlen gegenüberzustellen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, zwei der fünf optiierten Realschulen plus in Mainz werden die Zahlen nicht erreichen. Dies aber nicht – darauf hat Frau Brede-Hoffmann schon hingewiesen –, weil in der Summe die Anmeldezahlen das nicht hergegeben hätten. Aus 326

Anmeldungen, die eine Woche vor dem offiziellen Anmeldeschluss für die fünf Optionsschulen vorlagen, hätte man theoretisch sogar sechs Realschulen plus bilden können, wenn man hingehen und sagen würde, Eltern können die Schule nicht wählen, sondern es erfolgt eine Zuteilung. Das wollen wir aber nicht. Dann gibt es Entscheidungen von Eltern nach pädagogischen Gesichtspunkten, nach dem Gesichtspunkt des Stadtteils, ob sie die Schule kennen usw. Dann hat es für bestimmte Schulen in Mainz nicht mehr gereicht.

Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, dass diese Entwicklung nicht völlig überraschend war; denn der Schulentwicklungsplaner hatte auf diese Entwicklung hingewiesen. Man hat das dann politisch anders entschieden – das will ich überhaupt nicht bewerten –, aber man wird wohl sagen dürfen, dass es nach den Diskussionen im Stadtrat absehbar war, dass es zu Problemen kommen wird.

Jetzt kommt der Run auf das Gymnasium.

Herr Brandl hat gesagt, die Zahlen am Gymnasium steigen. Ihre Aussage ist im Protokoll festgehalten. Wenn die Anmeldezahlen zum kommenden Schuljahr endgültig vorliegen, werden Sie sicher bereit sein, diese der amtlichen Statistik zu entnehmen und Ihre Aussage von heute noch einmal zu überprüfen, woher Sie die profunde und so sichere Erkenntnis genommen haben.

Ich sage Ihnen einmal ein bisschen etwas zum vermeintlichen Run auf die Gymnasien in Mainz. Jetzt werden Sie ganz überrascht sein. Es gibt nämlich einen Run. An den staatlichen Gymnasien liegen 111 Anmeldungen vor, davon sogar 53 für ein G8/GTS-Gymnasium, die alle aus Hessen kommen. 111 Hessen wollen ihre Kinder im 5. Jahrgang an Mainzer Gymnasien anmelden.

(Ministerpräsident Beck: Warum wohl?)

Ich stimme Ihnen zu. Das ist ein Run. Diese tun das, weil sie unbedingt vom schlechten Schulsystem in Rheinland-Pfalz profitieren wollen.

(Beifall der SPD –
Bracht, CDU: Das sind alles Kasteler! –
Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man solche Debatten in der Schärfe beginnt, wie Sie es getan haben, muss man seine Zahlen kennen.

Ich sage Ihnen etwas zu den Anmeldezahlen von Mainzer Kindern an Mainzer Gymnasien. Im letzten Jahr waren es 613, in diesem Jahr sind es 615 Kinder. Das ist ein völlig konstantes Geradeausfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich schon einmal bei Hessen war, sei mir ein kleiner Hinweis gestattet. Ich verdonnere nicht alles, sondern schaue mir differenziert an, was getan wird. Dann stelle ich zum Beispiel fest, dass Frau Henzler (FDP) in Hessen ein Konzept für die Zukunft der Hauptschulen entwickelt hat, weil sie meint, dass diese allein nicht mehr tragen. Das nennt sie dann Mittelstufenschule und will Hauptschule und Realschule zusammenführen.

Liebe Frau Morsblech, Sie müssen schon aufpassen, dass Sie sich mit Ihren Argumentationen nicht völlig ins Abseits stellen.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Der Ministerpräsident wirft gerade Nordrhein-Westfalen ein. Der von mir geschätzte Kollege Pinkwart (FDP) sagte dieser Tage – ich zitiere –: Wir müssen uns fragen, ob die Hauptschule, wie wir sie heute kennen, noch eine Zukunft haben kann. Ich meine nein. –

Ich mache ein erhebliches Fragezeichen dahinter, ob wir in Rheinland-Pfalz irgendjemand einen Gefallen tun würden, wenn wir die Augen vor Veränderungen zumachen. Ich halte das in der Bildungspolitik schlichtweg für nicht verantwortlich.

Jetzt komme ich zu den Anmeldezahlen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

– Herr Schreiner, ich komme auf Ihre Punkte zurück. Sie haben aber so viel hineingepackt, was alles nicht stimmt, dass ich jetzt von meinem Recht Gebrauch mache, doch noch ein paar Informationen für die zweite Runde weitergeben zu wollen.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Schauen wir uns einmal die Anmeldezahlen an den 56 neuen Optionsschulen an. Zum 11. März 2010 – wir wissen, dass sich die Zahlen bis Herbst noch verändern – wurden 5.363 Schülerinnen und Schüler angemeldet. Das ist fast exakt die Zahl derer, die im letzten Jahr die Vorgängerschulen besucht haben. Diese lag nämlich bei 5.484.

Dabei ist nicht berücksichtigt, dass wir in der 5. Jahrgangsstufe absehbar und statistisch prognostiziert einen Rückgang um knapp 4 % bei den Anmeldezahlen haben werden und mindestens an acht Standorten unmittelbar daneben eine Integrierte Gesamtschule entstanden ist.

Vor dem Hintergrund kann ich nur sagen, dass wir an den neuen Schulen in der Summe hervorragende Zahlen haben. Auf die einzelnen Standorte und ihre Probleme habe ich schon hingewiesen. Das müsste die Diskussion versachlichen.

Ich kann Ihnen auch die Zahlen an den bereits bestehenden Realschulen plus nennen, aber alles unter dem Vorbehalt, dass es Anmeldezahlen sind. 7.909 Schülerinnen und Schüler wurden an den 111 Schulen angemeldet. Der Rückgang gegenüber den Anmeldezahlen des Vorjahres entspricht nahezu dem prognostizierten Rückgang von knapp 4 % in den Anmeldeklassen der 5. Jahrgangsstufe.

Wir wussten doch, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler insgesamt zurückgehen würde. Wir haben die Reform gemacht, um auch im demografischen Wandel

ein gut ausgebautes Angebot vor Ort zur Verfügung stellen zu können.

(Beifall der SPD)

Ich frage mich, was Sie in den nächsten Jahren machen. Wir können das auch schon für dieses Jahr diskutieren. Nach den Anmeldezahlen, die jetzt vorliegen, haben wir auch einen Rückgang im Gymnasium in der 5. Klasse um ungefähr 300 Schülerinnen und Schüler. Wollen Sie das nächste Mal eine Aktuelle Stunde beantragen mit dem Titel „Schlechte Anmeldezahlen am Gymnasium“? Man muss die Dinge doch in Relation zur Entwicklung stellen.

(Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

In Relation zu der Entwicklung haben wir an den Realschulen plus insgesamt eine hohe Akzeptanz bei den Eltern erreichen können.

Eines darf ich Ihnen sagen – ich habe es an der differenzierten Argumentation der CDU gemerkt –: Da diese Landesregierung noch immer den Beweis geführt hat, dass sie, wenn sie große Reformen im schulischen Bereich auf den Weg bringt, diese auch zum Erfolg führen wird, hat die CDU heute schon eine sehr viel differenziertere Haltung eingenommen, und zwar auch in Kenntnis ihrer Kommunalpolitiker vor Ort, die sehr wohl zum großen Teil versuchen, gerade die Realschule plus zu einem Erfolg zu führen. –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir bleiben für die Probleme offen, die vorgetragen werden. Wir wollen nicht zulassen, dass auf der Grundlage mangelnder Kenntnis von Zahlen eine Schulart, die erfolgreich gestartet ist, kleingeredet wird. Dazu bitte ich auch Sie an dieser Stelle ganz herzlich.

(Beifall der SPD –
Schreiner, CDU: Und jetzt die fünf Punkte! Sie machen es sich ganz schön einfach!)

Präsident Mertes:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Frau Kollegin Brede-Hoffmann, man kann immer gern mit Unseriosität argumentieren. Man kann das auch gerne unserer Presselandschaft vorwerfen, wobei ich es schon etwas merkwürdig finde, es in diesem Haus so abzutun, wenn objektiv über Probleme vor Ort berichtet wird.

(Beifall der FDP)

Meiner Ansicht nach sollte man der Opposition nicht vorwerfen, sie würde unseriös argumentieren, und selbst Zahlen vortragen, die in dem Maß überhaupt nicht das Bild wiedergeben, das vor Ort herrscht. Ich gehe gerne einmal in meinen Landkreis Bad Kreuznach. Darauf

habe ich geradezu gewartet. Mir liegen die Anmeldezahlen für die 5. Klassen der Realschulen plus in Bad Sobernheim, Langenlonsheim und Meisenheim vor. Das sind die drei Schulen, die bisher in meinem Landkreis eingerichtet worden sind. Das sind genau 100 Schülerinnen und Schüler weniger als im vorangegangenen Jahrgang.

(Eymael, FDP: Hört! Hört!)

Frau Ministerin, wenn ich mir die Schule nehme, die Sie gerade herausgehoben haben, nämlich die Realschule plus Bad Sobernheim, dann sehe ich in dem Jahrgang 6. Klasse noch 132 Schülerinnen und Schüler. In der 5. Klasse sind es noch 66 Schülerinnen und Schüler. Das können nicht nur alles Rückläufer sein.

(Beifall der FDP)

Wenn Sie die Situation bei mir vor Ort bewerten, muss ich Sie bitten, seriös damit umzugehen. Sie werden natürlich drei zentrale Probleme bekommen. Sie bekommen einmal das Problem der Qualität. Das ist durchaus aktuell und wird nicht nur von uns zitiert.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es gab eine Fachtagung des VDR zu einem Thema, zu dem sich auch der VBE geäußert hat. Wir haben wieder einmal gehört, dass es kaum möglich ist, in dem breiten Leistungsspektrum der Realschule plus seriös und individuell zu fördern, wenn man nicht für alle Jahrgänge die Klassenmesszahlen auf 25 Schülerinnen und Schüler senkt und auf Dauer Teamteaching einführt. Sie sehen bei den Ergebnissen von PISA, dass es bei der Integrierten Gesamtschule kaum bzw. gar nicht gelingt, alle Schülerinnen und Schüler zu fördern, wenn man sich anschaut, wie diese abschneiden.

Da sagen Sie, da haben wir überhaupt kein Problem, die Stärkeren ziehen die Schwächeren mit. Transparenz schaffen Sie auch nicht, weil Sie sich offenbar nach wie vor weigern, zentrale Abschlussprüfungen für die mittleren Abschlüsse und das Abitur in diesem Land einzuführen. Da haben Sie irgendwann einmal gesagt, Sie denken über Abschlussprüfungen nach. Dieses Nachdenken machen Sie mittlerweile sehr leise.

Das zweite Problem ist, dass wir künftig zentralisierte, gebündelte und große Schulstandorte in Rheinland-Pfalz haben werden, wenn man Ihrem Gesetz weiter folgt und die Mindestgrößen darin beachtet. Die kleinen Schulstandorte werden keine Überlebenschance haben. Wir glauben, dass das ein weiterer Beitrag zu Qualitätsverlust ist und auch der Bildungspartnerschaft von Schule und Eltern, die Sie immer so hervorheben, grundsätzlich abträglich ist.

(Beifall der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben Strukturen geschaffen, mit denen Sie Schulstandorte offenbar nur noch dann erhalten können – dies halte ich für sehr gefährlich –, wenn Sie in der Sekundarstufe II eine Oberstufe anbieten, entweder eine Fachoberschule oder dann die gymnasiale Oberstufe der IGS. Wir be-

kommen immer mehr Angebote in diesem Bereich. Handwerkern und Betrieben werden ziemlich schnell die Auszubildenden ausgehen. Die jungen Leute bleiben immer länger in der Schule. Wenn Sie das als Qualitätsmerkmal an sich sehen, dann ist das eine merkwürdige Bildungspolitik.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in diesen drei Bereichen Ihren Kurs nicht dringend korrigieren, dann werden Sie unserer Bildungslandschaft nachhaltig Schaden zufügen. Das wollen wir als FDP-Fraktion vermeiden. Deshalb werden wir Sie noch öfter auf diese Probleme hinweisen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP und bei der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Abgeordneter Dickes für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich möchte an das anknüpfen, was meine Kollegin Frau Morsblech eben gesagt hat. Sie hat darum gebeten, seriöse Zahlen zu zitieren.

Sie haben uns vor einigen Tagen Zahlen über die aktuellen Klassengrößen im Land zukommen lassen. Diese Zahlen besagen, dass wir durch den demografischen Wandel bedingt in unseren Schulen 2.500 Kinder weniger haben. Ohne Zweifel, tausend Kinder davon entfallen auf die Realschule plus. Sehr überdurchschnittlich. Bei den Gymnasien – Sie haben eben meinen Kollegen Martin Brandl angegriffen – sind wir bei plus/minus Null.

(Zuruf der Frau Abg. Brede-Hoffmann, SPD)

Das mag für Sie keine Steigerung sein, aber prozentual ist es das durchaus.

(Ministerpräsident Beck: Das ist auch keine Steigerung Null!)

Durch den Wandel sicherlich.

(Beifall bei der CDU)

Es passt zu vielen Konzepten. Es passt auch dazu, dass Ihnen die Schulstrukturreform doch nur halbherzig am Herzen liegt.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Ich würde gern einen kurzen Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel zitieren. Aussagen der Kollegin Brede-Hoffmann aus dem April 2008. Sie ist angesprochen worden, dass das Konzept der Landesregierung doch nur halbherzig sei im Ziel, die Gymnasien abzuschaffen.

Jetzt zitiere ich: Abschaffung der Gymnasien, dies gestand Brede-Hoffmann ein,

(Pörksen, SPD: Das kann nicht stimmen!)

gab aber zu bedenken, dass man es nur gegen die gesellschaftliche Stimmung hätte durchsetzen können. Vielleicht komme man ja über Etappen dahin. –

(Schreiner, CDU: Aha!)

Frau Ministerin, mit den Rahmenbedingungen, die Sie an den Realschulen plus setzen, sind es schnelle Etappen, wenn wir so weitermachen. Genau diese Etappen wollen wir nicht. Wir möchten eine Realschule plus, die ein verlässlicher Partner im gegliederten Bildungssystem ist.

Wir wollten diese Schule nicht, aber sie ist da, und wir möchten, dass sie funktioniert und eine gute Alternative bildet.

Aber die Rahmenbedingungen, die Sie setzen, sind nicht diese guten Bedingungen.

Wir haben derzeit durchschnittlich 21 Schüler in der Orientierungsstufe der Realschule plus.

Gestern wurde uns beim Verbandstag des VDR mitgeteilt, wie toll es ist, dass wir eine Stundenzuweisung von 35 Stunden in genau diesen Klassen haben.

Wenn man die gleichen Zahlen für die IGS nehmen würde – 21 Schüler –, dann hätten wir 37 Stunden in dieser Klasse. Wo ist da die Gleichstellung der Schülerinnen und Schüler? – Wir haben eine wesentlich bessere Stundenzuweisung in den Integrierten Gesamtschulen, obwohl wir da das gleiche Klientel an Schülern haben.

(Pörksen, SPD: Tolle Neiddiskussion!)

Zweiter Punkt. Sie haben eine Neuerung eingeführt, und das war eine, die die Landesregierung durchaus wollte, G8/GTS. Das Ganztagsgymnasium war Ihr Wunschkind. Da haben Sie im Zuge der Umstrukturierung den Gymnasien versprochen, dass es in diesen Schulen keinen Unterrichtsausfall geben wird. Ich glaube, Sie haben Ihre Versprechen auch gehalten. Aber die Frage ist, warum haben Sie dieses Versprechen nicht auch den Realschulen plus bei der Umwandlung gegeben, die vor einer schwierigen Situation stehen, in denen die Lehrerinnen und Lehrer viel meistern müssen? Die Stelle des pädagogischen Koordinators – das wissen wir – ist in den meisten oder in sehr vielen Schulen noch nicht besetzt. Er ist nicht mit Stundendeputat ausgestattet. Die Rahmenbedingungen sind denkbar schlecht.

(Beifall bei der CDU –

Hartloff, SPD: Findet Bildungspolitik nur im blauen Himmel statt? –
Glocke des Präsidenten)

Wir wollen weiter ein gegliedertes Schulsystem in Rheinland-Pfalz. Wir wollen die Wahl zwischen integrierten Systemen wie der IGS und kooperative Systeme wie die

Realschule plus; denn alle Kinder sind unterschiedlich, und diesen Bedürfnissen müssen wir gerecht werden. Deshalb bitte ich Sie, die Forderung des Herrn Kollegen Martin Brandl noch einmal zu überdenken und mehr Ressourcen in unsere Realschulen plus hineinzugeben.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile Frau Abgeordneter Brede-Hoffmann für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

Frau Kollegin Morsblech, gerne hätte ich es vermieden, weiter Zahlen zu zitieren. Aber Herr Kollege Pörksen hat mir die aktuellen Zahlen des Schulträgers Bad Kreuznach zur Verfügung gestellt. Dort lese ich, Realschule plus Bad Sobernheim im vergangenen Jahr, Schuljahr 2009/10, 62 Schülerinnen und Schüler und drei gebildete Klassen. Im Jahr 2010/11 84 angemeldete Schülerinnen und Schüler, voraussichtlich vier zu bildende Klassen.

Ich weiß nicht, wo Sie Ihre 100 so und so viele Schüler in Bad Sobernheim gefunden haben. Die müssen sich irgendwie alle zwischen dem Besuch der Schule und der Führung der Statistik verflüchtigt haben.

So weit zur Seriosität von Zahlen.

Sie haben eben bemerkt, dass Sie gestern auf dem Kongress, an dem ich leider nicht teilnehmen konnte, waren. Aber mein Kollege Thorsten Wehner war dort und hat mir ausführlich berichtet. Dort sei geschildert worden, es sei kaum möglich, individuell zu fördern. Man bräuchte dafür sehr viel mehr Ressourcen.

Mehr Ressourcen sind immer gut. Das wissen wir alle. Wir würden alle gerne noch viel mehr Ressourcen in unsere Schulen geben, könnten wir es denn bezahlen.

Frau Kollegin Morsblech, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit kurz gewinnen darf, Sie, Ihre Fraktion hat in gemeinsamen Regierungszeiten die Duale Oberschule, die am allermeisten an das Modell der Regionalen Schule erinnert, entwickelt. Sie haben sich dort zugetraut, in neun Jahren Schülerinnen und Schüler so weit zu fördern, dass sie nach diesen neun Jahren in eine Berufsausbildung und eine weiterführende Schulausbildung gehen könnten. Sie haben in der Zeit mit uns zusammen das Prinzip der Regionalen Schulen entwickelt, die ein Zusammengehen von Hauptschulen und Realschulen waren.

Bedauerlicherweise haben wir damals auch nicht mehr Ressourcen in das System geben können. Sie und wir gemeinsam haben dieses Modell fortgeführt. Von diesen Schulen sind nun alle Schulen zunächst einmal in die Realschulen plus umgewandelt worden. Wenn wir über den Bestand der diesjährigen Realschulen plus reden,

reden wir zentral und zumindest zu 75 % von genau diesen Schulen, die wir gemeinsam entwickelt haben.

Dann ist es schon erstaunlich, dass Sie auf einmal glauben, dass das, was Sie noch vor einigen Jahren mit uns zusammen entwickelt haben, heute so nicht mehr gut sei. Diese Form des Umdenkprozesses ist zumindest bemerkenswert.

Darüber hinaus erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass außer der Bundesrepublik, Österreich und Tschechien an dieser Stelle des gemeinsamen Unterrichtens kein anderes europäisches Land mehr die Trennung vornimmt, die wir gerade dabei sind zu überwinden. Sie meinen jetzt, zitieren zu dürfen, dass alle anderen europäischen Länder außer der Bundesrepublik, Österreich und Tschechien auf dem Irrweg sind. Auch darüber bitte ich Sie einfach einmal kurz, still und leise nachzudenken.

Das Interessanteste, das Sie gesagt haben, erschreckt mich und macht mir ein bisschen Angst, weil Sie schon einmal gesagt haben, dass die Entwicklung der Realschule plus, die Entwicklung von mehr Integrierten Gesamtschulen dazu führen würde, dass Kinder zu lange in der Schule blieben und deswegen Handwerkern und Betrieben verloren gingen.

(Glocke des Präsidenten)

Ich finde, das ist eine beängstigende Aussage. Ich bin dafür, dass Schülerinnen und Schüler möglichst lange lernen und sich entwickeln dürfen und eine maximale Ausbildung und eine maximale Kompetenz erwerben können.

(Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin, es wäre schön, Sie würden auf den Weg, den wir einmal gemeinsam beschritten haben, mit uns zusammen zurückkehren.

Fördern wir die Kinder und schicken wir sie nicht – –

Präsident Mertes:

Frau Kollegin!

Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD:

– – zu früh von der Schule.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Wirz, CDU)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der IGS Mutterstadt, Mitglieder des SPD-Ortsvereins Limburgerhof und Mitglieder des SPD-Ortsvereins Neuhofen sowie Schülerinnen und

Schüler der Klassen 8 und 9 der St. Martinus-Schule Reinsfeld. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten eben vereinbart, dass, wenn wir den ersten Teil der Aktuellen Stunde absolviert haben, der Innenminister uns eine Erklärung zu dem schrecklichen Vorfalle von heute Morgen geben wird.

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie über einen tödlichen Schusswaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten am 17. März um etwa 6 Uhr morgens informieren.

1. Der Verfahrenshintergrund: Die Kriminaldirektion Koblenz, das 13. Kommissariat „Organisierte Kriminalität“, hatte im Rahmen eines bei der Staatsanwaltschaft Koblenz anhängenden Ermittlungsverfahrens wegen räuberischer Erpressung gegen Mitglieder des Rockerclubs „Hells Angels“ die Vollstreckung von insgesamt acht Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüssen an insgesamt sieben Objekten vorbereitet.

Eines der Objekte liegt in Düren, in Nordrhein-Westfalen, eines in Hadamar und eines in Anhausen, Kreis Neuwied. Da die Täter als gewalttätig bzw. als Waffenträger einzustufen waren, wurden zur Durchsuchung Kräfte des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Rheinland-Pfalz eingesetzt.

2. Zum Tatablauf: Beim Versuch durch Beamte des Spezialeinsatzkommandos, die Tür an einem Objekt in Anhausen zu öffnen, wurde durch den dort wohnhaften Tatverdächtigen auf die eingesetzten Kräfte geschossen. Ein 43 Jahre alter Beamter des SEK wurde dabei im Thoraxbereich getroffen und tödlich verletzt.

Zu einem polizeilichen Schusswaffengebrauch kam es nicht. Der Tatverdächtige und dessen Lebensgefährtin wurden festgenommen. Die weiteren Ermittlungen werden in Absprache mit der Staatsanwaltschaft vom Polizeipräsidium Koblenz übernommen. Die Veröffentlichung erfolgt unter der Federführung der Staatsanwaltschaft Koblenz.

Eine weitere Information: Es handelt sich um den ersten tödlichen Schusswaffengebrauch gegen einen rheinland-pfälzischen Polizeibeamten seit 1985. Bis zum Tage der Beisetzung werden alle Einsatzfahrzeuge der rheinland-pfälzischen Polizei einen Trauerflor tragen.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben, um den Toten zu ehren.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir fahren fort mit der Tagesordnung, und zwar mit dem zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

„Auswirkungen der Kürzung der Solarförderung auf Arbeitsplätze und Unternehmen in Rheinland-Pfalz“ auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4370 –

Frau Abgeordnete Mohr hat das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden verstehen, dass es jetzt schwierig und schwer für mich ist, nach diesem Bericht des Innenministers zur Tagesordnung überzugehen, aber die parlamentarische Tagesordnung gebietet das.

Meine Damen und Herren, das Hickhack bei der geplanten Kürzung der Solarförderung geht in die nächste Runde. Bei der Diskussion in der Koalitionsregierung in Berlin kehrt leider keine Ruhe ein.

(Baldauf, CDU: So ein Quatsch!)

Anderes sind wir – leider muss ich sagen – in letzter Zeit aus Berlin nicht mehr gewöhnt.

Das alles schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und bedeutet eine existentielle Gefährdung unserer rheinland-pfälzischen und deutschen Fotovoltaikindustrie und verunsichert die Arbeitnehmer am Standort Rheinland-Pfalz, die um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen.

Die ursprünglichen Pläne der Regierungskoalition in Berlin, die Vergütung von Solarstrom um nochmals 16 % zu kürzen und die Förderung von Solaranlagen auf Ackerflächen vollständig zu kappen, hat für viele eindeutig die Absicht der Bundesregierung gezeigt, den Ausbau der Solarenergie deutlich zu verlangsamen, und ist eine Abkehr von einer ökologischen Industriepolitik.

Darauf hat auch der Umweltausschuss des Bundesrats letzte Woche reagiert, indem es federführend durch Rheinland-Pfalz zu einem Fünf-Länder-Antrag mit dem Ziel kam, wesentliche Vorgaben zu modifizieren und das Ganze unternehmensvertraglicher zu gestalten.

Auch innerhalb der Solarbranche ist unumstritten, dass angesichts des deutlichen Preisverfalls bei Solarmodulen Korrekturen machbar und nötig sind. Es gibt dazu Untersuchungen, auch vom Fraunhofer Institut in Freiburg und von der LBBW von Experten, die aber von einseitigen Kürzungen sprechen.

Die Frage ist nur: Sind die vorgeschlagenen Kürzungen und Änderungen angemessen? Wer wird von ihnen profitieren? Wie schnell müssen sie überhaupt durchgezogen werden? –

Ich sage Ihnen, diese abrupten Beschlüsse entziehen der Solarwirtschaft ihre Grundlagen am Wirtschaftsstandort Deutschland und Rheinland-Pfalz. Der Schritt ist politisch und ökonomisch nicht nachvollziehbar.

Herr Eymael, es ist doch gerade das liberale Lager – ich weiß nicht, wer bei Ihnen dazu redet, aber üblicherweise reden Sie dazu –,

(Eymael, FDP: Ich habe ausnahmsweise nichts gesagt!)

das immer fordert, man müsse viel stärker in Forschung, Innovation und Entwicklung investieren und die erneuerbaren Energien näher an den Markt bringen.

Ich verstehe Ihre politische Richtung in Berlin deshalb nicht. Viele unserer Solarfirmen tun dies gerade und haben sehr viel in den letzten Jahren in Innovation und Entwicklung investiert und dazu noch eine breite Palette an wertvollen Arbeitsplätzen geschaffen, auch am Standort Mainz, aber unter ganz anderen Voraussetzungen. Das muss sich ja jetzt auch erst rechnen.

Deshalb sind auch viele Unternehmen ganz besonders in Rheinland-Pfalz hier am Standort Mainz technologisch wirklich top. Das wissen wir alle, aber wir wissen auch, dass sie die Produktionskosten wie in China und Indien niemals schaffen werden.

Worum geht es also der Regierungskoalition in Berlin? Diese Frage muss man doch stellen. Geht es darum, erneuerbare Energien so schnell und billig wie möglich zu bekommen? Dann muss ich Ihnen sagen, so kann es eigentlich nicht sein. Dann wird es schwer, die eigene Produktion, die eigene Industrieproduktion am Standort, die weitgehend mittelständisch geprägt ist, zu erhalten.

Wir haben deshalb kein Verständnis dafür, dass bei einer so innovativen und zukunftsorientierten Branche abrupt und so rigide die Förderung gekappt wird.

(Beifall der SPD)

Dieser Schritt vernichtet nicht nur Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Produktion und Entwicklung, sondern auch bei unseren lokalen Handwerksbetrieben. In vielen Kommunen – das haben Sie alle mitbekommen, wer kommunal tätig ist – sind Freiflächenanlagen erst einmal auf Halde gelegt. In Trier und in anderen Gebieten des Landes auch; denn Unsicherheit grassiert bei allen Beteiligten,

(Glocke des Präsidenten)

und wertvolle Investitionen gehen verloren.

Ich denke, wenn die Kürzungen nicht angepasst werden, vernichten wir Arbeitsplätze und schaffen ein Konjunkturprogramm für China und Indien. Das wollen wir beim besten Willen nicht.

Danke.

(Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile dem Herrn Kollegen Weiner das Wort. – Bitte schön.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte meine Rede einmal ganz ungewöhnlich mit der Frage beginnen: Was haben die Eigenheimzulage, der Kohlepennig und die Abwrackprämie gemeinsam? – Diese drei Begriffe stehen für einen Umstand, der sich Subvention nennt.

Auch das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien beinhaltet im Kern eine Subvention, um bestimmte energetische Ziele zu erreichen. Die Kosten dieser Subvention werden auf die Stromkunden abgewälzt. Juristen nennen so etwas einen Vertrag zulasten Dritter. Deshalb ist die Politik geradezu verpflichtet, regelmäßig zu prüfen, ob und inwieweit das mit der Subvention geförderte Ziel erreicht, überschritten oder unterschritten wurde.

Auch bei der Beibehaltung der Ziele hat die Bundesregierung die Pflicht gegenüber den Stromkunden, zu überprüfen, in welcher Höhe eine Subvention noch notwendig ist, und genau das tut sie.

Mit der Novellierung des EEG bekennt sich die Bundesregierung eindeutig zur weiteren Förderung erneuerbarer Energien, insbesondere auch der Fotovoltaik.

(Beifall bei der CDU)

Der Anteil erneuerbarer Energien soll weiterhin, aber kontinuierlich gesteigert werden. Preissprünge, auch beim Strom, sollen vermieden werden. Im Übrigen sind günstige Stromkosten auch ein wichtiger Produktionsfaktor für die gesamte Wirtschaft in unserem Land und müssen im Hinblick auf Arbeitsplätze auch im Auge behalten werden.

Da die Anschaffungspreise für Fotovoltaikanlagen im letzten Jahr um rund 30 % gesunken sind, sind damit die Gewinnmargen für Investoren kräftig gestiegen. Deshalb erlebte die Solarbranche in den letzten Monaten einen regelrechten Hype, einen Boom, eine Phase der Überhitzung. Diese Überhitzung soll künftig vermieden werden, und der Ausbau der Solarenergie soll nachhaltig und kontinuierlich betrieben werden. Das ist das Ziel der Bundesregierung.

Von der Solarförderung profitieren nicht in erster Linie die Hersteller, sondern die Investoren. Somit wird eine Anpassung auch nicht in erster Linie die Hersteller treffen, sondern die Gewinne bei den Investoren werden wieder auf ein Normalmaß gestutzt. Dabei haben wir durchaus Verständnis für diejenigen, die sich nun an das veränderte Förderkonzept anpassen müssen.

Aber es ist nicht richtig, wenn die Landesregierung und die SPD den Eindruck erwecken, die Novellierung bringe nur Verschlechterungen mit sich.

(Staatsministerin Frau Dreyer: Bringt sie doch auch!)

Der Markt hat sich 2009 überhitzt, und auf manchen Äckern ist eine regelrechte Goldgräberstimmung entstanden. Die niedrigen Beschaffungskosten und die hohen Gewinnmargen lockten zunehmend auch Investoren an, die weniger an einer nachhaltigen Entwicklung interessiert sind und mehr profitorientiert handeln wollen.

(Beifall der CDU –
Eymael, FDP: Die schnell abzocken wollen!)

Weil man an großen Anlagen schneller und mehr verdienen kann, begnügen sich rein gewinnorientierte Investoren nicht mehr mit den Dächern von Häusern, sondern fokussieren sich immer stärker auf große Flächen. Damit sind andere Ziele beeinträchtigt, zum Beispiel auch die von der Landesregierung unterstützten Ziele eines sparsamen Landschaftsverbrauchs, des Vorrangs von Landwirtschaft im Außenbereich und des Tourismus.

Die Bundesregierung hat diese Fehlentwicklungen erkannt und steuert die künftigen Anlagen gezielt auf Brachflächen wie Konversionsliegenschaften, Rändern von Flughäfen, Autobahnen und Industriegebieten.

Eine besonders problematische Entwicklung zeichnet sich in der Landwirtschaft ab. Selbst für Eigentümer von besten landwirtschaftlichen Böden ist es inzwischen lukrativer, bei ablaufenden Pachtverträgen große Äcker an Investoren von Solaranlagen als an Landwirte zu verpachten. Landwirte, die auf Pachtflächen angewiesen sind, wären negativ betroffen. Auch Landwirtschaftsminister Hering hat dies im letzten Jahr öffentlich festgestellt. Deshalb lenkt die Bundesregierung die Nachfrage nach Fotovoltaikanlagen gezielt von den Äckern zurück auf die Dächer.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Dabei hat die Bundesregierung durchaus auch die Arbeitsplätze bei heimischen Betrieben der Solarbranche im Auge. Die Fotovoltaikanlagen auf dem eigenen Dach werden künftig stärker gefördert als andere Anlagen, und dies bringt entscheidende Vorteile mit sich. Die Stromnetze werden entlastet, und vor allem die Hersteller, Händler und Handwerker können sich bei ihrer Auftragsakquisition genau auf diese Gruppe konzentrieren. Das ist genau die Gruppe, die wesentlich stärker auf heimische Qualitätsprodukte setzt als jene, die nur den großen Profit mit Fernost-Billigware auf großen Flächen machen wollen. Die Ausnahmeregelung kommt also gezielt der deutschen Fotovoltaikwirtschaft zugute.

Um für die Firmen den Übergang zwischen der ungesunden Phase der Überhitzung und der Rückkehr zum normalen Wachstumspfad abzufedern, hat die Bundesregierung die ursprünglich geplante Übergangsfrist vom 1. April auf den 1. Juli verlängert.

(Glocke des Präsidenten)

Damit ist sie den Firmen der Solarbranche ein großes Stück entgegengekommen.

Mehr dazu in der zweiten Runde.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Ich erteile nun Frau Kollegin Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion ist froh um die gute Entwicklung der erneuerbaren Energien. Insbesondere freuen wir uns über die in Rheinland-Pfalz entstandenen Arbeitsplätze, sei es bei den Herstellern von Fotovoltaikanlagen, bei den Projektentwicklern oder den installierenden Betrieben.

(Beifall der FDP)

In der Fotovoltaik wurden und werden zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen, und dies begrüßen wir sehr.

(Licht, CDU: Es wird kein Euro weniger ausgegeben!)

Die FDP-Bundestagsfraktion sieht dies genauso und hat deshalb in der Koalition bewirkt, dass Einspeisevergütungen maßvoller und später abgesenkt werden als zunächst vom Umweltminister geplant. Die FDP-Bundestagsfraktion hat auf Druck der Union den Abschluss von Ackerflächen zunächst akzeptiert, begrüßt aber, dass die Union dafür nun wieder Möglichkeiten eröffnen will.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat außerdem durchgesetzt, dass Gewerbegebiete neu in die Förderung aufgenommen werden und die Senkung der Förderung auf Industriebrachen und ehemaligen Militärgeländen abgemildert wird.

Die Zusatzvergütung für selbst verbrauchten Fotovoltaikstrom wurde sogar verdoppelt,

(Beifall der FDP)

und dies könne laut „WirtschaftsWoche“, die Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, sicherlich nicht als wirtschaftsfeindlich einstufen, bis zu 40 % des erzeugten Fotovoltaikstroms zugute kommen.

Damit bliebe, so die „WirtschaftsWoche“ vom 22. Februar 2010, Umweltminister Röttgen auffallend nah am Vorschlag des Bundesverbandes der Solarwirtschaft, der selbst eine Kürzung über die bereits vorgesehene hinaus um allenfalls 5 % vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, die SPD übersieht geflissentlich noch mehr Tatsachen. Herr Weiner hat eben schon darauf hingewiesen, nicht die Hersteller von Solarzellen erhalten die Einspeisevergütung, sondern die Eigentümer und Betreiber. Diese erwirtschafteten früher sehr attraktive Renditen und werden auch in Zukunft noch attraktive Renditen erwirtschaften.

Probleme bereitet einem Teil der deutschen Fotovoltaik-industrie der Preisverfall im Jahr 2009 und auch schon zuvor, der aber eine Auswirkung des internationalen Angebotes und nicht der Kürzung der Förderung im Jahr 2010 ist.

(Beifall bei der FDP)

Der Preisverfall wird sich fortsetzen, darüber waren sich schon im letzten Jahr alle Sachverständigen einig.

Die Qualität und die Qualitätskontrollen deutscher und insbesondere rheinland-pfälzischer Hersteller und die hohe Lebensqualität ihrer Module sind unerreicht. Leider fragen viele Kunden nur nach dem Preis, was dazu führt, dass bedauerlicherweise nur bei ca. 50 % deutsche Qualität den Ausschlag für die Kaufentscheidung gibt. Dieses Problem besteht jedoch unabhängig von der Förderung. Wer glaubt, dass sich ein preisbewusster Kunde nur aufgrund einer höheren Förderung für die teuren Module entscheidet, liegt falsch, genauso, wie er falsch liegt, wenn er aus der Kürzung der Förderung die Folgerung zieht, daraufhin entstünde notwendigerweise ein Verlust von Arbeitsplätzen. Das ist nicht der Fall.

(Hartloff, SPD: Das sieht die Firma Schott auch so?)

Meine Damen und Herren, die Aussichten für die Solar-industrie sind weltweit hervorragend. In den letzten beiden Jahren überstieg die in Deutschland installierte Leistung die ursprünglich vom Bundesministerium für Umwelt erwartete bei Weitem.

(Hartloff, SPD: Das ist gut so!)

2009 rechnete man mit lediglich 1.300 Megawatt, ans Netz gingen laut Fachmagazin „PHOTON“ aber zwischen 3.000 und 4.000 Megawatt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Investitionsentscheidungen der Hersteller haben sich nach den erwarteten Zahlen und nicht nach den später eingetretenen tatsächlichen Zahlen gerichtet.

Auch der Ministerpräsident hat hier wiederholt betont, ein niedriger Strompreis sei wichtig für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze. Nennen Sie es fair, wenn jeder Betrieb, jeder Rentner, jeder Geringverdiener für hohe Renditen bei der Fotovoltaik, und zwar bei denen, die sie auf dem Dach haben, teuer zahlen muss? Dass es unsozial ist, habe ich hier schon wiederholt gesagt.

Sie bewirken ein Weiteres, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Sie verunsichern die Nachfragen.

(Glocke des Präsidenten –
Zurufe von der SPD)

Sie helfen nicht denen, die die Anlagen herstellen, indem Sie hier die Zweifel an der Rentabilität schüren. Sie sollten das Gegenteil tun,

(Glocke des Präsidenten)

wie ein Handwerker in meiner Nachbarschaft – –

Präsident Mertes:

Frau Kollegin!

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

– – der schlicht und einfach inseriert in den letzten Tagen: Fotovoltaik bleibt sichere Rendite!

Präsident Mertes:

Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Ich bin zu Ende.

Präsident Mertes:

Ach, Sie sind zu Ende. Das ist nett.

(Beifall der FDP)

Danke schön.

(Hartloff, SPD: Es ist doch richtig gut, dass die Bundesregierung niemanden verunsichert hat bei der Investition!)

Das Wort hat Umweltministerin Frau Conrad.

**Frau Conrad, Ministerin für Umwelt,
Forsten und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schellhaaß, ich möchte das letzte Stichwort schon gerne aufgreifen. Das, was die Bundesregierung und die sie tragende Koalition in den letzten Wochen und Monaten energiepolitisch angerichtet haben, ist – harmlos formuliert – zumindest eine Verunsicherung einer ganzen Branche, dies weit über die Solarbranche hinaus.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Man kann sagen, das ist ein Flurschaden, den Sie mittlerweile energiepolitisch angerichtet haben. Noch nie hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit alles Kapital an Vertrauen in eine verlässliche Energiepolitik verspielt wie diese Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD –
Widerspruch von CDU und FDP –
Bracht, CDU: Sie haben aber ein schwaches Gedächtnis, Frau Ministerin! Erinnern Sie sich einmal an Ihre Zeit in Berlin!)

Das wird Ihnen nicht nur von mir gesagt, sondern es gibt Briefe der Unternehmen dazu. Schott könnten wir zitieren.

(Eymael, FDP: Ach ja! Der Brief ist schon uralt!)

Es gibt auch Briefe aus Ihren eigenen Reihen, auf die ich noch zu sprechen komme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme noch einmal zu den angekündigten zusätzlichen Kürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das Gesamtvorhaben steht im Zusammenhang mit anderen energiepolitischen Wendeabsichten. Ich denke an die Laufzeitverlängerung der Atomenergie, die im Übrigen auch gegen die Solarenergie und die erneuerbaren Energien geht, aber auch zum Beispiel an Kürzungen wie die Kraft-Wärme-Kopplung, die man dringend braucht, wenn man die erneuerbaren fluktuierenden Energien zu einer sicheren Energieversorgung entwickeln möchte.

Nein, der Flurschaden geht weit über die Branche hinaus und betrifft auch – ich sage Ihnen das noch einmal – Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihre Solaranlage bereits bestellt haben, die aber nicht mehr bis zum 1. Juli installiert werden kann, die von ganz anderen Einspeisevergütungen ausgegangen sind, eine ganz andere Kalkulationsgrundlage und eine ganz andere Finanzierungsmöglichkeit hatten.

(Eymael, FDP: Das ist schon verlängert worden! Die gekauft haben, werden alle bedient! Gelogen! Das stimmt doch nicht!)

Das ist auch ein Verlust an Vertrauen. Das ist auch vertrauensschädigend, was Sie mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern machen.

(Beifall bei der SPD)

Um das auch deutlich zu sagen, es ist unbestritten – das ist doch der Erfolg des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und der Innovation gerade auch in der Solarbranche –, dass man über die jährlichen Einspeisevergütungen hinaus eine zusätzliche Rückförderung der EEG-Förderung für die Solaranlagen umsetzen kann.

Natürlich wollen wir auch keine Überförderung. Das ist völlig klar. Aber wir wollen – das ist auch unser Vorhaben und unser Credo – eine Degression in planbaren Schritten, damit die Branche, insbesondere auch die Solarunternehmen, Zeit zur Anpassung haben, aber auch die Verbraucher und Verbraucherinnen.

Das Zweite ist, wir brauchen dringend das verlässliche Wissen darum und das Vertrauen darauf, dass es auch in Zukunft kostendeckende Einspeisevergütungen gibt. Auch das wird doch mittlerweile zerstört. Das, was Sie anrichten, ist Chaos in einem ganz wichtigen energie- und technologiepolitischen Bereich.

(Beifall bei der SPD)

Das könnte man so im Raume stehen lassen, auch die ganzen Debatten jetzt, wenn es nicht regierungstragende Parteien wären und wir alle darauf angewiesen sind, dass eine Regierung handlungsfähig ist, verlässlich und zukunftsfähig in dieser Sache.

Der zweite Baustein in diesem Absichtenpaket heißt, dass die Solarförderung für Anlagen auf Ackerflächen ganz gestrichen werden soll. Die Freiflächenanlagen

sind doch gerade die Billigmacher in der Solartechnologie. Ausgerechnet dort – so sagen Sie –, soll man nicht fördern. Deswegen finde ich es toll, dass Herr Seehofer jetzt hingeht – die Intention der Streichung kam doch aus Bayern – und sagt, genau so, wie wir das in unserem Antrag formuliert haben, dass es weder energiepolitisch sinnvoll noch landwirtschaftspolitisch notwendig ist. Das ist seine Formulierung. So ähnlich steht es in unserem Antrag für den Bundesrat.

Ich kann nur sagen, es freut mich, dass Herr Seehofer jetzt mittlerweile einlenkt. Es war falsch gewesen, die Ackerflächen ganz von der Förderung auszuschließen.

Damit Sie wissen, dass die Landesregierung nicht für eine „Zupflasterungspolitik“ ist, wie Herr Weiner das eben unterstellt hat, möchte ich betonen, wir haben immer gesagt, wir wollen, dass die hoch ertragreichen produktiven Böden von solchen Anlagen frei bleiben. Aber wir haben in Rheinland-Pfalz Grenzertragsstandorte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie kennen solche Flächen an der Mosel, in den Seitentälern, wo auch durch Rückzug des Weinbaus Flächen zumindest überprüft werden dürften, ob sie für Solaranlagen auch vom Kulturlandschaftsbild her geeignet sind.

Das heißt, wir wollen eine gesteuerte begrenzte Entwicklung. Dies kann man über das Planungsrecht machen. Dies wäre wesentlich sinnvoller als diese Kahlschlagspolitik mit all ihren Auswirkungen, die Sie jetzt vorhaben.

(Beifall bei der SPD –

Frau Schneider, CDU: Was sagt denn der Landwirtschaftsminister dazu? –

Ministerpräsident Beck: Fragen Sie den Herrn Seehofer, was er dazu sagt!)

Das ist gerade die Position auch des Landwirtschaftsministers in diesem Punkt. Das war und ist sie.

(Frau Schneider, CDU: Was sagt Minister Hering dazu?)

– Fragen Sie doch lieber einmal Herrn Seehofer. Er hat das Ganze doch angezettelt.

(Frau Schneider, CDU: Was sagt Minister Hering dazu?)

Jetzt hat er gemerkt, dass er selbst große Solarproduzenten in Bayern hat. Jetzt rudert er wieder zurück. Das ist doch nicht das erste Mal, dass eine solche Politik von Bayern auf Bundesebene formuliert wird.

(Beifall bei der SPD –

Frau Schneider, CDU: Was sagt Minister Hering dazu?)

Was sind die Auswirkungen? Wissen Sie, beide Akzente, sowohl die schnelle und drastische Kürzung der Einspeisevergütung auf der einen Seite als auch der weitreichende Verzicht auf Freiflächenanlagen auf der anderen Seite werden Auswirkungen auf Arbeitsplätze

haben, und zwar in der ganzen Wertschöpfungskette. Darauf hat auch Frau Mohr hingewiesen.

(Unruhe im Hause)

Das hat aber auch Auswirkungen ganz aktuell auf Unternehmen. Herr Eymael, wissen Sie, ein rheinland-pfälzisches Unternehmen – – –

(Weitere Unruhe im Hause)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, Sie sind entschieden zu laut.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Wissen Sie, Sie waren der Meinung, das wäre ja nicht so unheimlich interessant.

(Dr. Weiland, CDU: Die Ministerin ist laut! Die Ministerin kommt etwas schrill rüber!)

Ein rheinland-pfälzisches Unternehmen hat deutlich gemacht – wir können es auch nennen, es ist juwi –, dass es allein an Vorlaufkosten für Projekte in Deutschland einen zweistelligen Millionenbetrag abschreiben kann, wenn dieses Regierungsvorhaben tatsächlich umgesetzt wird, ganz konkret.

Wir wissen, dass viele Gemeinden über mehrere Jahre geplant und entsprechend Aufträge vergeben haben, Gutachten zur Beurteilung von geeigneten Standorten. Dazu kommt, dass Gemeinden jetzt und in Zukunft auf Erträge verzichten müssen; denn wir wissen, dass mit Wind, aber auch mit der Fotovoltaik zum Beispiel Einnahmen in Gemeindekassen möglich sind, zum Beispiel durch Pachteinahmen, aber auch durch Gewerbesteuer.

Es war doch diese Landesregierung gewesen – hier bin ich meinem Kollegen Finanzminister auch dankbar –, die einen Antrag gestellt hat, dass wie bei der Windkraft in Zukunft auch bei Freiflächensolaranlagen eine Gewerbesteuererleichterung erfolgen soll, dass damit die Standortgemeinden und nicht nur die Sitzgemeinden der Unternehmen etwas davon haben sollen. Deswegen war dies unser Beitrag gewesen. Welch ein Unterschied zu Ihrer Argumentation, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie können gern einmal zu einigen Gemeinden gehen und fragen, was das ganz konkret für die Haushalte in der Zukunft bedeutet.

Natürlich ist es nicht so, dass mit diesem Vorhaben der Koalition, welches im Übrigen im Bundestag noch gar nicht eingebracht ist – es soll ein Fraktionsantrag werden –, die Entwicklung der solaren Energieerzeugung ganz kaputtgemacht wird. Das behauptet auch niemand. Das ist vollkommen klar. Aber sie wird drastisch gebremst. Sie wird in einem Zeitraum gebremst, in dem andere diese Entwicklung beschleunigen. Gehen Sie

einmal nach Amerika. Schauen Sie sich die asiatischen Märkte an. Dort rechnet man mit zweistelligen Zuwachsraten. Dort rechnet man mit Zuwachsraten von 100 %. Just in dieser Phase treffen Sie die deutsche Solarbranche.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zuerst wird es die Produzenten von Modulen treffen. Dazu kann ich Ihnen gerne aus dem zitieren, was Schott Solar relativ deutlich gemacht hat gegenüber dem Bundesminister, der Landesregierung und, soviel ich weiß, auch gegenüber Ihrer Spitzenkandidatin, von der ich nicht weiß, wie sie sich gegenüber diesem Thema verhält. Sie haben deutlich gemacht, dass in ihrem Unternehmen ca. 1.000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Sie können das gerne nachlesen.

Aber es wird mehr bedeuten, weil es einen massiven Einfluss auf die Forschung und Entwicklung haben wird; denn Forschung und Entwicklung folgen immer den nationalen Märkten. Das muss man einfach wissen. Wenn Sie die nationalen Märkte für die deutschen Solarunternehmen infrage stellen oder kaputtmachen, dann wird das Auswirkungen auf dieses Innovationsfeld in einem unglaublichen Wachstumsmarkt weltweit haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen zitiere ich einen Brief aus Ihren Reihen. Ich sage Ihnen nachher, von wem: „Sicherlich muss eine Überförderung vermieden werden.“

(Zuruf von der CDU: Genau!)

– Das habe ich vorhin auch gesagt.

„Mit einem plötzlichen Förderkahlschlag ohne Augenmaß verliert Deutschland jedoch unweigerlich und irreversibel seine Vorreiterrolle und Technologieführerschaft bei einer der wichtigsten Zukunftstechnologien dieses Jahrhunderts!“ Ein Brief von Professor Dr. Friedbert Pflüger. Ich denke, Sie kennen ihn noch als ehemaligen Staatssekretär und ehemaligen CDU-Vorsitzenden von Berlin.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Es kann ja sein, dass Sie Ihre eigenen Leute nicht besonders schätzen, wenn ich so Ihre Regungen dazu sehe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ich will Ihnen auch etwas zu dem Thema „Innovation und Rückführungsbeträge“ sagen. Sehen Sie, ein Unternehmen wie Schott hat begonnen, in diese Branche zu investieren und einen Unternehmenszweig aufzubauen, eine Unternehmensentwicklung darauf zu stützen, als wir ein Erneuerbare-Energien-Gesetz hatten, bei dem die jährliche Rückführung 5 % der Einspeisevergütung betrug. Diese jährliche Rückführung, die jedes Unternehmen verkraften muss, beträgt nach EEG im Durchschnitt heute bereits – ich glaube, das seit 2004/2005 – 10 %. Das heißt, Ihre Absicht bedeutet, dass Unternehmen wie Schott im Januar eine 10 %ige Kürzung zu verkraften haben. Sie sollen jetzt im Juli noch einmal eine Kürzung von 16 % akzeptieren. Am 1. Januar 2011 kommt die nächste

Kürzung. Das würde eine Kürzung von über 30 % der Einspeisevergütung innerhalb von zwölf Monaten bedeuten. Welche Branche, welches Unternehmen kann bei solchen Sprüngen noch kalkulieren?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man sich ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzt, dann kann man dieses Gesetz, wie beabsichtigt, mit Formulierungshilfen der Bundesregierung vorbereitet, so nicht einbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat immer die erneuerbaren Energien und die Solarenergie als eine tragende Säule unserer energie- und klimapolitischen Konzeption bezeichnet. Sie gehört bisher immer noch zu einem Klima- und Energiekonzept der Bundesregierung. Dieses wird nachhaltig gefährdet bzw. infrage gestellt.

Die Landesregierung hat deutlich gemacht und angekündigt, dass wir uns gegen diese Kürzungen stemmen werden und jede politische Möglichkeit dazu nutzen werden. Der Herr Ministerpräsident hat sich bereits an beide zuständigen Minister in diesem Sinne gewandt. Wir haben im Bundesrat einen Antrag eingebracht. Ich darf auch sagen, wir haben einen Zwischenerfolg erreicht. Der zuständige Umweltausschuss hat mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Den Antrag haben wir ergänzt. Der Antrag wird unterstützt von anderen Bundesländern wie Brandenburg, Bremen, Hamburg und dem Saarland. Es ist ein Fünf-Länder-Antrag. Ich bin gespannt, wie die Debatte weitergeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe – das sage ich sehr deutlich im Interesse auch des bisherigen Konsenses, den es einmal zu den erneuerbaren Energien gegeben hat –, dass wir so weitermachen. Ich stelle aber fest, dass Sie bereit sind, diesen zu opfern, jedenfalls Stand heute, dass bei Ihnen die Frage der Förderung der Atomenergie wichtiger ist als die Zukunftstechnologien der erneuerbaren Energien.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD –

Zuruf von der CDU: Das musste jetzt kommen!)

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen Gäste, und zwar politisch interessierte Jugendliche aus Steinfeld ebenso wie den SPD-Seniorenstammtisch Altenkirchen/Weyerbusch. Dabei begrüße ich ganz besonders Hans Helzer, langjähriger Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses.

(Beifall im Hause)

Lieber Herr Hans Helzer, Sie werden gesehen haben, es wird immer noch genauso engagiert über Schulfragen diskutiert wie zu Ihrer Zeit.

Der Ministerpräsident hat sich für die zweite Runde gemeldet. Wegen der längeren Ausführungen stehen für die Fraktionen noch weitere zwei Minuten Redezeit zur

Verfügung, also anstatt zwei Minuten vier Minuten. Danach sehen wir weiter.

Beck, Ministerpräsident:

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Anschluss an das, was Frau Kollegin Conrad zu diesem Thema gesagt hat, mache ich aus meiner Sicht wenige Bemerkungen, weil es in der Tat um eine sehr grundsätzliche Weichenstellung geht, wie wir mit der Energieversorgung in Deutschland umgehen wollen und welche Chancen wir erneuerbaren Energien im wirtschaftlichen Kontext geben wollen.

Es ist zweifelsfrei so, dass es dabei darauf ankommt, dass wir Anstoßfinanzierungen und Übergangsregelungen schaffen, um bestimmten Stromerzeugungsformen eine wirtschaftliche Grundlage zu ermöglichen, die dann da ist, wenn die Rentabilität aus der Energieeinsparung von fossilen Energieträgern etc. und einem entsprechenden Verhältnis zu den Investitionskosten und Abschreibungszeit in einer guten Relation stehen.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Bei allen Fachleuten, die ich bisher dazu gehört habe, ist es so, dass sie sagen, wir stehen relativ dicht vor dieser Rentabilitätsschwelle, aber wir haben sie noch nicht erreicht. Deshalb wenden wir uns im Deutschen Bundesrat und hier im Parlament gegen diese Kürzungen, weil wir es für fatal halten, sozusagen kurz vor dem Ziel innezuhalten und damit die Erreichung des Ziels insgesamt zu gefährden.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie mit den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus bundesweit sprechen, werden Ihnen die genau die gleichen Sorgen vortragen, sei es durch Schott Solar, juwi oder andere. Es ist doch kein Zufall, dass die Handwerksunternehmen gegen das demonstrieren, was sich die Bundesregierung vorgenommen hat.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist doch nicht so, dass sie demonstrieren, weil sie auf einmal bessere Chancen haben, wie Herr Weiner versucht hat, uns einzureden. Das Gegenteil ist richtig.

Wenn Sie mit führenden Persönlichkeiten der Solartechnologie reden, dann sagen die Ihnen, diese Veränderung bringt den Billigprodukten aus den asiatischen Märkten einen Wettbewerbsvorteil und den Eigenproduktionen mit hoher Qualität und hohem Wirkungsgrad einen deutlichen Investitionsnachteil. Sie reden doch nicht mit anderen Leuten, als wir es machen. Machen wir uns doch kein X für ein U vor. Das ist eine falsche Entscheidung, ökologisch und ökonomisch falsch.

(Beifall der SPD)

Es ist so abgetan worden, warum Sie sich immer von führenden Persönlichkeiten der CDU dann distanzieren,

wenn Ihnen deren Position nicht passt. Das wundert mich. Ich habe den Brief von Herrn Pflüger auch hier vor mir liegen.

(Baldauf, CDU: Haben Sie auch den von Herrn Clement dabei?)

Mit dem wollen Sie nichts mehr zu tun haben. Das mag ja sein. Ich sage nur, er hat an Herrn Umweltministerkollegen Röttgen geschrieben, und zwar im Februar dieses Jahres, nicht irgendwann. Er hat dort unter anderem davon gesprochen, dass ein Einbruch der Fördersätze in diesen Größenordnungen deutsche Unternehmen und europäische Solarproduzenten unweigerlich ins Aus katapultiert. Das stimmt völlig mit dem überein, was auch unsere Analyse ist.

Er sagt an anderer Stelle, dass ein Förderkahlschlag ohne Augenmaß hier zu verzeichnen sei, und nach dem Desaster von Kopenhagen – so weiter ein Zitat – wäre dies politisch ein weiteres fatales Zeichen für den weltweiten Klimaschutz.

Das sind doch nicht irgendwelche Argumente, die man hier vom Tisch fegen kann, sondern mit denen man sich auseinandersetzen muss. Ich stelle fest und unterstreiche, was Frau Kollegin Conrad hier gesagt hat, dass offensichtlich in Bayern diese Erkenntnis gereift ist, wer sie auch immer hat reifen lassen. Ich will aus dem „Handelsblatt“ vom heutigen Tag zitieren. Da ist unter anderem ausgeführt: „Die Debatte um die Kürzung der Solarförderung beginnt von vorne: Die Unionsfraktion konnte sich gestern Abend“ – also diese Woche – „nicht dazu durchringen, die zuletzt ausgehandelten Kompromisse zu akzeptieren.“ –

Wörtliche Rede: „Wir gehen zurück auf Los und müssen neu verhandeln“, hieß es heute in Koalitionskreisen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns doch gemeinsam die Chance dieses Nachdenkenprozesses in Berlin im Sinne von Tausenden von Arbeitsplätzen dieses Landes Rheinland-Pfalz nutzen, von Hunderten von Kommunen, die Planungen haben, die gerade zerschlagen werden von Ihnen, meine Damen und Herren, viel Geld, das in Rheinland-Pfalz in den Sand gesetzt wird. Lassen Sie uns doch gemeinsam die Chance nutzen, dass man dort argumentiert und sagt: Hört auf damit, lasst uns in zwei Jahren noch einmal darüber reden. – Einverstanden, aber nicht jetzt. Sie sind vor lauter Verblendung überhaupt nicht mehr zur Wahrnehmung von Problemen in der Lage.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Herr Bracht, ich würde Sie gern ernst nehmen, aber vor lauter Entsetzen schreien Sie hier herum. Das hat keinen Sinn.

Lassen Sie mich ein Zweites an die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion sagen. Sie wissen doch, dass bei Ihnen das Umdenken auch schon längst begonnen hat. Ich zitiere – auch im „Handelsblatt“ von heute nachlesbar – Ihren zuständigen Sprecher, Herrn Horst Meierhofer, Obmann der FDP im Umweltaus-

schuss des Bundestages. Er hat gegenüber dem „Handelsblatt“ ebenfalls deutlich gemacht, dass er bezogen auf den Teil der Streichung der Förderung von Fotovoltaikanlagen auf Ackerflächen der Auffassung ist, dass dies in einer Kombination mit einer Flächenbegrenzung sinnvoll sei.

(Eymael, FDP: Das war immer schon unsere Linie!)

– Nein, das seid Ihr nicht. Ihr wolltet es doch auf null reduzieren. Lieber Herr Kollege Eymael, so können Sie hier nicht durchflutschen.

(Eymael, FDP: Natürlich!)

Ihr habt zuerst Anträge eingebracht, die lauteten: Eine völlige Streichung. – So ist es. Sie haben vorhin gefragt: Wie ist denn eure Position? – Wir haben immer gesagt, wertvolle Ackerflächen mit hohen Erträgen wollen wir nicht zur Solarförderung nutzen, aber es gibt viele Ackerflächen, die nicht erstrangige Böden haben, wo eine solche Nutzung unter den Bedingungen, die Frau Conrad dazugefügt hat – Optik und viele andere Dinge –, nutzbar gemacht werden sollten.

(Dr. Weiland, CDU: Ja genau!)

Das war ausdrücklich nicht die Position der Union und nicht die Position der FDP. Wenn Sie dort nachsteuern, begrüßen wir das, aber tun Sie nicht so, als hätten Sie das schon immer so gewollt, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Letzte Bemerkung.

(Dr. Weiland, CDU: Bei der Windkraft habt ihr das – – –!)

– Ja, jetzt sind wir aber bei der Solarenergie, lieber Herr Kollege.

Letzte Bemerkung.

(Hartloff, SPD: Es ist nicht immer schön, wenn man regiert in Berlin!)

– Ja, es ist halt so. Ihr seid noch nicht gewöhnt, dass ihr regiert in Berlin, und tut so, als könntet ihr Regierung und Opposition gleichermaßen sein. Das funktioniert aber nicht.

(Beifall der SPD)

Nein, wir regieren hier schon und nehmen die Dinge auch ernst.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Ja, ja. Ich habe Ihnen ja gerade eben gesagt, dass der bayerische Ministerpräsident, wie er es so häufig tut, vom Saulus zum Paulus geworden ist, was diese Fragen angeht,

(Dr. Weiland, CDU: Das kennen wir hier ja überhaupt nicht!)

und jetzt dafür eintritt, dass Anlagen auf Äckern auch zukünftig gefördert werden können sollen. Das ist doch nicht von mir. Das ist doch von ihm. Warum darf ich es also – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Frau Schneider, Sie sind immer laut, aber Sie sagen immer Dinge, die nie zutreffend sind oder fast nie.

(Beifall bei der SPD –
Hartloff, SPD: Sie bleibt sich treu!)

Dann lassen Sie mich noch ein Wort zum Bauernverband sagen. Hier wird ja so getan – – –

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

– Ich verstehe Sie nicht, aber Sie werden schon nicht recht haben.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie tun hier so, als müssten Sie – vor allen Dingen die Union – Hüterin der Interessen der Bauern sein.

(Dr. Weiland, CDU: Ja, sind wir!)

– Ja, sehen Sie, solche Zwischenrufe, lieber Herr Dr. Weiland, sind immer problematisch, bevor man zugehört hat. Denn der Bayerische Bauernverband – – –

(Frau Schneider, CDU: Sind wir jetzt in Bayern oder in Rheinland-Pfalz, Herr Ministerpräsident?)

Der Bayerische Bauernverband – – –

(Dr. Weiland, CDU: Aber Bayern hat ja mal zur Pfalz gehört!)

– Das ist wahr. Ich unterstreiche, das war jetzt ein wahrer Ausruf des Kollegen Dr. Weiland, Bayern war – obwohl die es nie wirklich wahrgenommen haben – Teil der Pfalz. Aber trotzdem – – –

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Aber trotzdem noch einmal, ich kann es Ihnen nicht ersparen, weil einen solchen Zickzackkurs können Sie hier nicht einfach unwidersprochen fahren, weder die FDP noch die CDU.

(Baldauf, CDU: Das sagen Sie!)

Der Bayerische Bauernverband ist in Deutschland nicht völlig unbedeutend, weil, wenn ich es richtig weiß, der Vorsitzende des Deutschen Bauernverbandes auch Teil des Bayerischen Bauernverbandes ist. Also insoweit ist es schon lohnend. Dort wörtliche Rede des „Handelsblatt“ vom heutigen Tag. Ich verstehe gar nicht, warum Sie das nicht vorgelesen haben, bevor Sie hier geredet haben.

Also wörtliche Rede:

(Schweitzer, SPD: Da sind keine Bilder dabei!)

„Mit der Einführung von Größenklassen, wie dies heute in anderen Bereichen des EEG gültig ist, und der Zulassung von Grünland für die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen könnten Rahmenbedingungen gesetzt werden, die dem sparsamen Umgang mit landwirtschaftlichen Nutzflächen Rechnung tragen und Spielraum für sinnvolle Projekte auf landwirtschaftlichen Nutzflächen lassen.“ –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, da ist der Weg. Mein Plädoyer an Sie ist, lassen Sie uns aufgrund dieser Erkenntnisse – die mögen neu sein – von der landwirtschaftlichen Interessenvertretung über die Interessenvertretung der Industrie, der Interessenvertretung des Handwerks, allen, die im Umweltbereich Interessen vertreten, diese Brücke miteinander begehen und hier nicht die Schlachten schlagen, die schon längst in Berlin für Sie verloren sind; denn wie heißt es in diesem Zitat so schön: Wir gehen zurück auf Los und fangen von vorne an. – Wir begrüßen, dass Sie auf Los zurückgehen, aber dann fangen Sie vernünftig von vorne an, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt noch eine Redezeit von jeweils fünf Minuten je Fraktion. Wenn es dann gewünscht wird, haben wir noch ein bisschen mehr, aber vielleicht reichen zunächst einmal die fünf Minuten aus. Bitte schön, Herr Kollege Eymael.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Der Kollege Eymael hat das Wort für die FDP-Fraktion.

Abg. Eymael, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt keinen Dissens hier im Hause darüber, dass erneuerbare Energien grundsätzlich Zukunft haben, erneuerbare Energien zum Energiemix dazugehören, der Anteil der erneuerbaren Energien in den nächsten Jahren sich fortentwickeln wird und der Anteil der unterschiedlichen regenerativen Energien sich bisher auch positiv entwickelt hat. Es gibt aber auch gar keinen Zweifel daran – das sage ich auch ganz dezidiert –,

(Dr. Altherr, CDU: Es muss auch bezahlbar sein!)

dass im Bereich der Solarenergie von Anfang an die Förderung im Verhältnis zu den anderen regenerativen Energien auf sehr hohem Niveau war, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Sie war auf einem sehr hohen Niveau. Wir haben diese Anschubfinanzierung aber auch gewollt, um damit ein

Zeichen zu setzen, dass die Solarenergie in diesem Energiemix grundsätzlich eine Zukunftschance hat. Nur, Herr Ministerpräsident, wenn sich jetzt herausstellt, dass die Anlagen allein im Jahr 2009 um 30 % günstiger geworden sind – Anlagen plus Installation – und dass sie in diesem Jahr voraussichtlich noch einmal zwischen 15 % und 20 % günstiger werden, muss man über die hohe Anschubfinanzierung grundsätzlich nachdenken. Darin stimmen Sie mit mir überein.

(Beifall der FDP)

Da müssen wir eine Reduzierung herbeiführen, allerdings mit Augenmaß; denn wir alle wollen, dass irgendwann die Rentabilitätsschwelle überschritten wird, so dass wir ohne Förderung auskommen.

Die Frau Umweltministerin sagt in dem Zusammenhang immer wieder „abrupt“, und das ärgert mich. Das war nicht abrupt. Es ist spätestens seit Oktober bekannt, dass es, was das EEG betrifft, zu einer Reduzierung der Förderung kommen würde. Wir haben hier schon einmal darüber diskutiert. Wir waren immer der Auffassung, der 1. April ist viel zu früh. Als Zwischenergebnis ist jetzt schon einmal erreicht worden, dass die bisherige Förderung bis zum 1. Juli bestehen bleibt. Ob das der endgültige Termin ist, weiß ich noch nicht. Vielleicht wird es auch erst am 1. Oktober so weit sein – ein Termin, der jetzt für bestimmte Teilbereiche in der Diskussion ist.

(Ministerpräsident Beck: Dann haben wir immer noch kein Gesetz!)

Über die Kürzung von 9 % sind wir uns alle einig. Einig sind wir uns sicherlich mit der SPD-Fraktion, auch mit den Branchenvertretern, die eine zusätzliche Kürzung um 5 % bis 10 % im Grundsatz akzeptiert haben. Ich kann Ihnen hier das anhand von juwi usw. – wie die das alles gemacht haben – vorführen; ich will das aber nicht.

(Ministerpräsident Beck: Zwischen 5 % und 13 % ist ein Unterschied!)

– 5 % bis 10 %, habe ich gesagt. – Jetzt ist die Frage: Wie finden wir einen Kompromiss? Es sind schon einige Nachbesserungen erzielt worden.

(Ministerpräsident Beck: Noch nichts!)

Ich nehme mir jetzt als ein Beispiel die Ackerflächen vor. Das ärgert mich. Ich werde jetzt – so wie Sie, Sie zitieren auch immer so schön – aus einer Pressemeldung von Hans Michael Goldmann, dem Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zitieren. Er schreibt: „Die FDP hat sich wochenlang gegen das prinzipielle Verbot der Solarförderung auf Ackerflächen gewandt und wollte eine vernünftige Steuerung über eine abgesenkte Förderung erreichen, doch der Chefunterhändler der Union war Herr Ruck von der CSU, der den jetzt gültigen Kompromiss ausgehandelt hat.“

Mit der CSU ist das natürlich auch immer ein Problem: Die fordern etwas, nehmen es zurück und fordern von Neuem etwas. Man weiß nie so genau, woran man in

Bayern mit der CSU ist. Das merkt man in dieser Koalition ganz besonders.

Aber ich wehre mich gegen den Vorwurf, dass wir nicht schon vor Wochen und Monaten den Gedanken aufgegriffen haben, Flächen, die sowieso keiner anderen Nutzung zugeführt werden können, es sei denn der Aufforstung oder sonstigen Zwecken – also keine guten landwirtschaftlichen Nutzflächen –, mit Solarenergieanlagen bebauen zu lassen. Wir haben heute viel über ungelegte Eier gesprochen, sozusagen herumgegackert. Wir sollten jetzt, in vorrösterlicher Zeit, abwarten und sehen, was letztlich bei dem Kompromiss herauskommt, den die Regierung in Berlin aushandeln wird. Die sind am Zug, und dann werden wir es uns anschauen.

Ich bin überzeugt, dass unsere Industrie in Rheinland-Pfalz, unsere mittelständischen Betriebe, die sich mit Solarstrom befassen, die erfolgreich waren und Arbeitsplätze geschaffen haben – das begrüßen wir –, und die Projektentwickler, wie zum Beispiel juwi, eine positive Zukunft haben. Darum geht es uns Liberalen in diesem Land. Deswegen werden wir alles daransetzen, um am Aushandeln eines vernünftigen Kompromisses mitzuhelfen.

Ich bin überzeugt, wir bleiben in diesem Bereich Technologieführer; denn die Produkte, die wir herstellen, sind deutlich besser als die chinesischen und damit auch wettbewerbsfähiger.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat der Kollege Weiner für die CDU-Fraktion.

Abg. Weiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und Frau Ministerin Conrad, ich halte es für einen schweren politischen Fehler, dass Sie, wenn es um diese Frage geht, den Untergang der Solarindustrie voraussehen. Sie reden von Chaos, Sie machen auf Panik. Das lähmt die Kräfte.

(Zurufe von der SPD)

Es lähmt die Kräfte des Marktes, wenn man den Eindruck erweckt, alles sei verloren, alles sei ganz schrecklich.

(Fuhr, SPD: Oh je! –

Hartloff, SPD: Sagen Sie mal, haben Sie mitgekriegt, dass da Aufträge storniert wurden?)

Ich halte das für einen schweren politischen Fehler. Wir sollten keine Panikmache betreiben.

(Beifall der CDU)

Sie tun damit den Investoren und den Auftraggebern, die demnächst Aufträge weitergeben sollen, keinen Gefallen. Sie ermutigen die Auftraggeber nicht, obwohl es

nach wie vor gewinnbringend und sinnvoll ist – das wollen wir doch alle –, weiterhin in Solarenergie zu investieren. Sie lähmen die Kräfte.

(Beifall der CDU)

Herr Ministerpräsident und Frau Conrad, ich komme zu der bayerischen und der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft. In Bayern ist die Landwirtschaftsstruktur ganz anders als hier.

(Schweizer, SPD: Sind die Kühe anders?)

In weiten Teilen des Landes Rheinland-Pfalz galt über 100 Jahre lang der Code Napoléon. Daher sind die Grundstücke, die in Rheinland-Pfalz für die Landwirtschaft zur Verfügung stehen, sehr viel kleiner, parzellierter und weiter verstreut. Das heißt, wir haben in weiten Teilen des Landes eine Eigentümerstruktur, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Grundstücke nicht in den Händen der Landwirte, sondern verpachtet sind. Dahinter steckt eine andere Denkweise.

In Bayern gehören die riesigen Aussiedlerhöfe – fahren Sie einmal ins Allgäu, schauen Sie es sich an – in der Regel den Landwirten selbst. Ich sage es einmal ein bisschen salopp: Wenn man selbst in den Genuss der fünften Fruchtfolge kommt, denkt man anders, als wenn man als Pächter einer landwirtschaftlichen Fläche zur Existenzsicherung des Hofes darauf angewiesen ist, dass die Pachtflächen nicht anderweitig vergeben werden.

(Beifall der CDU)

Herr Eymael hat es schon angedeutet: Wir haben in der Diskussionsphase, in der wir uns noch befinden, erreicht, dass die Übergangsfrist, die eigentlich am 1.4. enden sollte, im Sinne der Investoren und der Wirtschaft auf den 1.7. verlängert wurde. Vielleicht wird es im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses auch noch andere Ausnahmegenehmigungen geben, zum Beispiel wenn Anträge bereits im letzten Jahr gestellt worden sind und es nur nicht möglich war, sie jetzt schon zu bescheiden.

(Baldauf, CDU: So ist es!)

Aber es sollte möglich sein, die bereits erteilten Aufträge nach den alten Richtlinien in dieser Frist abzuarbeiten. Auch die neuen Richtlinien werden so gestaltet sein, dass die Solarindustrie nicht untergehen wird – wie Sie hier gepredigt haben –, sondern dass es im Gegenteil ein kontinuierliches Wachstum der Solarindustrie in Rheinland-Pfalz geben wird.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Conrad.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur noch wenige Sätze sagen. Herr Eymael, ich habe mich auch deshalb spontan noch einmal gemeldet, weil Sie wieder davon gesprochen haben, dass man das angekündigt habe und die Kürzungen für die Solarbranche gar nicht so abrupt gekommen seien. Also bitte schön: Es ist zwar in der Tat angekündigt worden, dass man die Kürzungen zurücknehmen will, aber dass das, wie von mir geschildert, in solch kurzen Abständen erfolgt, ist neu. Wenn sie das jetzt strecken wollen, fragt man sich doch: Warum ist man nicht von Anfang an auf das Angebot der Solarwirtschaft eingegangen, die gesagt hat: Wir sind bereit, 15 % zusätzlich zu erbringen, aber bitte in mehrjährigen Schritten; dann können wir anpassen und kalkulieren. – Das hätte Verlässlichkeit bedeutet. Unter Umständen kommt das nächste Woche – oder wann auch immer –, das kann sein.

(Baldauf, CDU: Haben Sie mit Herrn Röttgen geredet?)

– Herr Baldauf, ich weiß nicht, welche Position Ihre Fraktion dazu einnimmt oder welche Position Sie insgesamt dazu haben. Jedenfalls habe ich bei Herrn Weiner feststellen können, dass der erste Teil seines Redebeitrags eine Brandrede gegen die erneuerbaren Energien war. Nachdem der Herr Ministerpräsident geredet hatte, hat er gesagt: Vielleicht tut sich da noch etwas. – Wie hätten Sie es denn gern?

Wir können feststellen – im Übrigen für die FDP und für die CDU –: Die Vertreter beider Parteien sitzen in Berlin im Koalitionsausschuss. Jetzt haben wir die Situation, dass Herr Röttgen von der CSU – die meines Erachtens auch im Koalitionsausschuss vertreten ist, deren Vertreter ebenfalls zugestimmt haben – vorgeführt wird. Die Solarbranche macht vor Ort Druck auf die Abgeordneten. Bis heute liegt noch nicht einmal ein Gesetzentwurf vor. Die Regierung hat sich festgelegt. Daher haben wir auch unsere Information. Die Regierung hat mit ihren Ministern von CDU, CSU und FDP entschieden.

Alle in der Regierung haben zugestimmt. Es gibt eine Formulierungshilfe an das Parlament, damit es einen Fraktionsantrag geben kann. Nach den bisherigen Planungen soll das in der nächsten Woche im Plenum behandelt werden. Es liegt aber noch gar nichts vor. Darin liegt natürlich auch die Hoffnung, von der auch der Ministerpräsident geredet hat, nämlich dass man jetzt vernünftig wird und vielleicht an der Stelle auch zu vernünftigen Regelungen kommt.

Meine Damen und Herren, deshalb lassen wir Sie nicht außen vor. Sie haben mitgemacht. Wenn Sie die Erkenntnis gewinnen, dass man tatsächlich im Interesse dieser Wachstumsbranche, im Interesse des Innovations- und Wirtschaftsstandortes und im Interesse der Verlässlichkeit nicht zuletzt auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher tätig werden muss, hätte ich mir für heute gewünscht, dass Sie sagen: Ja, die rheinland-pfälzische CDU, die rheinland-pfälzische FDP gehen diesen Weg und unterstützen damit auch die Landesregierung bei ihrem Vorhaben im Bundesrat. – Das haben

Sie nicht gemacht. Ich bin gespannt, wie das bei Ihnen vor Ort in den Debatten noch ausgeht.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen dann zum dritten Teil der

AKTUELLEN STUNDE

„Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen – Landesregierung kalkuliert steigenden Unterrichtsausfall ein“ auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4372 –

Das Wort hat Frau Kollegin Dickes.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! 6,2 % beträgt der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen. Das mag für den einen oder anderen auf den ersten Blick keine dramatische Zahl sein, wenn er nicht genau hinsieht.

(Ministerpräsident Beck: Weniger als zu euren Regierungszeiten!)

Was heißt aber dieser Ausfall konkret an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz? Das heißt für die Berufsbildende Schule Mainz I jede Woche 286 Stunden, die nicht gehalten werden können. Für die Julius-Wegeler-Schule in Koblenz sind es jede Woche 301 Stunden, und für die BBS Technik II in Ludwigshafen ist es jede Woche ein Ausfall von 323 Stunden. Jede Woche unzählige Stunden Bildungsungerechtigkeit und vertane Chancen auf Aufstieg; denn gerade die berufsbildenden Schulen sind die Schulen des Aufstiegs, wenn man sie lässt.

Wie keine andere Schulart stehen aber die berufsbildenden Schulen auch für eine katastrophale Lehrerversorgung. 300 Lehrer fehlen alleine, um das derzeitige strukturelle Defizit auszugleichen. Wenn wir das bundesdeutsche Durchschnittsniveau in der Lehrer-Schüler-Relation erreichen wollen, müssen wir noch einmal 200 Lehrer einstellen. Davon träumen die Schulen aber nur.

Unterrichtsausfall konkret bedeutet, dass an vielen berufsbildenden Schulen überhaupt kein Sportunterricht mehr stattfindet. In besonderer Form Bildungsungerechtigkeit dieser Landesregierung ist, dass an vielen Berufsfachschulen, an denen Hauptschulabsolventen die Chance auf einen Ausbildungsplatz eröffnet werden soll und an denen unsere Schwächsten sitzen, aus der Not

heraus vielfach der komplette Nachmittagsunterricht gekürzt wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses Problem ist leider noch steigerungsfähig. In der zurückliegenden Plenarsitzung hat die FDP nach der Rückgabe der Ansparsstunden gefragt. Die Antwort war dürftig. Mittlerweile liegt eine konkrete Antwort auf meine anschließende Nachfrage vor, die verheerend ist.

Noch einmal zur Erinnerung: 300 Lehrer fehlen derzeit mindestens.

In den vergangenen Jahren haben Lehrer vielfach mehr gearbeitet, um das Schlimmste aufzufangen. Diese Mehrarbeitsstunden werden ihnen ab 2011 zurückgegeben. Die Ressourcen ständen bereit, meinte Frau Ministerin Ahnen im zurückliegenden Plenum dazu.

Noch einmal: 300 Lehrer fehlen derzeit.

Laut Aussage der Landesregierung kommen in den nächsten sieben Jahren weitere 100 pro Jahr dazu. Angeblich wird das durch das minimale Sinken der Schülerzahlen aufgefangen. Allerdings gilt das nur für den Berufsschulbereich. Bei den Vollzeitschulen, wie die von uns sehr begrüßten beruflichen Gymnasien mit wesentlich höherem Lehrbedarf, steigen auch die Schülerzahlen an. Durch die Einführung der FOS wird es weiteren Bedarf geben.

Kein Problem; denn Sie haben noch ein zweites Eisen im Feuer. Es werden an den anderen Schulen wegen rückläufiger Schülerzahlen Lehrer frei. Realschule plus, Integrierte Gesamtschule und Gymnasium können damit aber nicht gemeint sein; denn die haben ebenfalls mit einem sehr hohen Ausfall zu kämpfen und brauchen ihre Lehrer.

(Schweitzer, SPD: Ach Gott! Ich kann es nicht mehr hören!)

Bleiben die Grundschulen. Frau Ministerin, aber mit Verlaub, wollen Sie ernsthaft Grundschullehrer an die berufsbildenden Schulen abordnen

(Ministerpräsident Beck: Ach Gott, ach Gott, ach Gott!)

und dort ausschließlich im BVJ und BF 1 einsetzen? Das ist absurd.

Frau Ministerin, damit bleibt noch die dritte Option, nämlich weiterer Ausfall. Bei einer Steigerung des Lehrermangels – 300 Lehrer fehlen derzeit, und 100 werden es ab dem kommenden Jahr mehr sein – wächst der Ausfall von 300 auf 400 Stellen in diesem Land.

Noch einmal zu den Zahlen, die ich am Anfang genannt habe: An der Berufsbildenden Schule Mainz fehlen derzeit 286 Stunden. Eine Steigerung um ein Drittel würde bedeuten, dass wir ab dem kommenden Jahr dort 380 Stunden pro Woche haben, die wir nicht halten können.

(Schweitzer, SPD: Jetzt habe ich noch mehr Angst!)

An der Julius-Wegeler-Schule in Koblenz sind es derzeit 301 Stunden. Ein Drittel mehr, und wir sind bei 400 Stunden, die ausfallen.

(Schweitzer, SPD: Das war richtig gerechnet!)

Ludwigshafen Technik II 323 Stunden derzeit und 430 Stunden, wenn wir diese Steigerung betrachten. Frau Ministerin, das sind Ihre Zahlen aus Ihren Antworten, die ich zitiere.

(Frau Staatsministerin Ahnen: Die man lesen können muss!)

Sieht so vorausschauende Personalpolitik aus?

Danke.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Fuhr für die SPD-Fraktion.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin, ich habe mir vorgenommen, ruhig und sachlich auf das einzugehen, was Sie vorgetragen haben. Ich hoffe, ich kann das die ganze Zeit durchhalten, weil das nicht immer so einfach ist.

Es hat sich schon die Frage gestellt, weshalb Sie überhaupt eine Aktuelle Stunde beantragt haben. Jetzt wissen wir, Sie haben eine Kleine Anfrage eingebracht, und jetzt haben Sie eine Aktuelle Stunde daraus gemacht. Das sind neue Umgangsweisen vor allem vor dem Hintergrund, dass die Antwort auf diese Kleine Anfrage noch nicht einmal uns allen vorliegt, weil Sie sie erst vor einer Woche erhalten haben. Versuchen wir aber einmal, damit umzugehen.

Sie haben wieder einmal den allgemeinen Untergang beschrieben und haben eigentlich das vergessen zu sagen, was Sie immer vergessen, nämlich dass in diesen Schulen eine hervorragende Arbeit geleistet wird und gerade für unsere Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen eine hervorragende Arbeit geleistet wird. Das ist etwas, was Sie nie in Ihren Reden hervorheben,

(Beifall bei der SPD)

weil es Ihnen nur darum geht, die Dinge schlechtzureden.

Es müsste Ihnen eigentlich auch bekannt sein, dass wir in einem für die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen schwierigen Umfeld arbeiten und es mit schwierigen Rahmenbedingungen zu tun haben. Es ist eine bundesweite Situation, dass wir in bestimmten Fächern einen Lehrermangel haben, weil es um eine Schule geht, die Praxis und Theorie miteinander verbindet. Dort brauchen wir auch Lehrer für den praktischen

Teil. Für viele Bereiche, gerade für Ingenieure, gibt es natürlich auf dem Markt und bei den Unternehmen sehr viel bessere Anstellungsbedingungen, weshalb sie nicht den Weg eines Lehramtsstudiengangs für berufsbildende Schulen wählen. Das ist eine Situation, mit der wir umgehen müssen.

Gleichzeitig haben wir als SPD in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren – ich erinnere an die Schulnovelle 2004, als wir uns in einer Koalition befanden – das berufsbildende System in ein modernes Schulsystem umgewandelt und weiterentwickelt. Ich erinnere nur an das berufliche Gymnasium und die höhere Berufsfachschule mit einer Ausdifferenzierung und zusätzlichen Angeboten für eine Weiterentwicklung und gleichzeitig vielen Förder- und Aufstiegsmöglichkeiten. All das haben wir geschaffen. All das war zu Ihren Zeiten überhaupt nicht in diesem Schulsystem enthalten und vorgesehen. Das kostet und bindet natürlich auch Lehrerstellen.

Wir haben aber auf der einen Seite Ja zur Unterrichtsversorgung gesagt, aber wir haben gleichzeitig zusätzliche Förderungsmöglichkeiten und zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie zusätzliche Abschlüsse in dieses System hineingebracht.

Gleichzeitig weise ich darauf hin, dass in den vergangenen zehn Jahren die Schülerzahlen an den berufsbildenden Schulen von 115.000 auf über 123.000 gestiegen sind, bei den beruflichen Gymnasien und den höheren Berufsfachschulen rund 260 neue Klassen entstanden sind und wir den Faktor für den fachpraktischen Unterricht und gleichzeitig die Schulleiteranrechnungspauschale gestrichen haben. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung. Es war von uns aber eine bewusste politische Entscheidung, das in dieses System hineinzubringen und damit für eine pädagogische Verbesserung in diesem System zu sorgen.

Wir haben in den vergangenen Jahren vieles zusätzlich bewältigt und gestaltet. Wir haben über das Seiten- und Quereinsteigerprogramm, das Fachlehrerprogramm, die Anhebung der Verbeamtungsgrenze für Lehrkräfte für Mangelfächer auf das 45. Lebensjahr, das Koblenzer Modell und den Ausbau der Plätze an den Studienseminaren gesprochen und vieles in das berufsbildende Schulsystem hineingeleitet und damit geradezu einen Schwerpunkt unserer Politik auf das berufsbildende System gelenkt.

(Beifall der SPD)

Wenn Sie heute mit den Erkenntnissen einer Kleinen Anfrage, wobei ich hoffe, dass Sie die Tabelle richtig gelesen haben

(Zuruf aus dem Hause)

– das wird Ihnen vielleicht die Ministerin erläutern, die Ihnen die Antwort gegeben hat –, schon präventiv oder vorausschauend den Untergang an die Wand malen wollen, glaube ich, dass Sie wieder einmal ziemlich daneben gegriffen haben und den Entwicklungen an den berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz und der Tatsache, dass wir in diesem System kontinuierlich

einstellen und die Ansparsstunde zu Recht zurückgeben, nicht gerecht werden.

Sie haben selbst vor einem halben Jahr in einer Kleinen Anfrage davon geredet, dass man Lehrer aus der Fachpraxis in andere Schularten schicken könnte. Das zeigt, wie sehr Sie sich wirklich mit dieser Situation beschäftigen.

Ich denke, wir machen eine moderne und angepasste Politik für berufsbildende Schulen. Wir werden uns auch in den nächsten Jahren darum bemühen, in diese Schulen alle Ressourcen, die wir haben, hineinzulenken, damit dort eine Verbesserung der Situation entsteht, die in unserer Regierungszeit viel besser ist, als sie jemals in Ihrer Regierungszeit in Rheinland-Pfalz war.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Das ist lächerlich! –

Ramsauer, SPD: Das lässt sich nachweisen, Herr Kollege!)

Deswegen sind wir auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Kollegin Morsblech.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben bereits in der vergangenen Plenarsitzung im Rahmen einer Mündlichen Anfrage, die der Herr Kollege Kuhn und ich gemeinsam an die Landesregierung gerichtet haben, auf die sich in absehbarer Zukunft verschärfende Problematik in der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen hingewiesen und die Ministerin gebeten, hierzu Stellung zu nehmen.

Wir alle wissen, dass die berufsbildenden Schulen schon heute mit dem größten strukturellen Defizit in der Unterrichtsversorgung zu kämpfen haben. Die Kollegin Dickes hat es gesagt. Es sind 6,2 %.

Wir wissen, dass diese Schulen besonders komplex organisiert sind und die vielfältigsten Bildungsangebote für eine sehr heterogene Schülerschaft vorhalten. Wir wissen, dass es sich bei den berufsbildenden Schulen um ein ungeheuer leistungsfähiges System handelt und um Kolleginnen und Kollegen, die dieses Defizit immer wieder abfangen und in hervorragender Art und Weise die Leistungen in einem großen Spektrum erfolgreich sicherstellen.

Wir wissen, dass gerade der berufsfachliche Unterricht bei gleichzeitiger besonderer Bedeutung oft schwer abzudecken ist, weil spezifisch qualifizierte Lehrkräfte am Markt fehlen oder von der konkurrierenden Privatwirtschaft abgeworben werden.

Vor diesem Hintergrund mussten wir schon in den vergangenen Jahren leider zur Kenntnis nehmen, dass es diese Landesregierung bisher nicht geschafft hat, ein in sich schlüssiges Konzept auf den Weg zu bringen, um dem für die Schülerinnen und Schüler oft massiven Unterrichtsausfall zu begegnen und die belastende Situation für die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort wirksam zu entspannen.

Wir erkennen natürlich durchaus an, dass es verschiedene Maßnahmen gibt, zuletzt auch die Anhebung der Verbeamtungsgrenze auf 45 Jahre, um insbesondere dieser Problematik zu begegnen.

(Vizepräsident Bauckhage übernimmt den Vorsitz)

Wir sehen jedoch nicht, dass Sie versucht hätten, auch im Dialog mit dem entsprechenden Berufsverband in größerem Maße zusätzliche Anreize zu schaffen und Rheinland-Pfalz und seine berufsbildenden Schulen in besonderer Art und Weise im Wettbewerb zu positionieren. Wir sehen nicht, dass Sie spürbare flankierende Maßnahmen zur Verfügung gestellt hätten, wie wir sie als Fraktion vorgeschlagen haben, um die Belastung in den berufsbildenden Schulen ein Stück weit aufzufangen, wie zum Beispiel den verstärkten Einsatz von Schulsozialarbeit, aber vor allem auch eine Teilhabe am Ganztagsschulprogramm des Landes.

Stattdessen scheinen Sie gerade im Bereich der berufsbildenden Schulen auf den Rückgang der Schülerzahlen zu warten, obwohl Sie selbst in der Antwort auf unsere Anfrage gesagt haben, dass dieser bei gleichzeitig steigender Nachfrage nach vollzeitschulischen Angeboten und in dem Ausmaß, in dem er bisher stattfindet, noch überhaupt nicht greifen und für Entlastung sorgen kann.

Wir sind gerade deshalb besorgt, dass in Zukunft zusätzliche Belastungen auf die berufsbildenden Schulen zukommen werden. Diese liegen zum einen in dem Bereich der Fachoberschulen und der Realschule plus, aber auch im Bereich der Rückgabe der Ansparsstunde. Hier werden faktisch deutliche zusätzliche Bedarfe auf Sie zukommen. Aus unserer Sicht haben Sie mit keiner Silbe vernünftig sagen können, wie Sie das auffangen wollen. Sie sind die Antwort schuldig geblieben.

Sie wissen, dass schon heute knapp 300 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Wenn man sich die Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Frau Dickes anschaut, werden Sie schon etwas konkreter als im Plenarsaal im vergangenen Monat. Man sieht, dass kontinuierlich 100 Stellen zusätzlich hinzukommen, die Sie in irgendeiner Form vorhalten müssen. Im Februar haben Sie noch gesagt, das ist alles in der Personalplanung berücksichtigt. Die hierfür erforderlichen Ressourcen stünden im Schulbereich zur Verfügung.

Auf die Anfrage der Kollegin sagen Sie jetzt, wenn wie bei den berufsbildenden Schulen im Jahr 2011/2012 durch die Rückgabe der Ansparsstunde ein besonderer Bedarf besteht, wird das berücksichtigt, indem beispielsweise die durch den Schülerrückgang an anderen Schularten frei werdenden Ressourcen bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden. Das ist interessant.

Hier lässt sich zumindest einmal ahnen, dass es einen zusätzlichen Bedarf geben wird. Das war vorher noch nicht so. Dann sagen Sie, die Ressourcen werden an anderen Schulen frei. Ich muss der Kollegin, die das zugespitzt vorgetragen hat, recht geben. Wo werden diese so frei, dass man sie 1 : 1 im berufsbildenden Bereich auch verwenden kann?

Wenn Sie sehen, dass Sie überall selbst zusätzliche Angebote im Bereich der Sekundarstufe II machen, sei das an der Oberstufe der IGS oder auch an der Fachoberschule,

(Glocke des Präsidenten)

dann werden geradezu zusätzliche Lehrkräfte abgezogen. An anderer Stelle sagen Sie immer, die Menschen sind am Markt nicht vorhanden. Hier argumentieren Sie genau umgekehrt. Darauf werde ich gleich noch einmal eingehen. Das ist alles nicht so wirklich stimmig, was Sie vortragen.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Doris Ahnen.

Frau Ahnen, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir fällt es ein bisschen schwer, mich über mangelnde Stimmigkeit auszutauschen, weil ich es nicht für möglich gehalten habe, dass man Zahlen so falsch lesen kann, wie es Frau Dickes getan hat.

Als die Aktuelle Stunde angemeldet worden ist, fiel mir auch nur ein, dass es diese Anfrage sein könnte. Dann habe ich mich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hingesezt und gesagt, schaut euch das an. Ist das eindeutig? Kann man das so verstehen? Dann haben mich alle gefragt, warum ich das so genau nachfragen würde. Daraufhin habe ich gesagt, dass ich befürchte, dass es nicht verstanden wird. Alle haben mir aber gesagt, es ist eindeutig. Nur Frau Dickes belegt, dass meine Antwort offensichtlich nicht eindeutig ist, oder dass sie es missverstehen will.

Sie redet davon, dass auf die Ansparstunde in den nächsten Jahren pro Jahr jeweils 100 draufkämen. Das stimmt überhaupt nicht. Das ist eine völlig falsche Interpretation. Frau Morsblech hat das nicht gesagt, aber Frau Dickes hat genau das gesagt. Sie beantragt vor dem Hintergrund völlig falscher Annahmen und Zahlen eine Aktuelle Stunde. Ich finde, das ist bemerkenswert.

(Beifall bei der SPD –
Ramsauer, SPD: Das ist dreist!)

Ich diskutiere gern über die berufsbildende Schule und auch über die dort nicht einfache Situation, die von mir überhaupt nicht geleugnet wird.

(Bracht, CDU: Das hat Herr Fuhr eben gemacht!
Widersprechen Sie ihm dann!)

– Herr Abgeordneter Bracht, Sie werden mir doch auch zustimmen. Es kann doch nicht sein, dass wir Aktuelle Stunden über Zahlen führen, von denen klar ist, dass sie falsch sind.

(Bracht, CDU: Es gibt große Probleme an den berufsbildenden Schulen!)

Dann muss doch die Opposition auch einmal sagen können, das haben wir nicht verstanden. Wenn es jetzt richtiggestellt und noch einmal erklärt wird, ist es auch in Ordnung.

(Bracht, CDU: Gibt es die großen Probleme an den berufsbildenden Schulen, oder gibt es sie nicht?)

Ich muss schon sagen, dass ich mich ein bisschen in meiner Ehre angegriffen fühle. Wir diskutieren über einen wichtigen politischen Bereich, bei dem man auch ein Stück weit in der Lage sein muss, seriös mit Zahlen umzugehen.

(Bracht, CDU: Gibt es die großen Probleme an den berufsbildenden Schulen, oder gibt es sie nicht? –
Zurufe aus dem Hause)

– Ich gehe darauf ein.

Dann kommt der zweite Punkt. Dann fragt Frau Dickes, wie ich das machen wolle.

Ich wolle wohl nicht Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer an die BBS schicken? Als würden wir in den letzten zehn Jahren das erste Mal darüber reden, wie Unterrichtsversorgung läuft. Das tun wir regelmäßig in jedem Ausschuss.

Herr Bracht, übrigens auch im Haushalts- und Finanzausschuss. Deswegen kennen Sie es auch.

(Bracht, CDU: Trotzdem verbessert sich nichts!)

Gut, wir tun es im Plenum.

Selbstverständlich geht es nicht darum, Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer an die berufsbildenden Schulen zu schicken, sondern es geht um das, was in den letzten Jahren jedes Jahr gemacht worden ist, dass man schaut, wie die Schülerzahlentwicklung in den einzelnen Schularten ist und dann bevorzugt die freien Stellen bedarfsgerecht den Schularten zuweist.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Das war so, als in der Grundschule der Berg war. Das ist so gewesen, als in der Sekundarstufe I der Berg war. Jetzt ist es eben die Sekundarstufe II und insbesondere noch die berufsbildenden Schulen. Das machen wir doch alles nicht zum ersten Mal. Das ist hier zimal diskutiert worden. Da kann man doch nicht so eine Behauptung aufstellen, wie das eben wieder passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Situation der berufsbildenden Schulen, vor allen Dingen im Hinblick auf das, was Sie, Frau Abgeordnete Morsblech, gesagt haben.

Die Situation an den berufsbildenden Schulen ist aus meiner Sicht auch deswegen immer noch im Defizit zu hoch, weil wir mehrere Aufgaben gleichzeitig zu bewältigen haben, nämlich erstens die Unterrichtsversorgung zu sichern, und das bei einer nicht einfachen Nachwuchssituation, wobei man auf eine Vielzahl von Maßnahmen hinweisen kann, die wir in dem Bereich eingeleitet haben: Quer- und Seiteneinsteiger, die Verbeamtungsgrenze, das neue Koblenzer Modell, wo Fachhochschule und Universität zusammen Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, die Seminarkapazitäten, die zum erheblichen Anteil mit Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern aufgefüllt wurden. All das sind sehr spezifische Maßnahmen für die berufsbildenden Schulen.

Aber ich sage auch, es entscheiden sich zu wenig junge Menschen für dieses Lehramt. Deswegen gilt es immer wieder, neue Wege aufzuzeigen und dafür zu werben, diesen Weg immer wieder attraktiv zu machen. Aber wir wissen, dass es nicht das begehrteste Lehramt ist und wir an der Stelle Schwierigkeiten haben, dafür zu überzeugen. Deswegen dürfen wir dort nicht nachlassen.

Aber wir tun ein Zweites. Natürlich hätten wir die Statistik längst nahe Null bringen können, wenn wir gesagt hätten, wir geben uns mit dem zufrieden, was wir haben. Das haben wir aber nicht. Wir haben gleichzeitig – das war Konsens hier – die höhere Berufsfachschule und das berufliche Gymnasium ausgebaut, die Berufsober- und die Duale Berufsoberschule eingeführt. Wenn ich allein das betrachte, allein höhere Berufsfachschule und berufliches Gymnasium seit 2002, dann sind das fast 400 Stellenäquivalente, die wir zusätzlich brauchen, um dieses neue Angebot zu machen.

Wir hätten uns die Aufgabe leicht machen können. Wir könnten bei Defizit Null sein, wenn wir nicht gleichzeitig auch den Schulen Entwicklungsperspektiven gegeben hätten. Das haben wir aber für notwendig gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt zugegebenermaßen einmal die Ansparsunde dazu, die sich dann über die Rückgebephase durchzieht. Das kommt jetzt Gott sei Dank in einem Jahr, in dem die Schülerzahlen nicht mehr ansteigen, wir also nicht auf Drei- und Vierfachbedarfe kommen, sondern es wird in einem Jahr angefangen, die Ansparsunde zurückzugeben, in dem die Bedarfe rein aus der Schülerinnen- und Schülerzahl zurückgehen.

Trotzdem bleiben die Herausforderungen riesig groß. Trotzdem stehen wir im Übrigen parallel dazu, die Schulsozialarbeit auszuweiten. Wir haben auch in diesem Haushalt das Geld für die Schulsozialarbeit für die berufsbildenden Schulen weiter erhöht.

Ich sage und habe das immer gesagt, die berufsbildenden Schulen sind ein Bereich, in dem ich wirklich gerne noch einen richtigen Schritt weiterkommen würde, was die Unterrichtsversorgung angeht, aber nicht um den Preis, dass am Ende die Statistik der allein ausschlag-

gebende Maßstab ist, sondern mir sind die qualitativen Weiterentwicklungsmöglichkeiten genauso wichtig. Deswegen wird das nur in Schritten gehen.

Eines kommt für mich überhaupt nicht in Frage, und das wäre, das Recht der Lehrerinnen und Lehrer, die Ansparsunde, infrage zu stellen. Insofern wird uns das Thema eine Weile beschäftigen.

Aber ich sage auch, wir haben an all den Stellen, an denen es irgendwie geht, Vorsorge dafür getroffen, dass wir es in einem möglichst guten Maße schaffen.

Aber ich sage auch, da haben wir überhaupt keinen Dissens. Dort ist es sicherlich wünschenswert, wenn wir noch schneller und besser vorankommen, aber auf einer seriösen Grundlage und nicht auf Grundlage irgendwelcher Behauptungen, die am Ende dann gar nicht zutreffen.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis 13, Remagen/Sinzig. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zum Zweiten begrüße ich als Gäste den Landesverband Unternehmerfrauen im Handwerk Rheinland-Pfalz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zum Dritten begrüße ich als Gäste Mitglieder der Gewerkschaft IG Bau aus dem Kreis Bad Kreuznach. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Frau Abgeordneter Dickes von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Frau Ministerin, vielen Dank für den Versuch, mir Ihre Zahl noch einmal zu erklären. Nichtsdestotrotz, ich möchte aus meiner eigenen Rede zitieren.

(Heiterkeit des Ministerpräsidenten Beck)

Eine Steigerung des Lehrermangels um ein Drittel bedeutet eine Steigerung von 300 auf 400 Stellen. Ich weiß nicht, wo Sie hier einen Rechenfehler gesehen haben.

(Ramsauer, SPD: Rechenfehler kennen wir von Ihnen!)

Zweitens. Die Schülerzahl an den berufsbildenden Schulen sinkt ab diesem Schuljahr, aber es sinkt nicht die Sollstundenzahl an den Schulen. Damit werden wir weiter ein großes strukturelles Defizit an den Schulen

haben. Dieses wird durch die Rückgabe der Ansparsstunde – positiv, dass sie es tun – verstärkt.

Vor diesem Hintergrund der Antwort, die Sie gegeben haben – ich hoffe, dass es seriöse Zahlen sind –, bleibt die Frage, wo die Ressourcen sind, um diese 400 Lehrerstellen zu besetzen. Sie haben angekündigt, dass Ressourcen da sind. Sie haben eben keine ausreichende Antwort gegeben, da wir im System der berufsbildenden Schulen keine frei werdenden haben. Bei den weiterführenden Schulen haben wir ebenfalls keine.

(Ramsauer, SPD: Haben Sie denn nicht zugehört?)

Ich frage mich, wo sie sind.

Frau Ministerin, wenn Sie immer sagen, es sei ein bundesweites Problem, das sehen wir sehr wohl auch. Aber es gibt Bundesländer, die es durchaus besser hinbekommen. Wir haben seit Jahren während der Haushaltsberatungen gefordert, dass Sie die Bezüge für die Referendare anheben, um einen Anreiz zu setzen, dass die jungen Menschen nicht in die Wirtschaft gehen. Nichts ist passiert. Baden-Württemberg hat es getan, und die haben auch wesentlich mehr Bewerbungen.

(Ministerpräsident Beck: Mehr Geld, mehr Geld!)

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die Seminarkapazitäten nicht ausreichen, und Ihnen liegen auch die Zahlen der berufsbildenden Verbände vor. Es sind in keiner anderen Schulart die Seminarkapazitäten im Vergleich zur Lehrerzahl so schlecht wie bei den berufsbildenden Schulen. Da besteht dringend Nachholbedarf. Das heißt, Sie könnten und hätten in all den Jahren etwas tun können, um diesen Beruf attraktiver zu machen, es besser auszustatten und nicht Augenwischerei zu betreiben mit Ihrer Antwort, dass Sie sagen, Ressourcen sind da.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bauckhage:

Ich erteile Frau Abgeordneter Morsblech von der FDP-Fraktion das Wort.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe nur noch einmal zum Pult, um meinen Gedanken von vorhin zu Ende zu führen.

Ich sehe nach wie vor einen kleinen Widerspruch in Ihrer Argumentation, Frau Ministerin, wenn Sie auf der einen Seite sagen, na ja, wenn wir jetzt die Ansparsstunde zurückgeben, dann sind die Ressourcen im System da, weil wir die zurückgehenden Schülerzahlen auch an anderer Stelle nutzen. Auf der anderen Seite sagen Sie aber selbst, das Problem sind eigentlich gar nicht so sehr die Ressourcen, sondern es ist die Problematik der anzuwerbenden Lehrkräfte.

Meiner Ansicht nach haben Sie auf dieses Problem noch keine Antwort gefunden. Sie formulieren es treffend. Sie

sagen auch, was Sie bisher gemacht haben. Aber Sie sagen nicht, wie Sie diesen zusätzlichen Bedarf, der zu der bestehenden Problematik noch hinzukommt, jetzt speziell bewältigen wollen, oder ob Sie dazu nur einfach die zurückgehende Schülerzahl abwarten. Wir hoffen, dass sie einen Teil dazu beiträgt. Ich sehe noch nicht, dass das statistisch zu einer ausgeglichenen Situation kommt.

Ich glaube auch, die berufsbildenden Schulen sind in der Tat Schulen, die Enormes leisten, die auch in ganz besonderem Maße für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems und für faire Bildungschancen für alle stehen. Sie hätten es verdient, dass man vielleicht einmal eine konzertierte Aktion auf den Weg bringt und einen besonderen Fokus darauf legt.

Wir haben uns jetzt so lange mit einem Verschiebebahnhof im allgemeinbildenden Bereich beschäftigt, vielleicht können wir da einmal ganz besonders unser Augenmerk hinlenken und sagen, hier sind wirklich Bildungschancen für alle, da kann man alle Abschlüsse erreichen und hat besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die eine schwierige Situation schon seit Jahren in hervorragendem Maß bewältigen.

Deshalb müssen wir da verstärkt herangehen. Das würde ich mir eigentlich wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht, damit wären wir mit der Aktuellen Stunde am Ende.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Ministergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4172 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Haushalts- und
Finanzausschusses
– Drucksache 15/4358 –**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Beratung ohne Aussprache erfolgt.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter Gerd Schreiner.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hatten das Gesetz federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben das Gesetz beraten, der Haushalts- und Finanzausschuss am 4. März, der Rechtsausschuss am 11. März.

Die Beschlussempfehlung ist eindeutig. Der Gesetzentwurf möge angenommen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Ramsauer, SPD: Gut geredet!)

Vizepräsident Bauckhage:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 15/4172 – in zweiter Beratung. Die Beschlussempfehlung lautet: unveränderte Annahme.

Wer ist für den Gesetzentwurf? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Gesetzentwurf ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Danke schön. Das ist ebenfalls einstimmig. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen.

Wir kommen jetzt zu **Punkt 3** der Tagesordnung.

Zustimmung des Landtags zu der Einverständniserklärung des Landes Rheinland-Pfalz zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Anerkennung der Gleichwertigkeiten von Bildungsnachweisen im Hochschulbereich
Antrag der Landesregierung
– Drucksache 15/4225 –

Es ist verabredet, diesen Antrag ohne Aussprache zu behandeln.

Es wird vorgeschlagen, den Antrag – Drucksache 15/4225 – an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Dann ist dieser Antrag einstimmig an den Ausschuss überwiesen worden.

Wir kommen zu **Punkt 4** der Tagesordnung:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus aller Länder nach Artikel 3 des Fakultativprotokolls vom 18. Dezember 2002 zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4292 –
Erste Beratung

Als Grundredezeit sind fünf Minuten vereinbart. Zunächst bitte ich um die Begründung durch die Landesregierung. Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Bamberger.

Dr. Bamberger, Minister der Justiz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe wurde am 18. Dezember 2002 von der 57. Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat es am 20. September 2006 gezeichnet. Das zu seiner Umsetzung in deutsches Recht notwendige Ratifizierungsgesetz trat am 3. September 2008 in Kraft.

Ziel des Fakultativprotokolls ist es, durch einen präventiven Ansatz den Schutz vor Folter weltweit zu verbessern. Zu diesem Zweck ist ein internationaler Präventionsmechanismus in Form eines Unterausschusses des Anti-Folter-Ausschusses der Vereinten Nationen vorgesehen.

Die Vertragsstaaten verpflichten sich daneben zur Einrichtung entsprechender nationaler Präventionsmechanismen. Sie sind als unabhängige Gremien einzurichten und müssen Besuchs- und Empfehlungsrechte erhalten.

Die Besuchsrechte beziehen sich auf „alle Orte der Freiheitsentziehung.“ In Deutschland sind dies insbesondere Justizvollzugsanstalten, die geschlossenen Abteilungen psychiatrischer Krankenhäuser, Polizeiwehnen, Einrichtungen der Jugendfürsorge, geschlossene Heime für Kinder und Jugendliche, Alten- und Pflegeheime.

Meine Damen und Herren, die Aufgaben des nationalen Präventionsmechanismus werden im Zuständigkeitsbereich der Länder durch eine von diesen einzurichtende Kommission wahrgenommen. Hierzu haben die Justizministerinnen und -minister der Länder am 25. Juni 2009 einen Staatsvertrag unterzeichnet. Der Entwurf war dem Landtag mit Datum vom 30. Januar 2009 durch den Chef der Staatskanzlei gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung zugeleitet worden.

Der Vertrag bedarf der Ratifikation, die nach Artikel 101 Satz 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz durch ein Landesgesetz erfolgt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Klöckner von der SPD-Fraktion.

Abg. Klöckner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heute in erster Lesung zu behandelnden Gesetzentwurf der Landesregierung kommt ein langwieriges Verfahren endlich zum Abschluss. Bereits im Jahr 1992 richtete die Menschenrechtskommission, die Vor-

gängerorganisation des Menschenrechtsrats, eine Arbeitsgruppe ein, die die Bemühungen zur Gestaltung und Einrichtung eines Fakultativprotokolls der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe – in der englischen Abkürzung CAT genannt – vorantreiben sollte.

Mit diesem Fakultativprotokoll soll ein zusätzlicher Besuchs- und Überwachungsmechanismus mit präventiver Wirkung ins Leben gerufen werden. Dieser präventive Ansatz soll den Schutz vor Folter weltweit verbessern.

Auf der Justizministerkonferenz am 25. Juni letzten Jahres in Dresden wurde der Staatsvertrag von allen 16 Bundesländern zur Einrichtung einer Länderkommission zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung in freiheitsentziehenden Einrichtungen unterzeichnet. Zu diesen zählen neben Justizvollzug die geschlossenen Abteilungen in Psychiatriekrankenhäusern, der Polizeigewahrsam sowie auch Pflege- und Altenheime, Einrichtungen der Jugendfürsorge und geschlossene Heime für Kinder und Jugendliche.

In meinem Geschichtsunterricht – ich denke, es ist wichtig einmal den Begriff, das Phänomen der Folter unter die Lupe zu nehmen – wurde der Begriff „Folter“ noch vorwiegend als ein Relikt des Mittelalters abgehandelt. So habe ich es im Unterricht erfahren.

So habe ich damals gelernt, dass die geschichtlichen Wurzeln der Folter des deutschen Spätmittelalters im römischen Recht liegen. Sie wurde ursprünglich nur gegenüber Sklaven, seit dem ersten nachchristlichen Jahrhundert aber auch gegenüber Bürgern angewandt.

Auf dem Wege des Kirchenrechts, das sich von jeher am römischen Recht orientiert hatte, nach dem Leitspruch „Ecclesia vivit lege romana“ – „Die Kirche lebt nach römischem Recht“ – fand die Folter ihren Weg nach Deutschland.

Wurde die Folter von den Päpsten und Kirchenvätern vor der ersten Jahrtausendwende noch ausdrücklich abgelehnt, so änderte sich das im hochmittelalterlichen Kampf der Kirche gegen häretische Bewegungen. Zunehmend kam es zu willkürlichen Folterpraxen.

1532 regelte die peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls des V. die Anwendung der Folter. In diesem Zusammenhang müssen besonders die Hexenprozesse genannt werden, in denen Tausende Frauen auf grausamste Weise gefoltert wurden und zu Tode kamen.

Obwohl es im Laufe der folgenden Jahrhunderte zur offiziellen Abschaffung der Folter kam, 1815 im Kirchenstaat, zuletzt 1851 – man höre – im Schweizer Kanton Glarus, war damit aber keineswegs das Ende der Folter erreicht. Bis zum heutigen Tag werden weltweit Menschen gefoltert. Die Zahlen sind schockierend.

Nach einem Bericht von amnesty international werden in mehr als 150 Ländern Gefangene gefoltert oder misshandelt, und nicht nur berüchtigte Folterstaaten greifen zu diesen Mitteln: Der frühere US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld genehmigte am 2. Dezember 2002,

bei mutmaßlichen Mitgliedern von Al-Kaida und afghanischen Taliban bestimmte Verhörmethoden anzuwenden. Zu diesen katalogisierten 14 Methoden zählten leichte körperliche Misshandlungen, die nicht zu Verletzungen führen, Verharren in schmerzlichen Positionen, bis zu 20stündige Verhöre, Isolation von Gefangenen bis zu 30 Tagen, Dunkelhaft und stundenlanges Stehen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Sie hätten auch noch die DDR nennen können!)

Auch nach Abschaffung etlicher dieser Methoden sind nach wie vor noch menschenverachtende Verhörmethoden in Anwendung. Ich nenne nur das Stichwort „Waterboarding“.

Ich denke, es ist sehr wichtig, dass sich ein Parlament mit diesen Fragen beschäftigt. Die Bilder von Abu Ghraib haben in erschreckender Weise die Perversion menschlichen Handelns gezeigt.

Es ist auch ein Euphemismus, wenn man von alternativen Verhörmethoden spricht, die keine sichtbaren Zeichen hinterlassen. Selbst in Deutschland gab es solche Fälle. Viele denken, wir hätten damit nichts zu tun. Die Bundesrepublik wurde auch schon mehrfach vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte aufgrund von Verstößen gegen die UN-Antifolterkonvention verurteilt. Im Fall Vera Stein wurden der Klägerin 75.000 Euro als Schadenersatz zugesprochen, weil die BRD einen Fall von Folter nicht angemessen verfolgt hatte. In einem anderen Fall wurde die Bundesrepublik wegen zangsweiser Verabreichung eines Brechmittels verurteilt.

Keine Gesellschaft ist gegen Folter gefeit. Der Psychologe Philip Zimbardo von der renommierten Berkeley University hat die These aufgestellt, dass Menschen eine latente Bereitschaft zum Foltern haben. Er schreibt:

„Diese Bereitschaft bricht sich leichter ihre Bahn, wenn die Folter durch sogenannte ‚ethische‘ Gründe oder Sachzwänge“ – nach dem Motto – „(mir blieb keine Wahl!) gerechtfertigt oder gar ‚zwingend‘ erscheint. Die Psychologie testet die latente Bereitschaft, anderen Menschen Grausames anzutun, indem man das eigene Gewissen dem Gehorsam unterordnet.“

Der Psychologe hat in dem sicherlich vielen bekannten Milgram-Experiment, in dem sogenannten „Abraham-Test“, bei dem Stanford-Prison-Experiment erschreckend aufgezeigt, wie Verhaltensweisen von Menschen sich verändern können. Die Untersuchung hat ergeben, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen die meisten Menschen bereit sind, zu foltern und anderen Menschen Leid anzutun.

Mir hat sich in diesem Zusammenhang eine Erinnerung fest eingeprägt. Vor 40 Jahren habe ich ein interessantes Gespräch mit Herrn Professor Dr. Basil Mathiopoulos miterlebt, der damals vor der griechischen Militärdiktatur nach Deutschland fliehen musste. Er hat von einem Folteropfer berichtet, das zum Verhör geführt wurde. Der Verhörende war ein Anhänger klassischer Musik und unterhielt sich mit ihm auch über klassische Musik. Er hatte zwischendurch ein Telefongespräch seiner jungen

Tochter entgegengenommen und war am Telefon ein sehr liebevoller Vater, aber er hat anschließend sofort wieder umgeschaltet und den Mann zur weiteren Folterung freigegeben.

Dies zeigt, dass es nicht nur Monster sind, die zu solchen Taten in der Lage sind, sondern diese latente Gefahr eigentlich in jeder Gesellschaft besteht. Ich denke, dass diese Konvention, um die es heute geht, einen Mechanismus entwickelt, der dem vorbeugt.

Viele Staaten rechtfertigen Misshandlung oder Folter mit der Gefahr terroristischer Anschläge. Diese Logik der Prävention opfert Freiheit und Menschenrechte zugunsten vermeintlicher Sicherheit. Dies ist eine sehr gefährliche Tendenz;

(Glocke des Präsidenten)

denn wenn die Folter in Einzelfällen legitimiert wird, unterhöhlt dies den Menschenrechtsgedanken.

Lassen Sie mich noch einen letzten Satz sagen. Die Rechtssysteme der Staaten müssen eindeutig sein. Sie dürfen Folter unter keinen Umständen zulassen. Wer dieses Verbot verletzt, muss strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Dr. Wilke von der CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Wilke, CDU:

Vielen Dank! Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über ein Thema zu lange redet, kann dies auch eine Art von Folter sein. Deswegen möchte ich mich kurz fassen.

(Ministerpräsident Beck: Das war nach dieser Rede eine Ungeheuerlichkeit, finde ich! –
Vereinzelt Beifall im Hause)

– Ich habe gesagt, ich rede kurz.

(Ministerpräsident Beck: Das war schon eine Ungeheuerlichkeit nach dieser Rede! –
Zurufe von der CDU: Oh!)

– Ich weiß nicht, welchen Zusammenhang Sie dabei herstellen, Herr Ministerpräsident. Lassen Sie mich doch einfach kurz und knapp über dieses Thema reden.

(Ministerpräsident Beck: Das ist so! Vielleicht haben Sie kein Gefühl dafür! So etwas ist unglaublich!
Es ist eine unglaubliche Reaktion auf so eine Rede!)

Man kann sich mit Fug und Recht fragen: Was hat Folter mit unserem Land zu tun?

Herr Kollege Klöckner hat schon darauf hingewiesen, dies ist eigentlich eher ein Thema für weiter entfernt liegende Staaten. Die Dinge, die sich bei uns abspielen, sind doch eher von untergeordneter Bedeutung.

Aber wir sind völlig einer Meinung in diesem Haus: Es ist wichtig, dass es dieses internationale Übereinkommen zum Thema „Folter“ gibt. Die Bekämpfung und Ächtung von Folter ist ein weltumspannender Auftrag, dem alle Staaten nachkommen müssen. Deswegen war es auch richtig, dass die UN dieses Abkommen angestoßen hat, und es war genauso richtig, dass ihm Deutschland beigetreten ist. Weiterhin war es richtig, dass Deutschland auch dem Zusatzabkommen beigetreten ist, mit dem in jedem Land eine Einrichtung geschaffen werden muss, die unabhängig ist und überprüft, ob Foltervorwürfe berechtigt sind oder nicht und ob Dinge verbessert werden müssen oder nicht.

Deswegen ist auch klar, dass die Länder, die hauptsächlich davon betroffen sind, dafür zuständig sind, einen entsprechenden Umsetzungsmechanismus zu schaffen. Genau darum geht es in dem Gesetzentwurf.

Ich finde auch den Ansatz der Länder sehr vernünftig zu sagen, nicht jeder Staat kocht sein eigenes Süppchen, sondern wir errichten über einen Staatsvertrag eine gemeinsame Einrichtung. Dies unterstützen wir.

Es ist aus unserer Sicht auch richtig, diese Institution an eine Einrichtung wie die Kriminologische Zentralstelle anzubinden, die es schon gibt und die sachnah ist. Die Regelungen dazu enthält der Staatsvertrag. Deswegen ist dies inhaltlich in keiner Weise zu kritisieren. Im Gegenteil, der deutsche Staat, das Land Rheinland-Pfalz übernimmt damit auch international eine Vorbildfunktion, um andere Staaten, die momentan noch ein Problem mit der Folter haben, dazu zu bewegen, Folter ebenfalls zu ächten und auszumerzen.

Man kann sich mit Fug und Recht fragen, ob 200.000 Euro, von denen ebenfalls im Gesetzentwurf die Rede ist, für diese Kommission, die geschaffen werden soll, notwendig sind. Dass davon auf Rheinland-Pfalz nur 10.000 Euro entfallen, macht die Sache nicht unbedingt besser. Aber dies ist eine Angelegenheit, die die Verwaltungen und die Regierungen im Vollzug überprüfen müssen. Wir finden den Staatsvertrag inhaltlich in Ordnung, wir finden das Zustimmungsgesetz in Ordnung und werden dem Gesetzentwurf daher zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Jetzt ist er auch noch stolz darauf, was er geleistet hat!)

Vizepräsident Bauckhage:

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Thomas Auler von der FDP-Fraktion.

Abg. Auler, FDP:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in diesem Ple-

num im großen Konsens zwischen den Fraktionen den Entwurf eines Staatsvertrags, mit dem wir dem internationalen Kampf gegen Folter, grausame oder unmenschliche Behandlung und Strafe ein weiteres lokales Mosaiksteinchen hinzufügen. Der Staat muss wachsam sein – wir kennen dieses Bild zur Genüge aus der Innenpolitik –, aber eine solche Wachsamkeit muss auch in eine objektive, innere Selbstbetrachtung des Rechtsstaates mit einfließen.

Viele Beispiele zeigen, dass der Rechtsstaat unter dem großen Druck einer skandalisierten Öffentlichkeit immer wieder Gefahren ausgesetzt ist. Dies betrifft häufig das Vorgehen der Ermittlungsbehörden und der Gerichte, aber immer öfter auch den Strafvollzug und die Untersuchungshaft.

Strömungen treten auf und werden teilweise instrumentalisiert, durch die wesentliche Bestandteile unseres Selbstverständnisses von einem starken wehrhaften, aber auch von einem gerechten und fairen Staat, der die Rechte seiner Bürger wahrt, die ansonsten erodiert werden können, gleichgültig, ob es die Drohung der Zufügung von Schmerzen ist, mit der in Entführungsermittlungen – wie beispielsweise im Falle Gäfen – Informationen erlangt werden sollten, um einem Entführungsoffer möglicherweise noch das Leben zu retten, oder ob man im Lichte der aktuell immer neu auftretenden Enthüllungen um den sexuellen und körperlichen Missbrauch von Schutzbefohlenen und Kindern die teilweise nicht minder erschreckenden Forderungen liest, die von vielen Einzelnen in der Bevölkerung laut werden, auch und gerade im Hinblick auf den Strafvollzug und den Maßregelvollzug.

Der Staat hat Täter selbstverständlich zu bestrafen und die Würde seiner Bürger zu verteidigen. Er darf dabei allerdings nicht Gefahr laufen, den guten Zweck jedes unwürdige Mittel heiligen zu lassen. Damit würde er sich schleichend seiner eigenen Legitimation berauben.

Deshalb ist das heute verabschiedete Gesetz ein wichtiger Schritt hin zu mehr und effektiverer rechtsstaatlicher Kontrolle im Strafvollzug. Die Schaffung einer rechtlich unabhängigen Kommission zur Verhütung von Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung durch den vorliegenden, zur Ratifikation stehenden Staatsvertrag wird von der FDP befürwortet. Wir werden dem Gesetz daher zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP)

Vizepräsident Bauckhage:

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf an den Rechtsausschuss überwiesen.

Ich rufe nun **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4310 – Erste Beratung

Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart. Das Wort hat Frau Abgeordnete Beilstein.

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Kreuze machen können statt Listen schreiben müssen“, – so könnte man das Ziel unseres Gesetzentwurfs überschreiben.

Die Kommunalwahl am 7. Juni des letzten Jahres hat gezeigt, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Aufgrund der Gesetzesänderung vom Mai 2008, die die CDU nicht mitgetragen hatte, war es nun nicht mehr möglich, in den Gemeinden mit Mehrheitswahl und ohne Wahlvorschlag drei Tage vor der Wahl den Wählerinnen und Wählern den leeren amtlichen Stimmzettel zuzustellen, damit sie dort in Ruhe die Namen der von ihnen gewünschten Ratsmitglieder aufschreiben konnten. Die Folgen waren absehbar – wir haben in der Debatte 2008 bereits darauf hingewiesen –, zum Teil überforderte Wählerinnen und Wähler, Staus vor den Wahlkabinen und eine Menge ungültiger Stimmen.

(Pörksen, SPD: Ach, Staus!)

Wir haben alle 1.325 Ortsgemeinden mit Mehrheitswahl um Erfahrungsberichte gebeten. Es gab einen sehr großen Rücklauf vieler negativer Erfahrungen, was uns dann zu einer Großen Anfrage bewogen hat.

Sowohl der Erfahrungsbericht des Landeswahlleiters vom Dezember 2009 als auch die nüchternen Zahlen der Antwort auf unsere Große Anfrage haben belegt, dass es sich hier um ein durchgängiges Bild im gesamten Lande handelt.

(Pörksen, SPD: Wir hatten keine Staumeldung!)

Wir freuen uns, dass diese Sichtweise zwischenzeitlich auch von der Landesregierung geteilt wird. So heißt es bei der Antwort zu Frage 12 a unserer Großen Anfrage: „Der signifikante Anstieg der ungültigen Stimmen bei der Mehrheitswahl ohne Wahlvorschlag (...) ist für die Landesregierung Anlass zu erwägen, zu der bisherigen Regelung zurückzukehren und bei der Mehrheitswahl den amtlichen Stimmzettel vor der Wahl wieder an die Wahlberechtigten verteilen zu lassen.“

Wir haben es ebenfalls erfreut zur Kenntnis genommen und in unseren Entwurf auch eingearbeitet, dass die Landesregierung unter 13 a mit Blick auf die allgemeinen Kommunalwahlen 2014 prüft, ob außer bei Mehrheitswahlen noch weitere Stimmzettel vor der Wahl an die Wahlberechtigten übersandt werden können.

(Beifall der Abg. Frau Thelen, CDU)

Neben diesem Punkt gab es noch einen zweiten. Die Anzahl der Personen, die bei einem Wahlvorschlag auf dem Stimmzettel aufgeführt werden dürfen, war von der doppelten Zahl auf die einfache Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder reduziert worden. Das konnte zweierlei Folgen haben, allerdings beide negativ.

In manchen Ortsgemeinden wurde auf einen Wahlvorschlag verzichtet, weil man Bürger, die zu einer Kandidatur bereit waren, nicht in zwei Kategorien einteilen wollte, nämlich jene, die auf dem Stimmzettel erscheinen dürfen, und jene, die eben nicht auf dem Stimmzettel stehen dürfen.

In anderen Ortsgemeinden wurde dennoch ein Wahlvorschlag gemacht. Dann hatten diejenigen, die nicht auf dem Stimmzettel standen, faktisch gar keine Chance, in den Gemeinderat hineingewählt zu werden, weil die Wähler in der Regel nur aus den Personen, die sie dort niedergelegt sahen, gewählt haben.

Wir sind der Meinung, man sollte in einer Demokratie um jede Person froh sein, die sich zur Verfügung stellt, und ihr dann auch gleiche Wahlchancen einräumen und es darüber hinaus den Wählern auch so einfach wie irgend möglich machen.

Sämtliche Zahlen belegen, dass das geänderte Kommunalwahlrecht in diesen beiden Punkten äußerst negative Folgen hatte. In allen Ortsgemeinden mit Mehrheitswahl stieg der Anteil der ungültigen Stimmen von 5,38 % bei der vorletzten Kommunalwahl im Jahr 2004 jetzt auf 9,11 % im Jahr 2009.

Wenn man jetzt noch einmal diese ungültigen Stimmen nach Ortsgemeinden differenziert, in denen ein Wahlvorschlag vorlag – da waren es 3,26 % –, und nach Ortsgemeinden, in denen eben kein Wahlvorschlag vorlag und bei dem die Menschen quasi per Hand auf dem leeren Stimmzettel die Namen eintragen mussten – da lag die Ungültigkeitsrate bei 10,89 % –, dann ist hier ganz offensichtlich, es besteht Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir möchten eine praxistaugliche Anpassung des Kommunalwahlrechts mit dem Ziel, mehr Wahlkomfort für den Wähler, weniger ungültige Stimmen und auch Erleichterung für die Wahlhelfer bei der Auszählung.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Ich würde mich freuen, wenn wir das hier gemeinsam beschließen könnten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Noss für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Beilstein hat einiges erzählt, das von Schwarz-Weiß-Denken geprägt ist. Ich komme zunächst einmal zu der Tatsache, dass die CDU gegen den damaligen Gesetzesentwurf gestimmt hat. Wie war es gewesen? Wir hatten uns vorher zusammengesetzt, CDU, FDP und auch die SPD. Wir hatten dabei etwas ausgearbeitet. Frau Beilstein sagte, sie müsse das in ihrer Fraktion noch abschließend beraten, nämlich ob das 1,5-Fache der zu wählenden Personen auf die Liste kommt, oder das Zweifache oder das Einfache. Wir hatten als Kompromiss damals das 1,5-Fache gewählt.

Wir haben dann gewartet, dass eine Rückmeldung kam. Es kam keine.

(Frau Beilstein, CDU: Ach!)

– Es ist so. Herr Auler und ich haben dann einfach gesagt: Jetzt ziehen wir es durch, wie wir es wollten mit dem Einfachen. – Deshalb hat die CDU dann letztendlich gegen ihren eigenen Gesetzesentwurf gestimmt. Das ist ein Vorgang, der, glaube ich, einmalig ist. Aber okay, so sind sie halt!

(Heiterkeit bei der SPD)

Was die Negativität des gesamten Wahlverfahrens betrifft, so lässt ich ebenfalls eines festhalten: Es ist keine durchgängige negative Signifikanz. – Die einzige Signifikanz, die gegeben ist und negativ ist, sind die ungültigen Stimmen in Ortsgemeinden ohne Wahlvorschläge. Dort sind sie tatsächlich von 5,7 % auf rund 10,8 % gestiegen. Sie ist in Ortsgemeinden gefallen, in denen ein Wahlvorschlag vorlag. Die Tatsache, dass sie dort dermaßen gestiegen ist, könnte vielleicht auch etwas damit zu tun haben, dass das Wahlsystem vielleicht nicht von allen verstanden wurde.

(Frau Beilstein, CDU: Da hat sich doch nichts geändert! So ein Quatsch!)

Aber unabhängig hiervon meine ich, es macht durchaus Sinn – das stimme ich Ihnen jetzt einmal ausnahmsweise zu –, dass wir die Änderungen sowie das gesamte Kommunalwahlgesetz überprüfen und uns vor Augen führen, was geändert werden sollte und was man verbessern könnte. Dies bedarf allerdings einer sachorientierten Diskussion und keiner Schnellschüsse, wie Sie sie getan haben.

(Frau Beilstein, CDU: Das ist kein Schnellschuss!)

Ihr Entwurf ist davon gekennzeichnet, dass Sie Schnelligkeit und Populismus vor Gründlichkeit und Sachlichkeit gesetzt haben.

(Beifall bei der SPD –
Schweitzer, SPD: Das machen die doch immer!)

Das werden wir in der Form nicht so machen. Wir haben als SPD-Fraktion eine Klausur mit Kommunalpolitikern durchgeführt. Wir haben auf der Grundlage dessen, was wir dort erarbeitet haben, eine Anhörung mit den kom-

munalen Spitzenverbänden und mit dem Landeswahlleiter gemacht. Dort wurde dann sowohl Kritik – das ist auch richtig und nicht zu bemängeln – als auch sehr viel Zustimmung für die Änderungen, die durchgeführt wurden, geäußert.

Sie haben auch nur einen ganz kleinen Teil kritisiert. Aber das sei ihnen unbenommen.

Wir sind der Meinung, dass wir über die gesamten Sachen reden müssen. Dabei sehe ich vor allen Dingen insbesondere einen Komplex, über den man reden sollte, nämlich die Wahlbeteiligung. Diese ist im letzten Jahr – wie in den Jahren vorher – schon wieder zurückgegangen, nämlich bei den Kommunalwahlen von rund 63 % über 57,6 % auf jetzt 54,7 %. Das ist zwar bei allen Wahlen der Fall, aber wir sollten überlegen, wie wir bei Kommunalwahlen ein größeres Interesse der Bürger erzielen können, in der Gemeinde mitzuwirken.

Dort mache ich jetzt beispielsweise die Feststellung, dass mittlerweile in sehr vielen Gemeinden ein Umdenken stattgefunden, dass die Bürger nämlich in ganz extremem Umfang versuchen, sich in die Gemeinde einzubringen. Ich stelle das fest bei Arbeitskreisen, die sich gebildet haben, in denen versucht wird, die Identität der Gemeinde zu definieren, in denen versucht wird, den Wohnwert zu steigern, wo versucht wird, für demografische Entwicklungen, die sich anbahnen, Lösungen zu suchen, einfach, um die Gemeinde überlebenswert und lebens- und wohnwertmäßig zu erhalten.

All das zeigt, die Bürger haben Interesse, wir müssen sie eben nur lassen. Da ist zum Beispiel ein ganz wichtiger Punkt, dass wir die Möglichkeiten der Bürger, bei der Gestaltung ihrer Gemeinde mitzuwirken, wesentlich erhöhen, beispielsweise im Bereich der Quoren, die im Bereich des Bürgerentscheids und des Bürgerbegehrens vorliegen. Hier sollten wir überlegen, was wir dort machen können.

Darüber hinaus müssen wir natürlich versuchen, auch andere Dinge anzugehen. Es geht dabei nicht nur, wie Sie in Ihrer Überschrift der heutigen Pressemeldung geschrieben haben, um eine Vereinfachung des Wahlrechts, sondern es geht auch um eine Fortentwicklung des Wahlrechts – so sehe ich das –, zu dem wir aufgefordert sind.

Dabei geht es neben der Ausgestaltung des Mehrheitswahlrechtes, bei dem wir zukünftig darüber reden müssen, wie wir das machen, ob wir die einfache oder zweifache Anzahl von Kandidaten im Verhältnis der zu vergebenden Sitze aufführen, noch um weitere Punkte. Ich sage einfach einmal, Sie schreiben, Versand von Wahlunterlagen für alle Wahlen. Dabei sind natürlich erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken auszuräumen. Wir müssen schauen, wie wir das ausgestalten, damit das überhaupt möglich ist. Die Freiheit der Wahl ist ein ganz wichtiges Instrument, welches zu beachten ist.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Darüber hinaus entstehen Kosten durch diese Sache, die in einem Bereich von 3 Millionen Euro für die Kommunen definiert werden. Es ist festzustellen, wer diese

zahlen soll. Das sind Fragen, die ebenfalls zu stellen sind.

Wir halten es beispielsweise für erforderlich, zu fragen oder zu diskutieren, wie wir es beispielsweise bei Stichwahlen auf der Ebene der Ortsvorsteher halten. Dort finden Wahlen statt, bei denen 10 % bis 15 % der Bürger wählen gehen. Da stellt sich die Frage der politischen Legitimation.

Wir haben darüber hinaus ein dreimonatiges Wohnsitz-erfordernis für die Bürger, die bei den Kommunalwahlen mitwählen wollen. Hier sind die Fragen zu stellen, ob das drei Monate sein müssen und ob das bei den heutigen modernen Meldesystemen nicht in einem kürzeren Zeitraum geht. Wie sieht es aus mit der Größe der Räte? Wie wählen wir die Ausschüsse, die normalerweise das Spiegelbild der tatsächlichen Mehrheitsverhältnisse darstellen sollen? Aber wir wissen alle, dass in der entscheidenden Wahl häufig Personen fehlen, sodass es dann zu völlig anderen Ergebnissen kommt.

Darüber hinaus ist für uns eine ganz wichtige Frage, wie wir es mit dem Wahlalter halten. Zurzeit sind es 18 Jahre für Kommunalwahlen. 16 Jahre? Ich habe persönlich große Sympathie dafür, wenn wir uns bewegen wollen, gegebenenfalls die 16 Jahre anzugehen. Wir stehen dem positiv gegenüber. Wir müssen darüber reden. Ich glaube, das wäre ein vernünftiger Schritt in die richtige Richtung.

Diesen Katalog könnte man noch beliebig erweitern. Ich sage, wir sollten miteinander reden, aber diesmal bis zum Schluss, und sich an das halten, was wir verabredet haben. Wir sollten gemeinsam das Kommunalwahlgesetz mit dem Ziel fortentwickeln, eine höhere Wahlbeteiligung und eine größere Identifizierung der Bürger mit ihrer Gemeinde zu erreichen. Insgesamt wollen wir eine bessere Wahlbeteiligung erreichen.

Wir sind hierzu bereit. Wir sind der Meinung, dass dieser Gesetzentwurf an den Innenausschuss überwiesen werden sollte. Dort können wir auf dieser Basis weiter diskutieren und versuchen, möglichst eine gemeinsame Lösung herbeizuführen. Beim letzten Mal waren wir schon ziemlich nah dran. Der letzte Schritt von Ihrer Seite hat gefehlt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Auler, Sie haben das Wort.

Abg. Auler, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben 2008 gemeinsam das Kommunalwahlgesetz geändert und stellen heute fest, dass es hier und da Klagen aus einzelnen Ortsgemeinden gibt, die insbesondere das Mehrheitswahlrecht betreffen. Ich denke, man muss auf der anderen Seite sehen, wenn hier und

da zu Recht etwas kritisiert wird, es ist eine Neuerung. Bei Neuerungen passieren Fehler. Wenn wir heute feststellen, dass einige Stimmzettel ungültig sind und die ungültigen insgesamt gegenüber der letzten Kommunalwahl angestiegen sind, dann denke ich, das hat etwas mit der Neuerung zu tun.

Ich glaube, man kann es kritisch sehen, Wahlzettel vorab im Rahmen einer Kommunalwahl nach Hause zu schicken. Rechtliche Risiken sind hierbei zu berücksichtigen. Das muss man sehen. Ich denke, das Mehrheitswahlrecht ist das Thema in den Ortsgemeinden, das uns beim Thema „Kommunalwahlgesetz“ am meisten bewegt.

Ich möchte mich deshalb für die FDP-Fraktion dem Vorschlag anschließen, dass wir dieses Thema im Innenausschuss weiter behandeln. Es wäre sehr schön, wenn wir einen breiten Konsens zwischen den Fraktionen herstellen können, damit die Bürgerinnen und Bürger ihre Wahl durchführen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Kollege Auler. Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Karl Peter Bruch das Wort.

Bruch, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will vier Bemerkungen machen. Die Erste richtet sich auf die Frage, Mehrheitswahlrecht ohne Wahlvorschlag. Dort haben wir tatsächlich eine Veränderung in der Wahlbeteiligung bzw. bei der Gültigkeit der Stimmen. Herr Abgeordneter Auler, Herr Abgeordneter Noss sowie Frau Abgeordnete Beilstein haben darauf hingewiesen. Hier haben wir in der Antwort auf die Große Anfrage schon erklärt, dass wir zu Veränderungen bereit sind, aber auch diese prüfen müssen. Das muss auch unter dem Gesichtspunkt geschehen, dass das eine Neuerung war, die eingeführt worden ist, weil uns damals der Gemeinde- und Städtebund darum gebeten hat, zu überlegen, es zu tun.

Dabei gilt zweitens zu beachten, dass wir bei der Versendung von Wahlunterlagen bei der Verhältnis- und Direktwahl das zu beachten haben, was wir in unserer Demokratie in jedem Fall als sehr hohes Gut ansehen, nämlich die Frage der Einhaltung der freien und geheimen Wahl. Das ist ein wichtiger Punkt, der in der Tiefe erörtert werden muss. Unsere Verfassung ist nicht gleichzusetzen mit Verfassungen anderer Länder. Wir haben Unterschiede.

Das Dritte ist, wir haben – das ist ein bisschen speziell gewesen, weil es ein Wunsch war – die Rückgängigmachung der Halbierung der abzugebenden Stimmen bei der Mehrheitswahl bei einem Wahlvorschlag. Da wurde die Zahl der ungültigen Stimmen zwar weniger, aber die Kommunen wollen zurück zur alten Situation, dass sie

diese Halbierung nicht mehr haben. Sie argumentieren damit, dass sie dann die Nachrücker nicht benennen können, die es immer wieder gibt. Es gibt angeblich mehr Nachrücker als jemals zuvor. Auch da muss man unter dem Gesichtspunkt „neue Einführung, neue Prüfung“ das nachher in einer Beratung überprüfen. Ich halte deswegen viel davon, dies im Innenausschuss intensiv zu beraten.

Ich will auf das Vierte hinweisen. Uns fehlt noch der Erfahrungsbericht der kommunalen Spitzenverbände. Der war angekündigt. Dieser müsste eingearbeitet werden. Ich denke, man kann jetzt nicht einfach abstimmen, sondern muss diese Fragen in der Tiefe prüfen. Sie sind es wert. Diesen Katalog, den Herr Abgeordneter Noss erweitert hat, müsste man auf dem Tisch haben, weil damit auch Rechtsfragen verbunden sind. Diese Rechtsfragen müssen im Sinne einer geordneten Beratung für die Bürgerinnen und Bürger, die das nachher handhabbar vorfinden müssen, entsprechend tief gehen. Wir werden das konstruktiv begleiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Herr Innenminister.

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drucksache 15/4310 – an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Besteht Einverständnis? – Es erhebt sich kein Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf.

...tes Landesgesetz zur Änderung des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4342 – Erste Beratung

Im Ältestenrat wurde vereinbart, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Landesjagdgesetz (LJG) Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4341 – Erste Beratung

(Pörksen, SPD: Halali!)

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Jagd hat in Rheinland-Pfalz eine große

kulturelle, ökologische und ökonomische Bedeutung. Dies ist ein Leitgedanke der anstehenden Jagdrechtsnovelle.

Wir entwickeln das Jagdrecht zeitgemäß weiter, und wir halten an bewährten Grundsätzen und Traditionen fest.

Zum Hintergrund: Das bestehende Jagdrecht besteht als Rahmengesetz des Bundes seit 1976, wesentliche Inhalte sogar seit 1953. Seit dieser Zeit haben sich erhebliche Veränderungen ergeben. So hat sich die Landnutzung stark verändert. Denken wir zum Beispiel an den naturnahen Waldbau. Es gibt neue Erfahrungen der Jagdpraxis und wildbiologische Erkenntnisse. Wir haben heute andere Wildpopulationen als früher. Der Tier- und Artenschutz hat an Bedeutung gewonnen. Er ist nicht zuletzt Verfassungsauftrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht zuletzt hat sich auch die Lebenssituation von Jägern und Jägerinnen erheblich verändert, denken wir nur an die Anforderungen an berufliche Mobilität. Natürlich unterliegen sie auch allen Phänomenen der demografischen Entwicklung.

Die Föderalismusreform von 2006 eröffnet den Ländern die Möglichkeit, das Jagdrecht weitgehend selbst zu gestalten. Wir machen davon Gebrauch, zumal die Bundesregierung wiederholt angekündigt hat, dass sie das Jagdrecht nicht ändern und anpassen will. Dabei hält der vorliegende Gesetzentwurf an den bewährten Traditionen fest, vor allen Dingen an Grundsätzen wie zum Beispiel der Bindung des Jagdrechts an das Grundeigentum, dem Reviersystem, dem Zusammenschluss der Grundbesitzenden zu Jagdgenossenschaften oder der Bejagungspflicht und der Verpflichtung zur Duldung der Jagdausübung.

Ich habe mich im Vorfeld dieser Jagdrechtsnovelle für länderübergreifende Grundsätze stark gemacht, um einer Zersplitterung des Jagdrechts entgegenzuwirken. Die weit überwiegende Zahl der Bundesländer ist diesen Grundsätzen gefolgt. Insofern bleiben 80 % in diesem Jagdrecht auch erhalten.

Wir stärken die Eigenverantwortung von Grundbesitzern und Jagdausübungsberechtigten vor Ort und schaffen größere Flexibilität bei den Handlungsmöglichkeiten. Zur Verbesserung der Verpachtbarkeit von Jagdbezirken erhalten Grundstückseigentümer, aber auch Jägerinnen und Jäger größere Möglichkeiten. So soll die Mindestpachtdauer jetzt grundsätzlich acht Jahre betragen, die in begründeten Ausnahmefällen auf bis zu fünf Jahre verkürzt werden darf. Ich weise ausdrücklich darauf hin, selbstverständlich sind damit auch längere Pachtzeiten als früher oder bisher möglich.

(Pörksen, SPD: 100 Jahre, wenn Sie wollen!)

– Nicht ganz.

Die zulässige Höchstzahl von Jagdpächtern in einem Jagdbezirk wird an die Regelungen benachbarter Bundesländer angepasst, oder wir verzichten auch auf Vorgaben einer zulässigen Anzahl von Jagderlaubnisscheinen für sogenannte mitjagende Jäger und Jägerinnen,

aber natürlich nur im Rahmen der ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Jagd.

In der Summe werden diese Regelungen natürlich die Entscheidung zur Pacht, aber auch der Verpachtung erleichtern und geben Jägerinnen und Jägern einen besseren Zugang zur Jagdausübung. Zur Deregulierung und Stärkung der Eigenverantwortung gehört auch, dass künftig die bisherige behördliche Abschussfestsetzung grundsätzlich durch eine Abschussvereinbarung zwischen Verpächtern und Pächtern ersetzt werden soll. Die Behörde schreitet nur dann ein, wenn öffentliche Belange – zum Beispiel ein Tierseuchengeschehen – oder berechnete Ansprüche der Landbewirtschaftung – Stichwort „Wildschäden“ – beeinträchtigt sind.

Der vorgelegte Gesetzentwurf greift natürlich im Besonderen Belange der Jägerinnen und Jäger auf und verbessert die Jagdpraxis. Traditionell begründete Regelungen, wie zum Beispiel Beachtung der insbesondere dem Tierschutz dienenden Grundsätze der Waidgerechtigkeit oder die Unterscheidung von Hoch- und Niederwild, bleiben erhalten.

(Pörksen, SPD: Sehr vernünftig!)

Die revierübergreifende Hege und Bejagung von Wildarten mit großen Lebensräumen, wie Rot-, Dam- oder Muffelwild, wird durch eine verpflichtende Mitgliedschaft benachbarter Revierinhaber und -inhaberinnen in sogenannten Hegegemeinschaften erleichtert. Rot-, Dam- und Muffelwild dürfen auch künftig nur in sogenannten Bewirtschaftungsbezirken bewirtschaftet werden, sprich gehegt werden, ein großes Anliegen gerade auch des Grundstückseigentums, der Bauern- und Winzerverbände. Die Grenzen dieser Gebiete sollen jedoch an veränderte Lebensräume angepasst werden können. Das Gesetz schafft hierfür die Grundlagen.

Selbstverständlich berücksichtigt unser Entwurf für ein neues Landesjagdrecht gerade auch Belange – ich habe einen eben genannt – der Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer. Dem dienen zum Beispiel alle Regelungen zur besseren Verpachtbarkeit, aber auch der Grundsatz „Schadensvermeidung vor Schadenserstattung“. Dieser bleibt im Jagdrecht und wird künftig auch im Gesetz verankert. Sind Belange der Allgemeinheit – das habe ich eben genannt – oder der Landnutzung erheblich beeinträchtigt, setzt die Behörde künftig Mindestabschusspläne fest, die im Übrigen aufgrund eines Vorschlags aus der Jägerschaft mit der Verpflichtung zum körperlichen Nachweis auch zur besseren Kontrolle dessen, was erlegt worden ist, verbunden werden.

Ist eine Tierart regional gefährdet – das ist sicherlich auch im Interesse des Naturschutzes und des Artenschutzes –, setzt die Behörde künftig Höchstabschusspläne fest oder versagt den Abschuss ganz. Die Novelle trägt den höheren Anforderungen des Tier- und Artenschutzes Rechnung. So wird die Liste der Tierarten, die dem Jagdrecht unterliegen, unter Berücksichtigung des Artenschutzes verkürzt, die Jagd im Umkreis von Grünbrücken – wir wollen ja Wanderungsbrücken haben – sowie die Jagd auf Wasserwild mit bleihaltiger Schrotmunition verboten. Die Tierseuchenbekämpfung wird als

Auftrag für die Jagd verankert. Dem Schutz des Wildes vor Schmerzen und Leiden wird man durch bessere Regelungen zum Beispiel zur Aufsuche des Wildes nach oder bei der Jagd oder zur Versorgung verletzter Tiere – denken Sie an das Unfallwild – durch Dritte gerecht werden. Das Töten von Hunden und Katzen ist nur noch dann zulässig, wenn andere Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht greifen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorgelegte Gesetzentwurf ist ein ausgewogener Lösungsansatz zwischen den vielfältigen und, wie Sie alle wissen, zum Teil divergierenden Interessen. Grundlage dieses Interessenausgleichs waren ein umfangreiches Anhörungsverfahren sowie zahlreiche und sehr intensive Gespräche mit den berührten Verbänden und Institutionen, natürlich auch den Jägerinnen und Jägern. Viele Anregungen und Hinweise sind in den vorgelegten Gesetzentwurf eingeflossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist als waldreichstes Bundesland, und nicht nur deswegen, ein attraktives Jagdland, und Rheinland-Pfalz bleibt ein attraktives Jagdland. Unsere Jagdrechtsnovelle steht dafür.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank, Frau Ministerin Conrad.

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Dr. Born-Siebicke das Wort.

Abg. Frau Dr. Born-Siebicke, CDU:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

(Pörksen, SPD: Erste Rede!)

Um es vorweg zu sagen, wir haben bis jetzt ein gutes Jagdgesetz in Rheinland-Pfalz gehabt. Das soll aber nicht den Blick darauf verstellen, wie Frau Ministerin Conrad ausgeführt hat, nach mehr als 30 Jahren Jagdgesetzgebung dieses zu überprüfen und fortzuschreiben. Allerdings gebietet es dann die politische Vernunft, ein solches Gesetz vorsichtig und wohlüberlegt anzugehen. Dies scheint – mit Verlaub – im laufenden Verfahren etwas schwierig geworden zu sein.

(Beifall der CDU –
Pörksen, SPD: Na, na!)

Nach der ersten Präsentation eines Entwurfes entstand leider der Eindruck – wir mussten einfach sagen, das ist auch so in den Medien transportiert worden –,

(Pörksen, SPD: Sie sind schuld!)

dass es möglich ist, Herr Pörksen, in den Verbandsmedien

(Pörksen, SPD: Ich habe sie gelesen!)

– gut –, mit der Regierung ein Gesetz auszuhandeln. Das hat verständlicherweise zu Irritationen und auch zu Unmut geführt; denn das hat das Anliegen der Jagd, das vielschichtig ist und zwischen vielen Belangen unserer Gesellschaft auszutarieren ist, nicht verdient. Nun liegt uns jetzt aber der neue Gesetzentwurf vor, und wir können die Diskussion jetzt da führen, wo sie hingehört, hier bei uns im Parlament.

(Beifall der CDU)

Den Anspruch des Gesetzes für die kommende Diskussion muss sein, die Eigenverantwortung der Grundbesitzer und der Jäger zu stärken, die Belange der Grundeigentümer im Jagdgesetz vermehrt Berücksichtigung finden zu lassen, die Rahmenbedingungen für die Jagdpraxis zu verbessern – wir leben in einer veränderten Kulturlandschaft mit veränderten Ansprüchen auch der Menschen – und den Anforderungen von Tier- und Artenschutz Rechnung zu tragen.

Die CDU-Fraktion legt Wert darauf, dass es im Gesetzgebungsverfahren zu einer ganzheitlichen Lösung kommt.

(Beifall der CDU)

Das heißt, ein modernes Jagdgesetz, wie wir es jetzt auf den Weg bringen wollen, muss unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen formuliert werden. Deshalb wollen wir jetzt eine Anhörung durchführen und die verschiedenen Argumente der Anzuhörenden abwägen.

(Beifall der CDU)

Das Koordinatensystem für die anstehende Behandlung des Gesetzentwurfs ist in § 3 des alten Bundesjagdgesetzes bereits vorgegeben und fast identisch in den jetzt vorliegenden rheinland-pfälzischen Gesetzentwurf übernommen worden.

Das Jagdrecht steht dem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu, und es ist untrennbar mit dem Eigentum an Grund und Boden verbunden. Wer sind diese Eigentümer, mit denen wir uns unterhalten müssen? Das sind sehr viele Gruppen. Das sind unsere Bauern, über die heute schon gesprochen worden ist, die Winzer, die Waldbesitzer und in einem großen Umfang auch unsere waldbesitzenden Kommunen. Erst in Übereinkunft mit diesen Gruppen hat der zweite Rechtspartner, die Jägerschaft, ein delegiertes Recht. Um eine konstruktive, zielorientierte und moderne Ausgestaltung eben dieses Rechts geht es jetzt.

(Ministerpräsident Beck: Das sehen die Jäger ein bisschen anders!)

– Herr Ministerpräsident, das ist das Problem. Wir müssen diskutieren und abwägen. – Ein paar wichtige Stichworte sind dabei: Zunächst einmal ist die Deregulierung zu nennen. Das Ziel einer Deregulierung ist zu

begrüßen. Man muss nur wissen, dies bedeutet eine besondere Verantwortung für alle an diesem Prozess Beteiligten. Es muss dann auch eine wirkungsvolle Vertretung aller Beteiligten in den entsprechenden Gremien möglich sein. Das heißt, die Jagdrechtsinhaber – Bauern, Winzer, Waldbesitzer und Kommunen – müssen in den entsprechenden Gremien gleichberechtigt vertreten sein.

Die Rückseite der Medaille „Deregulierung“ ist die Eigenverantwortlichkeit. Eigenverantwortlich, nicht staatlich festgelegte Abschussvereinbarungen und Teilabschusspläne – um den Fachausdruck zu verwenden – zwischen Grundeigentümern und Jagdausübungsberechtigten sind richtig, und sie sind ein hohes Gut, wenn es um selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln in der Umgebung geht. Sie müssen dann aber auch eingehalten werden, und dazu müssen wirksame Instrumente im Gesetz verankert sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist der Erstentwurf eines Landesjagdgesetzes nach den neuen Vorgaben der Föderalismusreform. Wir werden sorgfältig darüber diskutieren müssen. Die waidgerechte Jagd ist für viele Jägerinnen und Jäger eine Pflicht, der sie aus ihrem Selbstverständnis heraus nachkommen. So soll es auch dann noch sein, wenn am Ende der Diskussion ein ausgewogener Gesetzentwurf unter Beteiligung aller Gruppen vorliegen wird.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Sehr vernünftige Position!
Mal sehen, wie Sie dazu stehen! Ich finde die
Position vernünftig, aber ich kenne Ihre
Truppe hier!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Langner das Wort.

Abg. Langner, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach 30 Jahren – die Frau Ministerin hat teilweise von 60 Jahren gesprochen – darf, ja muss ein Gesetzgeber ein Gesetz überprüfen und aktuelle Entwicklungen berücksichtigen. Deshalb ist es richtig und gut, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein neues Landesjagdgesetz vorlegt. Es ist auch gut, dass sich Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland mit dieser Thematik intensiv auseinandersetzt und die neu gewonnenen Kompetenzen der Länder nutzt.

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland. Insofern tragen wir eine besondere Verantwortung und müssen eine Vorreiterrolle einnehmen. Ich weiß, dass die Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern sehr aufmerksam verfolgen, wie wir mit dieser Thematik umgehen.

Die zurückliegenden Monate haben gezeigt, dass es beim Landesjagdgesetz unterschiedliche Interessenlagen gibt. Die Landesregierung hat dies in dem vorlie-

genden Entwurf berücksichtigt. Auch meine Fraktion hat im Vorfeld eine Fülle von Gesprächen mit Vertretern aller Interessengruppen geführt, die sich direkt oder indirekt mit der Jagd befassen. An dieser Stelle danke ich allen Gesprächspartnern für ihre offenen Worte.

Für das Parlament beginnt der Gesetzgebungsprozess heute offiziell. Meine Fraktion hat bereits im Umweltausschuss angekündigt, dass wir eine Anhörung zum Landesjagdgesetz durchführen wollen. Wir wollen alle Verbände anhören, bevor wir endgültig über den Gesetzentwurf entscheiden, weil wir so die notwendige Transparenz im Gesetzgebungsverfahren bekommen. Diese Initiative meiner Fraktion ist von allen Gesprächsteilnehmern begrüßt worden.

(Zuruf von der CDU: Die CDU-Fraktion hat das mit beantragt!)

– Beantragen konnte das noch keiner; es ist nur angekündigt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Jagd ist letztlich Mittel zum Zweck. Ein Landesjagdgesetz muss in erster Linie die Interessen der Gesamtbevölkerung sowie der Grundeigentümer berücksichtigen, wobei natürlich auch hier der Satz gilt: Eigentum verpflichtet. – Es verpflichtet die Eigentümer, aber auch die Jägerinnen und Jäger zur Nachhaltigkeit und zur Gewährleistung der ökologischen Ausgewogenheit einer Tier- und Pflanzenwelt, die vom Menschen in Unordnung gebracht wurde und nun vom Menschen im Gleichgewicht gehalten werden muss. Das Landesjagdgesetz hat unmittelbar mit dem Erhalt der Artenvielfalt in der Tierwelt, aber auch in der Pflanzenwelt zu tun. Der Wald als wichtiger ökologischer Lebensraum, als Sauerstoff- und Rohstofflieferant sowie als Wasserspeicher muss auch im Zentrum eines Landesjagdgesetzes stehen. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich vielleicht fragen, was sie mit einem solchen Gesetz zu tun haben, müssen wissen, dass eine moderne Jagd moderner Umwelt- und Artenschutz ist.

(Beifall der SPD)

Die Bevölkerung erkennt die Folgen der Jagdgesetzgebung beispielsweise auch an der Anzahl der Wildunfälle oder an den Abschussregelungen für Haustiere, die streng reglementiert bleiben.

(Zurufe von der CDU)

Natürlich müssen bei der Jagd auch die Interessen der Bauern und der Winzer berücksichtigt werden. Wildschäden gilt es zu vermeiden. Auch dies gelingt nur mit den entsprechenden Regelungen im Landesjagdgesetz.

Ein gutes Landesjagdgesetz verschafft den Jägerinnen und Jägern Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb ist es auch notwendig, dass die Grenzen aufgezeigt werden und klare Richtlinien für die Jagd enthalten sind. Ich denke, gerade dieser Aspekt muss Grundlage der weiteren Diskussion sein.

Die Jägerinnen und Jäger haben eine wichtige Aufgabe zu schultern. Sie stehen im Dienst der Allgemeinheit. Sie müssen die Interessen der Gesellschaft und die Interes-

sen der Grundeigentümer, egal ob Privatpersonen, Land oder Kommunen, berücksichtigen.

Die Jägerinnen und Jäger stellen an sich selbst zu Recht einen hohen Anspruch. Einigen Wünschen der Jägerinnen und Jäger trägt der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung Rechnung. Traditionelle Begrifflichkeiten, wie zum Beispiel „Waidgerechtigkeit“ oder „Hoch- und Niederwild“, sind nun doch im Gesetzentwurf enthalten. Aus Respekt vor der Tradition halte ich die Aufnahme für berechtigt. Sie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Traditionen immer wieder aufs Neue mit Leben und Inhalt gefüllt werden müssen.

(Beifall der SPD)

Die ehrenamtlichen Jägerinnen und Jäger sind Teil eines Gesamtkomplexes Lebensraum Wald. Ich habe Respekt vor der Arbeit der Jägerinnen und Jäger; denn die Ausübung der Jagd ist nicht nur die Pflege eines Hobbys, sondern darüber hinaus ein wichtiger Beitrag für die Gesellschaft. Zu Recht haben die Jäger in den Gremien der Jagdbeiräte ein gewichtiges Wort mitzureden. Aber die anderen Gruppierungen stellen die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen ist viel über die Pachtdauer diskutiert worden. Im vorliegenden Gesetzentwurf ist von einer grundsätzlichen Mindestpachtzeit von acht Jahren die Rede, die in begründeten Fällen auf fünf verringert werden kann. Ich halte das für einen tragfähigen Kompromiss.

Jedem Verpächter ist es möglich, länger laufende Pachtverträge abzuschließen. Sicher ist dies auch meistens im Interesse aller Beteiligten, dies gerade dann, wenn man bereits gute Erfahrungen mit dem Vertragspartner gemacht hat.

Eine größere Flexibilisierung ist aber in Zeiten, in denen die jüngeren Menschen aus beruflichen Gründen immer weniger Zeit für das Ehrenamt mitbringen, und bei abnehmender Bevölkerungszahl dringend notwendig. Ich kann auch nicht wirklich erkennen, warum eine geringere Pachtdauer eine geringere Verantwortungshaltung mit sich bringt. Ich schätze nach den Diskussionen der vergangenen Monate den Ehrencodex der Jägerinnen und Jäger so hoch ein, dass sie sich mit vollem Engagement der Hege und Pflege ihres Jagdgebietes widmen, egal ob sie dieses auf fünf, acht oder 20 Jahre betreuen. Auch das Interesse der Verpächter dürfte entsprechend sein, dass sie langfristige Pachtverträge abschließen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion wird den Gesetzgebungsprozess mit großem Engagement mit allen Interessierten weiter diskutieren. Manche Details gilt es vielleicht noch zu hinterfragen und eventuell zu ändern. Wir freuen uns auf einen konstruktiven und sicher auch in Teilen kritischen Dialog im Umweltausschuss, in der Anhörung und dann abschließend wieder im Parlament.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz haben ein modernes Landesjagdgesetz verdient. Die Landesregierung hat mit der Vorlage des Entwurfs einen großen Schritt in die

richtige Richtung getan. Das Parlament wird diesen Weg weiter beschreiten und zum Ziel führen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Kollegin Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema „Jagd“ ist stark emotional besetzt, derzeit außerhalb dieser Mauern offenbar ganz besonders, obwohl von Natur aus die meisten der verschiedenen Beteiligten sehr viele Sympathien für den jeweils anderen haben und oft sogar mehrere Seiten in einer Person zusammentreffen.

Tierschutz, Landschaftsschutz, wirtschaftliche Interessen der Land- und Forstwirtschaft sowie Traditionen stehen nicht immer, aber oft im Interessenkonflikt miteinander. Auch ich habe sehr viel Sympathie für alle Seiten. Sowohl mit Herz als auch mit Verstand möchte ich am liebsten allen Vieren eine maximale Interessenswahrung verschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Leider schließt sich das in wesentlichen Teilen gegenseitig aus. Ein ausgewogener Kompromiss ist deshalb notwendig.

Da ist sehr hilfreich, dass die Neufassung des Gesetzentwurfs wesentlich besser formuliert und besser gegliedert ist als der erste. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, die dies bewirkt haben, danke ich ausdrücklich.

In § 51 ist jetzt allerdings gut sichtbar, wie viel die Landesregierung durch Rechtsverordnung im Detail regeln will. Dort sind 39 Tatbestände aufgezählt, die zu bestimmen, zu regeln, einzuschränken, festzulegen, vorzugeben, abzugrenzen oder auszuschließen sind.

Fast alle Stellungnahmen der betroffenen Verbände drückten den Wunsch nach Entbürokratisierung aus. Dies ist keine. Es wurde auch zu Recht von Interessenvertretern bemängelt, dass man Gesetzen in vielen Punkten nicht trauen könne, solange man nicht wisse, ob sich unter den Verordnungen nicht trojanische Pferde befinden. Wir werden uns im Ausschuss darüber unterhalten müssen, wo der Verordnungswald gelichtet werden kann.

Damit bin ich bei einem der wichtigsten Punkte überhaupt. Meine Damen und Herren, die FDP begrüßt es, wenn dereguliert wird und vieles in Verträgen zwischen den Grundeigentümern, also den Jagdgenossenschaften, und den Jagdpächtern, also den Jägern, geregelt werden kann, weil sich Interessenkonflikte damit indivi-

duell und situationsbezogen lösen lassen und weil die Lage in verschiedenen Gegenden von Rheinland-Pfalz – auch in verschiedenen Jahren – sehr unterschiedlich ist und sein kann.

Die angewachsenen Wildbestände auf durch Flächenverbrauch immer geringer werdendem Lebensraum lassen in der Land- und Forstwirtschaft die Wildschäden wachsen. Wenn wir Vertragsfreiheit und Eigenverantwortung von beiden Seiten wollen, sollten auch beide Seiten jeweils ihre eigene getrennte Organisation haben. Scharf abgegrenzt voneinander sind sie ohnehin nicht. Sowohl in den Jagdgenossenschaften als auch in den Hegeringen sind jeweils Mitglieder, die beide Seiten in Personalunion repräsentieren. Beide Seiten müssen aber gleichgewichtige Chancen haben. Deshalb begrüßen wir es, dass das Gesetz die Abschussregelung im § 31 weitgehend den Vertragsparteien überlässt. Allerdings sollten die Jagdgenossenschaften nach unserer Vorstellung auch schon während der Entstehung beteiligt werden und nicht nur am Ende zustimmungspflichtig sein.

(Beifall der FDP)

In Rheinland-Pfalz lässt es sich doch auch sonst meist ganz gut miteinander reden.

Natürlich müssen sich beide Seiten selbst gleichgewichtig organisieren. Das muss aber jede Seite für sich selbst regeln. Das ist nicht unsere Aufgabe als Parlament.

Kontraproduktiv ist an dieser Stelle nach wie vor die Jagdsteuer, auch wenn der Zwang, sie zu erheben, jetzt nicht mehr ganz so kompromisslos formuliert ist. Wir sind deshalb für die Abschaffung der Jagdsteuer.

(Beifall der FDP –
Pörksen, SPD: Wer zahlt es? –
Unruhe)

Eine generelle Haftung auch für Sonderkulturen, wie für Weinberge, einzuführen, ist problematisch, weil nur der Eigentümer Zäune bauen kann und weil nicht mehr verpachtbare Jagden niemanden nutzen. Vertraglich sollte das im Einzelfall aber durchaus möglich sein.

Meine Damen und Herren, da der zweite Entwurf erst seit einer Woche vorliegt, ist es heute kaum möglich, mehr ins Detail zu gehen. Eine ausführliche Beratung im Umweltausschuss ist notwendig.

Für heute danke ich Ihnen für das Zuhören.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf federführend an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen.

(Frau Schneider, CDU: Landwirtschaft auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag, und zwar Mitglieder der Seniorenunion der CDU Worms und Schülerinnen und Schüler der Politik AG der Realschule plus in Plaidt. Herzlich willkommen in Mainz!

(Beifall im Hause)

Wir kommen zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

Landesgesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Zuständigkeiten im Zuge der Baurechtsschaffung und Bauausführung für den Lückenschluss der Bundesautobahn A 1 zwischen Lommersdorf und Adenau Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/4339 – Erste Beratung

Es wurde im Ältestenrat vereinbart, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend – sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen.

Ich rufe die **Punkte 9 und 10** der Tagesordnung auf:

Evaluierung des „Bologna-Prozesses“ – Erfahrungen umsetzen, Kritik aufgreifen Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3735 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 15/4312 –

Zehn-Punkte-Sofortprogramm gegen die Bologna-Krise in Rheinland-Pfalz Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3917 –

dazu:

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – Drucksache 15/4313 –

Zunächst erfolgt die Berichterstattung durch Frau Kollegin Morsblech. Es wurde eine Grundredezeit von fünf Minuten vereinbart.

Abg. Frau Morsblech, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch Beschluss des Landtags vom 10. Dezember 2009 sind der Antrag der SPD-Fraktion sowie der Antrag der CDU-Fraktion an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur hat die beiden Anträge in seiner 31. Sitzung am 25. Februar 2010 beraten. Die Beschluss-

empfehlung lautet, den Antrag der SPD-Fraktion anzunehmen und den Antrag der CDU-Fraktion abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank für die Berichterstattung. Für die SPD-Fraktion hat das Wort Herr Kollege Dr. Krell.

Abg. Dr. Krell, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Bologna-Prozess im Allgemeinen und auch die Studierenden- und Schülerproteste waren schon häufiger Gegenstand unserer Beratungen im Landtag und in den Ausschüssen gewesen. Die Anträge, die wir heute zu beraten und zu beschließen haben, liegen nun auch schon einige Monate zurück.

Die SPD-Fraktion hat bereits im Sommer eine Initiative ergriffen und den vorliegenden Antrag im Landtag zur Diskussion gestellt, weil wir die Kritik, die von den Studierenden und den Schülern artikuliert wurde, aufgenommen und uns vor allen Dingen darauf konzentriert haben, welche berechtigte Kritik von den Studierenden und den Hochschulangehörigen im Rahmen der sogenannten Bologna-Reform vorgetragen worden sind.

Noch einmal kurz zur Erinnerung: Die zentrale Forderung der Studierenden und Schülerinnen und Schüler im Sommer war ein gebührenfreies Studium gewesen. Wir haben ein gebührenfreies Erststudium. Dieses ist ein fester Faktor in der rheinland-pfälzischen Hochschulpolitik, an dem wir auch festhalten werden.

(Beifall der SPD)

Der zweite Punkt, der vor allen Dingen von den Schülerinnen und Schülern kritisiert wurde, war das sogenannte Turbo-Abitur gewesen, nämlich nach acht Jahren die allgemeine Hochschulreife zu erreichen. Das ist auch ein Verfahren, das wir in Rheinland-Pfalz nicht so umsetzen, wie es in vielen CDU-geführten Landesregierungen gemacht wird.

Darüber hinaus gab es aber auch Kritik, der wir uns in Rheinland-Pfalz zu stellen hatten. Bevor ich zu diesen Punkten komme, möchte ich noch eine grundsätzliche Bemerkung machen. Die Gestaltung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums ist grundsätzlich richtig und muss weiterverfolgt werden. Darum wird dieser Prozess von der SPD-Fraktion auch nachdrücklich unterstützt.

(Beifall der SPD)

Die Kritikpunkte, die von den Studierenden geäußert wurden, bezogen sich insbesondere darauf, dass sie zu wenig Flexibilität in ihrem Studienalltag haben und im Grunde genommen die Studierfähigkeit zum Teil infrage

gestellt ist. Ich denke, das ist ein wichtiges Argument. Das sind Punkte, die aufgegriffen werden müssen.

Wir glauben, dass im Rahmen der Reakkreditierung – das ist der sogenannte TÜV, wenn man es so ausdrücken will – wieder geschaut werden muss, wie es mit der Studierfähigkeit der einzelnen Studiengänge aussieht und wo man Verbesserungen vornehmen kann, damit es für die Studierenden einfacher wird, ihr erstrebtes Ziel zu erreichen.

Der zweite Punkt betrifft die Flexibilisierung des Studiums insgesamt. Es geht darum, die Studiendauer, die Reihenfolge der Module und auch den Übergang vom Bachelor zum Master flexibler zu gestalten.

Darüber hinaus ist es auch wichtig, zu einer Verringerung der Prüfungsdichte zu kommen und die Anzahl der Prüfungen zu reduzieren. Das ist unseres Erachtens im bisherigen Verlauf nicht in der Wichtigkeit erkannt worden.

Bei allem legen wir Wert darauf, dass wir uns nicht an dem Spiel „Schwarzer Peter“ beteiligen, das einzelnen Akteuren im Hochschulraum alleinige Verantwortung zuweist, sondern wir sind der Auffassung, dass wir es im Dialog mit den beteiligten Akteuren, den Hochschulen, den Hochschulpräsidenten, aber auch mit den Studierenden klären müssen.

Es ist eine erfreuliche Entwicklung gewesen, dass die Landesregierung nicht abgewartet hat, bis die Anträge, die uns heute vorliegen, ausdiskutiert wurden, sondern sie hat beherzt die Initiative ergriffen und die aufgeworfene Problematik schnell und konstruktiv aufgegriffen und die entscheidenden Probleme aufgenommen und in Gesprächen mit den Hochschulen angegangen.

Viele Punkte davon finden wir auch in der Novellierung des Hochschulgesetzes wieder, sodass die angesprochenen Kritikpunkte, die ich aufgeführt habe, im Wesentlichen angegangen sind und zu einer Besserung im Studium führen werden.

Ich möchte im Weiteren auf den CDU-Antrag eingehen. Nach den Protesten im Sommer gingen einige Monate ins Land. Dann kam die Idee, ein Sofortprogramm auf die Beine zu stellen. Mit einigen Punkten können wir uns tatsächlich anfreunden, weil sie offenbar unserem Antrag entnommen sind.

Es geht darum, eine weitere Fassung der Studienmodule sowie eine geringere Regelungsichte zu erreichen, ein Studium in Teilzeitform zu ermöglichen und den Übergang vom Bachelor zum Master zu erleichtern bzw. flexibler zu gestalten. Damit hört aber dann auch die Übereinstimmung auf. Leider ist es nicht dazu gekommen, dass wir uns verständigen konnten, diese Dinge gemeinsam herauszuarbeiten. Insofern möchte ich insbesondere noch einmal die kritischen Punkte hervorheben, die wir nicht teilen können.

Sie schlagen beispielsweise eine Clearingstelle an den Hochschulen vor. Ich denke, das ist zu abstrakt und zu wenig zielführend. Wir vertreten die gleiche Auffassung wie Frau Staatsministerin Ahnen, dass in den Fachaus-

schüssen und den jeweiligen Fachbereichen von Studium und Lehre die einzelnen Beteiligten, die Studierenden und auch die Hochschullehrenden miteinander besprechen müssen und sollen, wo die Knackpunkte sind und große Reibungsverluste gesehen werden. Das ist viel effizienter und führt viel schneller zu guten Lösungen.

(Beifall der SPD)

Die Kapazitätsverordnung, die Sie ansprechen, als eine alleinige rheinland-pfälzische Angelegenheit anzusehen, ist absurd und kann in dieser Weise von uns nicht getragen werden. Der Hauptkritikpunkt gilt aber dem von Ihnen vorgeschlagenen Stipendiensystem. Wir haben sicherlich nichts gegen Stipendien. Darum geht es auch nicht. Ich glaube, hier den Schwerpunkt zu setzen, ist der falsche Ansatz. Wenn man dem Deutschen Studentenwerk Glauben schenken kann, so stellen wir fest, dass 72 % der Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einkommensstarken und hochschulnahen Familien kommen.

Es muss unsere zentrale Aufgabe sein, mehr junge Menschen zum Studium zu bringen. Vor allem müssen wir die finanziellen Barrieren abbauen, damit junge Menschen ein Studium aufnehmen können. Das sollte unser zentrales Ziel sein. Deswegen sagen wir, dass es einen deutlichen Ausbau des BAföG geben muss, damit diese Barrieren nicht mehr in dieser Form vorhanden sind.

(Beifall der SPD)

Dies alles zusammengekommen führt uns zu der Auffassung, dass wir den Antrag der Fraktion der CDU ablehnen und selbstredend unseren befürworten.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Huth-Haage das Wort.

Abg. Frau Huth-Haage, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in den letzten Wochen viel und intensiv über die Studienbedingungen und insbesondere die Umsetzung der Bologna-Reform gesprochen. Es war auch richtig, dass wir uns mit diesem Thema intensiv beschäftigt haben. In anderen Bundesländern ist dies ebenfalls erfolgt. Wir haben auch gesehen, dass sich vor wenigen Tagen die europäischen Bildungsminister intensiv mit diesem Thema befasst haben.

Ich möchte aus der Abschlussdeklaration ein Zitat wiedergeben. Darin heißt es: Die Implementierung des Prozesses ist noch längst nicht gelungen. –

Ich betone das deshalb hier, weil wir uns auch bei den Beratungen immer wieder anhören mussten, wir würden die Bologna-Reform schlechtreden, oder wir wollten das Rad zurückdrehen. Das ist mitnichten so gewesen. Wir

haben Probleme benannt und uns bemüht, die Dinge anzusprechen. Wir haben Ideen aufs Papier gebracht, an welchen Rädern man drehen muss, um diese Probleme zu minimieren oder abzuschaffen. Nur darum ging es.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Studenten müssen mit einer fairen Anerkennung ihrer Leistungsnachweise rechnen. Wir müssen die Lehr- und Lernsituation verbessern, und es heißt ausdrücklich, wenn ich das noch einmal zitieren darf, die landestypischen und kulturellen Unterschiede müssen stärker betont werden. Auch das ist das, was wir gesagt haben. Vieles, was nun in Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene fortgeführt werden soll, steht auch in unserem Antrag.

Lieber Herr Kollege, ein gemeinsamer Antrag, wie Sie es eben angesprochen haben, war nicht möglich. Das wissen Sie. Ihr Antrag ist sehr vage. Wir haben zehn konkrete Punkte erarbeitet, wohl wissend, dass es schwierig ist, sich festzulegen, weil man dann natürlich auch angreifbar ist. Wir haben es getan. Sie wissen es auch. Sie können nicht ernsthaft glauben, dass wir einen Antrag mit so viel SPD-Rhetorik, in dem auf einer Seite die Landesregierung gelobt wird, gemeinsam vortragen können. Das ist absurd.

(Beifall der CDU)

Uns ging es darum, ganz besonders die rheinland-pfälzischen Problemstellungen zu beleuchten. Das haben wir getan. Das war uns immer wichtig.

Sie haben gesagt, die Proteste haben uns in Rheinland-Pfalz nicht so tangiert. Den Studenten ging es um Dinge, die wir in Rheinland-Pfalz gar nicht haben. Wir haben immer gesagt, dass wir spezifische rheinland-pfälzische Probleme haben. Dazu gehört ganz massiv das Problem der Unterfinanzierung.

Die Situation ist durch die neuen Studiengänge, die verschulter sind, schwieriger geworden, weil wir eigentlich eine bessere Betreuungsrelation bräuchten, als wir sie haben. Das ist sicherlich auch ganz wichtig. Sowohl diese Themen als auch die Novelle des Hochschulgesetzes werden uns in den nächsten Monaten weiter beschäftigen. Wir freuen uns. Wir haben im Ausschuss eine Anhörung zu diesem Thema beantragt, weil es wichtig ist, mit den Betroffenen zu reden und alle Verbände sowie insbesondere die Studierenden zu hören.

Bei der Reform der Reform ist es uns wichtig, dass wir begangene Fehler nicht wiederholen. Wir wollen keine bürokratischen Vereinheitlichungen haben, sondern wir wollen die Freiheit von Lehre und Forschung, und wir wollen mehr Eigenverantwortung.

(Beifall des Abg. Schreiner, CDU)

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir uns intensiv mit der Frage der Autonomie befassen. Wir werden fragen, wie viel Freiheit die Hochschulen wollen und wie viel Autonomie das Ministerium bereit ist zu geben. Wir werden uns mit den Fragen der Qualitätssi-

cherung befassen. Das ist sicherlich ein ganz wichtiger Punkt. Wir wissen, die Studiengänge müssen international kompatibel sein. Das ist keine Frage. Aber man muss auch sehen, wenn das nicht funktioniert, dann müssen wir die Arbeit der Akkreditierungsagenturen auf den Prüfstand stellen. Das ist die Grundlage für jegliche Korrektur. Natürlich wird uns die Frage der Finanzierung weiter beschäftigen.

Wir fürchten oder wissen, dass die Mehrheitsfraktion unseren Antrag heute ablehnen wird. Ich glaube aber dennoch, dass es wichtig war, hier zu arbeiten und diese Punkte festzuschreiben. Es bewegt sich etwas. Das haben wir gemerkt. Sie haben eben einen Punkt angesprochen, unser Stipendiensystem, die Idee eines Stipendiensystems, das sich an der Leistung orientiert.

Als das Frau Schavan vor einigen Monaten ins Spiel brachte, gab es bundesweit die erste negative Reaktion, und die kam aus Mainz vom Staatssekretär. Man sieht offensichtlich, es sind Dinge in Bewegung. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Frau Abgeordneten Kohnle-Gros vom 2. März 2010 hinsichtlich der Frage des Stipendiums heißt es, die Landesregierung lehnt das Prinzip der Leistung als Kriterium keineswegs grundsätzlich ab. – Vielleicht müssen Sie sich da noch einmal kundig machen. Aber man sieht, Dinge sind im Fluss, es bewegt sich etwas. Deshalb sind wir optimistisch, was die künftigen Beratungen angeht.

Danke.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuhn von der FDP-Fraktion das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben ist schon ein Stichwort gefallen. Es bewegt sich etwas, und das schon seit langer Zeit. Das Positive an dieser Entwicklung ist, dass deutschlandweit der Konsens besteht, dass wir Korrekturbedarf haben. Das ist nicht nur in Rheinland-Pfalz so, das gibt es – zugegeben – auch in allen anderen Bundesländern. Da haben wir Korrekturbedarf. Es muss optimiert werden. Darüber brauchen wir gar nicht mehr zu reden. Im Kern sind wir uns alle einig. Da gibt es unterschiedliche Facetten, aber im Kern sind wir uns alle einig.

Dennoch weise ich darauf hin, dass die politische Verantwortung, auch wenn in allen anderen Bundesländern mehr oder weniger Fehler gemacht worden sind, für diese Fehlentwicklung und Probleme in Rheinland-Pfalz die Landesregierung trägt, das heißt erstens, Frau Ministerin, ich kann mich gut erinnern, dass Ihr Vorgänger und auch Sie immer mit Stolz davon berichtet haben, wie groß und schnell dieser Prozess in Rheinland-Pfalz vonstatten ging.

Dieser Druck oder – sagen wir einmal – vielleicht auch der gefühlte Druck, der auf den Hochschulen lastet, hat dazu geführt, dass wenig sorgsam und behutsam eine Entwicklung in Gang gesetzt wurde. Zweitens, wenn Sie diesen Bologna-Prozess umsetzen, dann wusste man damals auch, wir brauchen eine wesentlich bessere Betreuungsrelation, sonst funktioniert dieses neue System nicht.

(Beifall der FDP)

Es funktioniert auch aus diesem Grund nicht.

Es ist eine Frage der finanziellen Ausstattung an Teilen von Hochschulen und einzelnen Hochschulen. Es gibt auch da Unterschiede. Das wissen wir.

Meine Damen und Herren, diese beiden Anträge sehen wir unterschiedlich. Wie gesagt, auch bei der CDU-Fraktion wird vieles richtig gesagt. Es gibt auch Konsens. Uns stört – wie eben von der FDP-Fraktion gesagt wurde – die Forderung nach der Einsetzung einer unabhängig besetzten Clearingstelle, das heißt, wieder eine Organisation über den Hochschulen. Das widerspricht unserer Auffassung von Autonomie der Hochschulen.

Wenn wir schon wieder etwas darübersetzen, dann widerspricht das unserer Grundforderung, den Hochschulen selbst die Verantwortung zu geben. Das können sie auch. Aus diesem Grund können wir diesem Antrag nicht zustimmen und werden uns enthalten, weil auch vieles richtig ist.

Im SPD-Antrag steht auch das eine oder andere, und vom Grundkonsens her ist vieles richtig. Es ist fast identisch. Ich glaube, man wäre zu einer Einigung gekommen, wenn da nicht einige Abschnitte wären, die auch aus unserer Sicht für uns nicht tragbar sind. Da geht es um die Finanzierung.

(Beifall der FDP)

Warum packen Sie das in dieser Art und Weise mit ein? Es war gar nicht notwendig, und Sie wollten wahrscheinlich auch gar nicht, dass ein Konsens hergestellt wird.

Wenn Sie in dieser Art und Weise über die Finanzierung der Hochschule sprechen, können wir das so nicht mittragen.

Ich darf Herrn Dr. Krell ansprechen. Ich bin über einen Satz gestolpert. Ich habe mir genau überlegt, was Herr Dr. Krell meint. Ich darf aus dem Antrag zitieren: „Eine solide finanzierte Hochschulpolitik ist auch ohne die Erhebung von Studiengebühren möglich.“ Dass wir unterschiedliche Auffassungen haben, was Studienbeiträge anbelangt, sei dahingestellt. Das ist Ihre politische Überzeugung. Darum geht es nicht.

Herr Dr. Krell, überlegen Sie es sich einmal. Sie haben bestimmt lange darüber nachgedacht. Da bin ich ganz sicher. Was ist denn mit dem Wort „möglich“ gemeint?

(Ministerpräsident Beck: Dass man es macht wie in Rheinland-Pfalz!)

Ist es so, oder ist es nicht so? Sind die Hochschulen entsprechend gut finanziert, oder sind sie es nicht? Wenn Sie „möglich“ sagen, dann meinen Sie vielleicht in Zukunft, das heißt, das widerspricht der Aussage der Landesregierung.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

– Das kann man ablesen. Natürlich, Herr Kollege. Da muss man genau hinschauen.

Es widerspricht der Auffassung oder Darstellung der Landesregierung, dass die Hochschulen jetzt und heute ausreichend finanziert sind.

Herr Dr. Krell, mit diesem Widerspruch müssen Sie zurande kommen. Wenn Sie – das hatte ich Ihnen schon einmal gesagt – im Wahlkampf vielleicht vor einer größeren Zahl von Studierenden reden, dann überlegen Sie sich einmal, ob Sie diesen Satz wirklich gebrauchen. Der wird von den Studierenden natürlich in der Regel so interpretiert, wie ich das eben gesagt habe.

Das heißt, diese nach unserer Einschätzung überzogene Darstellung der Guttaten der Landesregierung, was Finanzierung anbelangt, dass einiges geschehen ist, ist nicht bestritten. Das reicht nicht. Sie kennen unsere Position. Allein wegen dieser überzogenen Darstellung und des Selbstlobes, das über Abschnitte hineingepackt worden ist, werden Sie verstehen, dass wir uns Ihrem Antrag nicht nur enthalten,

(Glocke der Präsidentin)

sondern wir werden den Antrag aus den genannten Gründen ablehnen.

Hinsichtlich des Antrags der CDU-Fraktion werden wir uns enthalten.

Danke.

(Beifall der FDP –
Ramsauer, SPD: Das ist gar nicht nett!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Frau Staatsministerin Ahnen das Wort.

**Frau Ahnen, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Jugend und Kultur:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich noch ein paar wenige Anmerkungen zu einer Debatte machen, die wir in den letzten Monaten sowohl im Plenum als auch im Ausschuss intensiv geführt haben, die sicher mit der heutigen Beratung der Anträge nicht abgeschlossen ist. Das ist eben schon deutlich geworden. Mindestens ein großer Brocken, der auch Konsequenzen aus Bologna zieht, nämlich das neue Hochschulgesetz, wird in den nächsten Wochen und Monaten das Parlament in besonders intensiver Art und Weise beschäftigen.

Es ist schon auf die Bologna-Konferenz in Wien und Budapest Bezug genommen worden, die sozusagen zehn Jahre Bologna-Reform resümieren wollte.

Ich denke, auch da ist deutlich geworden – Frau Abgeordnete Huth-Haage, Sie haben darauf hingewiesen –, dass insgesamt ein Reformbedarf konstatiert worden ist. Man darf aber vielleicht darauf hinweisen, dass wir in Deutschland relativ frühzeitig diesen formuliert und die Studierenden mit ihren Protesten zu einer Beschleunigung beigetragen haben. Ich glaube, das darf man an dieser Stelle deutlich sagen.

Man darf hinzufügen, dass Rheinland-Pfalz an vielen Stellen, zum Teil durch günstige Fügung, weil wir zum Beispiel das Hochschulgesetz in der Beratung haben, an der Spitze in der Schnelligkeit reagiert hat. Wir haben das einerseits im Land getan, indem wir uns mit den Präsidentinnen und Präsidenten verständigt haben, ein klar und zeitlich befristetes Überprüfungsprogramm zu schaffen, und andererseits die Konsequenzen in die Hochschulgesetznovelle mit aufgenommen haben, die Sie jetzt beraten werden.

Zum Dritten haben wir unsere Vorstellungen in die KMK eingebracht. Sowohl der Beschluss, die Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses, vom 15. Oktober letzten Jahres als auch jetzt die Eckpunkte zur Korrektur der ländergemeinsamen Strukturvorgaben für die Bachelor- und Masterstudiengänge vom Dezember letzten Jahres tragen unsere Handschrift mit.

Wir haben – das stimmt – von Anfang an auch auf die soziale Dimension der Bologna-Reform hingewiesen. Das ist wahrscheinlich der Punkt, an dem hier im Haus nach wie vor die Unterschiede am größten sind.

Ich habe dann jetzt gerade auch noch einmal den Satz nachgelesen. Es ist nicht meine Aufgabe, Herrn Krell zu interpretieren, aber ich habe mir den Antrag jetzt noch einmal durchgelesen, weil er auch gleich verabschiedet wird.

Herr Kollege Kuhn, ich schätze durchaus Ihre Fähigkeiten im Interpretieren von Texten, nur der Satz heißt folgendermaßen: „Eine solide finanzierte Hochschulpolitik ist auch ohne die Erhebung von Studiengebühren möglich.“

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Dann geht es weiter: „Der Landtag begrüßt daher, dass in Rheinland-Pfalz“, usw.

Der Satz macht eine klare Aussage, und er gibt eine klare Antwort.

Herr Dr. Krell, ich mache mir keine Sorgen um Ihre Diskussion mit den Studierenden, weil an der Stelle, dass wir keine Studiengebühren wollen, glaube ich, werden Sie immer noch Beifall bekommen, gerade von den Studierenden.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Eymael, FDP)

Dass Herr Staatssekretär Ebling in einer Anfrage – wenn ich es richtig verstanden habe – geschrieben hat, dass die Landesregierung das Leistungsprinzip nicht ablehne, so muss ich sagen, ich bin immer dankbar, wenn Sie uns Fortschritte in unseren Entwicklungen konstatieren. Das kommt selten genug vor, Frau Huth-Haage. Ich weiß aber gar nicht, wo Sie da einen Fortschritt konstatieren wollen, weil nie etwas anderes gesagt worden ist.

Das heißt aber noch lange nicht, dass man ein Stipendiensystem, das gerade das nicht macht, sondern zu neuen Ungerechtigkeiten führt, auch schon gut finden müsste. Ich glaube, unsere Kritik an der Stelle ist sehr fundiert und differenziert, dass wir nämlich von Anfang an deutlich gesagt haben, wir sind nicht gegen Stipendien – wie sollten wir auch, wir haben in Rheinland-Pfalz dazu Initiativen ergriffen –, aber nicht so, wie es dort vorgesehen ist.

Für uns liegt die klare Priorität beim BAföG. Deswegen haben wir auch einen entsprechenden Antrag im Bundesrat eingebracht.

(Beifall der SPD)

Herr Abgeordneter Kuhn, auch in der Wertschätzung Ihrer differenzierten Argumentation muss ich doch sagen, an einer Stelle war sie ein bisschen geschludert.

(Eymael, FDP: Was?)

– Doch, doch, doch.

(Eymael, FDP: Das kann nicht sein!)

– Nein, nein, nein.

Das war die Stelle: Mein Vorgänger im Amt und auch ich hätten hier gestanden und hätten uns gelobt, dass die Bologna-Reform so schnell umgesetzt werden würde. Nein, die FDP-Fraktion hat hier den Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Aussprache gestellt.

(Ramsauer, SPD: So ist es! Genau so war es!)

Der hatte leider festgestellt, wir wären so langsam mit der Bologna-Reform in Rheinland-Pfalz.

(Ramsauer, SPD: Ganz genau so war es!)

Dafür haben Sie uns heftig kritisiert. Das kann man in den Protokollen des Landtags nachlesen.

(Ramsauer, SPD: Genau!)

So viel Wahrheit muss an der Stelle dann schon sein. Dafür haben Sie uns kritisiert, weil das im Bildungsmonitor zu den Bewertungen geführt hat.

(Beifall der SPD –

Ramsauer, SPD: Wie immer: Heute wollen Sie es nicht mehr sein!)

Wo es um Zügigkeit geht, das ist eine andere Stelle. Mir ist wichtig – das wird gar nicht einfach werden –, dass all

das, was jetzt an Veränderungen beschlossen ist und auch in Angriff genommen wird, so zügig umgesetzt werden kann, dass es für die Studierenden möglichst schnell wirksam wird.

Das ist jetzt noch einmal richtig viel Arbeit, auch in den Hochschulen. Trotzdem wollen wir uns bemühen, dass das so schnell als irgend möglich dann für die Studierenden Wirksamkeit entfaltet und vor allen Dingen gewährleistet ist, dass die Überprüfung in den Hochschulen in enger Zusammenarbeit mit den Studierenden stattfindet. Es gibt Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ich hoffe, dass die auch genutzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für die bisherige Debatte. Ich freue mich auf die weitere Beschäftigung mit dem Hochschulgesetz und gehe davon aus, dass vieles von dem, was hier ange-dacht worden ist, auch sehr schnell in die Umsetzung kommen kann.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung über beide Anträge, wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, und zwar zuerst zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 15/3917 –, da die Beschlussempfehlung die Ablehnung empfiehlt.

Wer der Beschlussempfehlung, Ablehnung des Antrags, zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP abgelehnt.

Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/3735 –. Wer dem Antrag zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Somit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Vielen Dank.

Als weitere Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtags-seminar. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben gebeten, dass Punkt 7 der Tagesordnung, Landesjagd-gesetz, auch im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau behandelt werden soll. Das nur zur Kenntnis.

Wir kommen zu **Punkt 11** der Tagesordnung:

Einführung einer Nährwert-Ampel als eine verbraucherfreundliche Kennzeichnung für Lebensmittel
Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 15/4117 –

dazu:
**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt,
 Forsten und Verbraucherschutz**
 – Drucksache 15/4319 –

Zunächst hat die Berichterstatterin, Frau Kollegin Schellhaaß, das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Die Einführung einer Nährwert-Ampel als verbraucherfreundliche Kennzeichnung für Lebensmittel, zum Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4117 –:

Durch Beschluss des Landtags vom 4. Februar 2010 ist der Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz überwiesen worden, der den Antrag in seiner 28. Sitzung am 2. März 2010 beraten hat. – Beschlussempfehlung: Der Antrag wird angenommen.

(Beifall der FDP –
 Pörksen, SPD: Gute Entscheidung!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern war für die Lobby der Lebensmittelindustrie ein guter Tag, und die konservativen Abgeordneten im Ausschuss für Gesundheit und Umwelt in Europa haben dort die Steigbügel gehalten. Die Ampel-Kennzeichnung ist zunächst einmal mit einer Stimme Mehrheit, also äußerst knapp, abgelehnt worden.

Bezeichnend dabei ist, dass Coca-Cola, Nestlé und sieben weitere Konzerne diese Entscheidung, die mit nur einer Stimme Mehrheit – ich betone es noch einmal – getroffen wurde, sehr begrüßt haben. Ich finde das bedauerlich, zumal es sich gegen die Verbraucherinnen und Verbraucher richtet.

(Beifall der SPD)

Laut Umfrage wollen 70 % der Menschen in Deutschland die Ampel-Regelung als Kennzeichnung.

Das EU-Parlament wird hierüber noch im Mai oder Juni beschließen müssen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Meinungen sehr weit auseinandergehen.

Wir werden uns das sehr genau ansehen. Hierbei muss zumindest eine nationalstaatliche Regelung möglich sein. Dann müssen auch Frau Aigner und Frau Klöckner sagen, warum sie gegen den ausdrücklichen Willen der Verbraucherinnen und Verbraucher handeln.

(Frau Schäfer, CDU: Ich bin auch Verbraucher!
 Ich will es nicht!)

Frau Klöckner kann sich nicht damit herausreden, dass die Ampel-Kennzeichnung zu vereinfachend ist. Das ist geradezu ein Affront gegen die Konsumenten.

(Beifall der SPD –
 Pörksen, SPD: Richtig!)

Sie will die Kunden zwingen, sich beim Einkauf ca. zwei Stunden Zeit zu nehmen, um die diversen Inhaltsstoffe auf einer Verpackung zu lesen.

Ich habe dann im Geschäft die Möglichkeit, den Nährwert einer Dose Fisch herauszufinden. – Ich habe einmal eine Dose Fisch mitgebracht, ich esse ihn sehr gerne.

(Schweitzer, SPD: Ich aber nicht! –
 Zuruf von der CDU: Ich esse nur frischen Fisch!)

Es sind Pfeffermakrelenfilets. Die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Kunden haben die Möglichkeit, die Inhaltsstoffe zu lesen. Ich empfehle aber nachdrücklich, eine Lupe mitzubringen.

Ich habe es mir einmal abgeschrieben. Die Inhaltsstoffe sind im Kleingedruckten vermerkt.

(Schweitzer, SPD: Ich kann es gar nicht lesen!)

Auf der Dose steht: Angaben zum Brennwert: 150 Kalorien, Eiweiß: 18,3 Gramm, Kohlenhydrate: 8,2 Gramm, Zucker: 0,2 Gramm, Fett, gesättigte Fettsäuren, Inhaltsstoffe, Natrium, umgerechnet auf jeweils 100 Gramm. – Diese Dose enthält 125 Gramm. Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Wie gesagt, lesbar ist das ohne Lupe nicht.

(Unruhe im Hause)

– Ich glaube, ich muss ein wenig leiser sprechen, dann werden sich auch die Kollegen etwas beruhigen.

(Beifall der SPD)

Außerdem ist ein kleiner Lehrgang für Ernährungslehre in der Volkshochschule dringend angeraten. Dies sollten nach Lesart von Frau Klöckner und Frau Schäfer sowie so alle Verbraucherinnen und Verbraucher nachholen.

Uns stellt sich nachdrücklich die Frage, weshalb alle Warnungen der Krankenkassen und der Ärzte in den Wind geschlagen werden und weshalb so getan wird, als gäbe es bei der derzeitigen Kennzeichnung keine Probleme. Warum haben wir die hohe Zahl an übergewichtigen Menschen? Sind die Menschen deshalb übergewichtig, weil die bisherige Kennzeichnung so optimal ist?

Laut der Ärzte und Krankenkassen, nachzulesen in „SPIEGEL ONLINE“, sind in Deutschland zwei von drei Männern und jede zweite Frau übergewichtig. Hinzu kommen 1,9 Millionen Kinder und Jugendliche.

Für Sie ist die Lobby der Lebensmittelindustrie maßgeblicher als alle Warnungen der Verbraucherschützer, der Ärzte, Krankenkassen und Wissenschaftler.

Frau Schäfer, wie sagten Sie in der letzten Plenardebatte so schön? – Ich habe noch nie gehört, dass die derzeitige Kennzeichnung krank macht und man sich davon distanzieren muss. Das haben Sie in der letzten Plenardebatte gesagt.

(Pörksen, SPD: Sie sagt viel Quatsch!)

Aber ich sage Ihnen, es kommt nicht aufs Hörensagen an. Nur ein Blick in unsere Gesellschaft und auf die wissenschaftlich belegten Zahlen machen deutlich, dass die derzeitige Kennzeichnung und das, was in der EU demnächst an Kennzeichnung geplant ist, nicht ausreicht.

(Beifall der SPD)

Die Frage muss doch lauten: Warum setzen sich so viele Organisationen für die Ampelkennzeichnung ein? – Sie alle wollen im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher und deren Gesundheit gehandelt wissen. Jährlich werden Milliarden Euro für ernährungsbedingte Krankheiten ausgegeben. Fachleute sprechen von 70 Milliarden Euro. Auch das ist für das Gesundheitswesen relevant.

Es ist auch bewiesen, dass sich in England nach Einführung der Ampelkennzeichnung die Lebensmittelindustrie bei den Inhaltsstoffen umgestellt hat. Dazu gehören beispielsweise auch die Geschmacksverstärker oder diverse Aromastoffe. Die Verbraucherzentrale hat insbesondere davor schon gewarnt.

Die mündigen Verbraucherinnen und Verbraucher müssen durch ihre Kaufentscheidung klar zum Ausdruck bringen, dass sie auf einen Blick sehen möchten, wo Vorsicht geboten ist und was sie unbedenklich essen können. Dies ist von der Lebensmittelindustrie offenbar sehr gefürchtet.

Wir werden dies benennen und auch immer wieder darauf drängen, endlich dem Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher zu entsprechen. Dies bedeutet für meine Fraktion eine einfache und transparente Kennzeichnung, die mit der Nährwertampel gegeben ist, damit der Kunde im Laden nicht mit der Lupe den Packungsinhalt nachlesen muss.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme sofort zum Schluss, Frau Präsidentin.

Hierfür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Dies gilt auch für die Abgeordneten im EU-Parlament – ich denke, auch andere Organisationen werden nicht ruhen –; denn dort wird das Gesetz noch abgestimmt werden müssen.

(Glocke der Präsidentin)

Eine Stimme im Ausschuss sagt überhaupt nichts.

Danke schön.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Schäfer das Wort.

Abg. Frau Schäfer, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Pörksen, SPD: Und schon steht die Ampel auf Rot!)

– Schön wäre es für Sie, nicht wahr? Das hätten Sie gern!

Liebe Frau Kollegin Elsner, ich finde es sehr nett, dass Sie für die Verbraucher sprechen. Ich kann Ihnen sagen, ich bin auch Verbraucherin, und für mich sprechen Sie ganz sicher nicht.

Ich will an dieser Stelle auch nicht von Verbrauchertäuschung sprechen. Aber das, was Sie heute tun, ist unredlich. Sie tun gerade so, als ginge die Welt unter, wenn es nicht zu der von Ihnen bevorzugten Lösung der Kennzeichnung kommt. Das haben wir heute schon zur Genüge gehört, und das ist einfach unredlich. Damit machen Sie den Verbrauchern etwas vor. Aber glauben Sie nicht, dass sie darauf hereinfallen. Die Verbraucher wissen das schon.

(Beifall der CDU)

Wir haben uns darüber gewundert, dass Sie nach der gestrigen Entscheidung im Europaparlament noch bei Ihrer Position bleiben. Ich möchte noch ein paar Sätze dazu sagen, was die Ampelkennzeichnung bedeutet. Wir haben schon beim letzten Mal sehr ausführlich darüber gesprochen.

Die Nährwertampel ist eine irreführende Kennzeichnung. Können Sie sich vorstellen, was Verbraucherinnen und Verbraucher denken, wenn sie beispielsweise die Kombination von rot und grün auf einer Lebensmittelpackung sehen?

(Ministerpräsident Beck: Wenn sie schwarz sehen würden, wäre es schlimmer!)

Ist es nun gut oder schlecht für sie?

Sie sprechen auch immer davon, dass die Menschen und auch die Kinder übergewichtig sind. Es ist richtig – ich spreche aus eigener Erfahrung –, übergewichtige Menschen haben ein Problem mit ihrer Ernährung. Aber diese Probleme haben nicht nur übergewichtige Menschen, sondern können auch andere haben, die untergewichtig sind. Sollen in Zukunft nun alle untergewichtigen Menschen lauter Nahrungsmittel zu sich nehmen, die rote Punkte aufweisen? – Dies wäre im Grunde die logische Konsequenz.

(Beifall der CDU –

Pörksen, SPD: Sie machen es sich aber sehr einfach!)

Ich muss sagen, das ist purer Blödsinn. Wenn Orangensaft rote und Cola light grüne Punkte bekommt, kann man schon erkennen, dass ein Missverhältnis vorliegt und das nicht stimmen kann.

(Pörksen, SPD: Coca-Cola lässt grüßen!)

Vielleicht haben die Christdemokraten ein anderes Menschenbild,

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

aber wir sehen schon den mündigen Verbraucher im Vordergrund. Wir machen es nicht wie die SPD, die meint, den Menschen vorschreiben zu müssen, wie sie leben sollen und was sie essen sollen.

(Zurufe von der SPD: Ah! –
Ministerpräsident Beck: So ein Quatsch! Können Sie sich vorstellen, dass mir einer vorschreibt, was ich essen soll? Sehe ich so aus?)

– Schauen Sie einmal in das Protokoll der letzten Plenarsitzung. Darin hat Ihre Kollegin gesagt: Wir wollen den Verbrauchern sagen, was sie essen sollen. –

(Ministerpräsident Beck: So ein Mist! Die SPD schreibt den Menschen vor, was sie essen sollen!)

Wir wollen das nicht.

Wichtig ist, dass die Menschen eine Möglichkeit haben, auf klare und transparente Weise zu sehen, was an Inhaltsstoffen in einem Lebensmittel enthalten ist. Diese Information erhalten sie mit der Lösung, die nun EU-weit angedacht ist, und dies ist ein guter Weg.

Das ist ein guter Weg. Das ist das eine. Sie brauchen Informationen, damit sie auch die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, was sie machen und was sie essen.

Darüber hinaus muss man sagen, es muss auch ganz früh vermittelt werden, was eine gesunde Ernährung ausmacht.

Vor einiger Zeit haben wir hier gemeinsam einen Antrag zum Gesundheits- und Haushaltsmanagement an Schulen auf Initiative der CDU beschlossen. Dafür haben wir lange gekämpft.

(Pörksen, SPD: Was habt Ihr?)

Jetzt haben wir schon eine erste Rückmeldung aus dem Bildungsministerium bekommen, was passieren soll. Da kann ich Ihnen sagen, ich habe nicht den Eindruck gewonnen, dass man dieses Thema wirklich ernst nimmt.

(Beifall bei der CDU)

Darauf wird es ankommen. Es wird darauf ankommen, dass wir Kindern und Jugendlichen vermitteln können, wie wichtig es ist, sich gesund zu ernähren, was gesunde Nahrungsmittel sind und man auch einmal ein Stück

Schokolade oder ein Stück Kuchen essen darf, aber eben die Gesamtschau sehen muss.

(Ministerpräsident Beck: Jetzt wollen Sie mir ja vorschreiben, was ich essen darf!)

Es hilft uns nichts, wenn wir das auf eine so irreführende Weise machen, wie Sie es gerne hätten. Deswegen ist es richtig, was im Europäischen Parlament

(Pörksen, SPD: Ist noch gar nicht!)

oder im Ausschuss beschlossen wurde, jawohl. Deswegen ist das der richtige Weg. Ich bin mir ganz sicher, dass wir diesen Weg auch bei uns mit vollziehen können.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Schellhaaß das Wort.

Abg. Frau Schellhaaß, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Rotes Licht für die Ampel“ titelte www.tagesspiegel.de heute.

Der Ausschuss des EU-Parlamentes für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit hat

(Pörksen, SPD: Hat falsch entschieden!)

gestern die Ampelkennzeichnung abgelehnt und festgestellt: Sie ist unwissenschaftlich und irreführend.

(Beifall der FDP)

Ohne die EU geht jedoch nichts, weil nur EU-weite Regelungen möglich sind. Schon deshalb ist der SPD-Antrag hinfällig.

(Beifall der FDP und bei der CDU –
Pörksen, SPD: Das wäre sehr voreilig!)

Nach der Rede von Ihnen, Frau Elsner, drängt sich mir der Eindruck auf, entweder Sie kümmern sich gar nicht darum, worum es geht, oder es geht um Verdummung, nicht aber um Aufklärung, erst recht nicht um gesündere Ernährung.

Zum Lesen brauchen Sie offenbar recht lange.

Nochmals sei gesagt, wir wollen die Angaben von Zucker, Fett, ungesättigten Fettsäuren und Salz in Gramm pro 100 Gramm auf jeder Packung. Frau Elsner, wenn Sie eine größere Schrift fordern würden, dann könnten wir darüber reden.

(Ministerpräsident Beck: Aber so groß ist die Dose nicht!)

Sie wollen aber zum Kleingedruckten zusätzliche Farbpunkte, grün für gut, rot für schlecht, gelb für neutral. Das heißt, dreimal grün und einmal rot signalisieren für

den Verbraucher, prima, das kann ich beruhigt konsumieren.

Aber dreimal grün und einmal rot haben Cola und viele andere Limonaden, die meisten Bonbons und Lutscher, etliche Sorten Paprikachips, Mischgetränke aus Limonade und hochprozentigem Alkohol. Wollen Sie da wirklich dreimal grün vermitteln?

Viermal grün vermittelt: Bestens, unbedingt zu empfehlen. – Da finden Sie zum Beispiel Fertigmenüs, die in Bezug auf Zucker, Fett, Salz, Eiweiß okay sind, aber mit viel Geschmacksverstärkern, künstlichem Aroma und Zusatzstoffen hergestellt sind.

Sie finden dort zum Beispiel Fertigdesserts, die nur aus Henkel-Quellprodukt, Süßstoff, der, wie wir inzwischen wissen, auch dick macht, künstlichen Aromen und Zusatzstoffen bestehen. Da wollen Sie im Ernst unbeschränkt grün geben? Da sollen wir glauben, dass es der SPD um gesündere Ernährung und Aufklärung geht?

(Zurufe im Hause)

– Herr Pörksen, vielleicht können Sie nicht ständig ganz so laut dazwischenreden.

Statt Ihrer irreführenden Farben hat unser „1 plus 4“-Modell zusätzlich zu den Angaben pro 100 Gramm Besseres zu bieten. Zusätzlich steht vorneweg noch der Energiegehalt in Kilokalorien pro 100 Gramm. Das ist eine sehr nützliche weitere Information. Außerdem kann, wer will, weiterlesen, das müssen Sie keineswegs. Sie können also lesen, wie viel Gramm der genannten vier Stoffe das Produkt, nach dem Sie gegriffen haben, pro Portion hat und wie viel Prozent des täglichen Bedarfs dann von dieser Portion gedeckt ist.

Sie werden dann zum Beispiel bei Süßigkeiten, Limonaden oder Fetten feststellen, dass die Portionen, die Sie gewohnt sind, um einiges größer sind als die, die der Hersteller sich selbst vorstellt. Das fördert dann vielleicht das Nachdenken über Ihre Gewohnheiten in Bezug auf Zucker, Fett oder gar alkoholische Getränke.

(Ministerpräsident Beck: Oh je! Jetzt ist aber gut! – Pörksen, SPD: Jetzt esse ich gar nichts mehr!)

Aber das Lesen und Nachdenken trauen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, dem Verbraucher, wie Sie mehrfach betont haben, gar nicht zu. Ihr Verbraucher soll – von drei grünen Punkten geleitet – zum Beispiel guten Gewissens weiter Cola und alles andere, was ich aufgezählt habe, konsumieren.

Ich möchte nicht bestreiten, dass ein gutes Gewissen etwas Angenehmes ist. Der Gesundheit und der Gewichtsabnahme dient es bei der Nährwertampel, wie man sieht, nicht.

Es geht der SPD also nicht um Aufklärung oder gesündere Ernährung, es geht um Populismus und Polemik wider besseres Wissen.

(Beifall der FDP und bei der CDU – Widerspruch von der SPD)

Das „1 plus 4“-Modell bietet dieselben Informationen wie die Ampel, plus zusätzlicher Informationen für den, der sie lesen will, ohne die irreführenden Farben. Das wollen wir, und das kommt EU-weit. Ihren in jeder Hinsicht veralteten Antrag lehnen wir ab.

(Beifall der FDP und bei der CDU – Ramsauer, SPD: Frau Schellhaaß, Sie kriegen den roten Punkt! –

Pörksen, SPD: Das waren null Punkte! – Ministerpräsident Beck: Schade, dass ich Fastenzeit habe, sonst würde ich heute Abend Wein trinken und Schokolade essen!)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Conrad das Wort.

Frau Conrad, Ministerin für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man diese Debatte verfolgt, so gebe ich zu, dann könnte man den Eindruck haben, als wollte man uns allen – ich fühle mich da auch angesprochen, ich glaube, der Ministerpräsident auch – wirklich die Liebe und das gerne Essen und Trinken und erst recht die Freude am rheinland-pfälzischen Wein verderben.

(Ministerpräsident Beck: Aber bei Ihnen sieht man es nicht! Bei mir ist es zu beweisen!)

Das ist todsicher nicht Hintergrund dieser Debatte. Ich bitte auch, dass man das hier noch einmal deutlich machen darf.

Frau Schäfer, ich möchte gar nicht mehr viel inhaltlich sagen. Die Debatte war aber wirklich wieder auf einem Niveau, das mich wundert. Wir haben das Thema mindestens zweimal, ich glaube sogar dreimal im Ausschuss diskutiert, zweimal im Plenum. Man hätte daher annehmen können, dass heute in der Debatte wirklich ein Fortschritt zumindest an Grundlagen und Kenntnissen zu verzeichnen gewesen wäre. Aber das kann ich bei Ihrem Redebeitrag und im Übrigen auch bei Ihnen, Frau Schellhaaß, wirklich nicht erkennen.

(Beifall der SPD)

Es ist wirklich so. Sie haben gesagt, der Antrag sei veraltet. Nein, der Antrag ist nicht veraltet. Er ist im Übrigen noch hoch aktuell.

(Bracht, CDU: Überholt!)

vor dem Hintergrund, dass in Europa gerade über diese Frage entschieden wird und noch nicht entschieden ist,

(Eymael, FDP: Doch, im Umweltausschuss!)

sondern in der Tat erst im Mai im Europäischen Parlament im Plenum eine Entscheidung fallen soll. Es ist

also durchaus noch interessant, momentan Einfluss auf diese Debatte auch in der Öffentlichkeit zu nehmen.

Die Debatte ist nicht nur deswegen nicht alt oder hinfällig, aber alt an dieser Debatte sind Ihre Argumente. Sie sind alt und sind wie gestern und vorgestern falsch.

Im Übrigen deckt sich das in der Chronologie der ganzen Debatte und Argumentation, wie Frau Aigner – Frau Klöckner kann ich auch dazu nennen –, wie aber auch Teile der FDP immer wieder die Fakten in der Öffentlichkeit nicht klar herüberbringen.

Wir diskutieren über Irreführung in der Lebensmittelkennzeichnung. Wenn etwas irreführend ist, dann ist es die Argumentation zur Ampelkennzeichnung. Es geht nicht darum, dass einfache Lebensmittel oder Säfte irgendwie gekennzeichnet oder mit Cola verglichen werden. Es geht vor allen Dingen um Fertigprodukte, um zusammengesetzte Lebensmittel, bei denen Sie nicht mehr erkennen können, welcher Gehalt an Fett, Eiweiß und Zucker enthalten ist.

Frau Schäfer, Sie haben etwas gesagt, was ich entschieden zurückweisen muss. Ich wusste gar nicht, wozu Sie eigentlich fähig sind.

(Zurufe im Hause: Oh je!)

– Nein, ich meine, was Sie uns unterstellen, pardon. Die Landesregierung, die diesen Antrag unterstützt, hat todsicher nicht vor, den Menschen etwas vorzuschreiben.

Aber wir haben tatsächlich vor, den Menschen eine einfache Orientierung zu geben.

(Beifall der SPD)

Das macht Verbraucherpolitik aus. Wir wollen nicht nur den Menschen eine Orientierung geben, die sofort innerhalb von fünf Minuten den doppelten Dreisatz rechnen können, um ein Lebensmittel einschätzen zu können, oder für die, die immer mit dem Taschenrechner einkaufen gehen oder zu Hause in der Küche den Taschenrechner parat liegen haben, sondern wir wollen, dass sich jeder einfach damit auseinandersetzen kann.

Zu Recht sind die Situation der Kinder und Jugendlichen, deren Ernährungsgewohnheiten und die Fehlernährung angesprochen worden. Dazu gehört die dramatische Zunahme des Diabetes Typs II bei Kindern, den man früher als Altersdiabetes bezeichnet hat. Da arbeitet die Bauchspeicheldrüse nicht mehr genug, gegebenfalls auch aufgrund von Fehlernährung. Das finden wir heute bei Kindern. Das ist ein Ergebnis von Fehlernährung der Kinder.

Heute reiht sich auch der Verband der Kinder- und Jugendärzte in die Reihe derer ein, die die Ampelkennzeichnung unterstützen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei Umfragen 90 % der Eltern von Kindern gerne für sich, aber auch für ihre Kinder, um sie Schritt für Schritt an eine gesunde Ernährung heranzuführen, diese Ampelkennzeichnung befürworten. Ich frage mich, wie

Sie dazu kommen, zu unterstellen, dass man etwas vorschreibt, was nicht wissenschaftlich begründet ist und was die Verbraucher nicht wollten. Das ist irreführend bei dieser ganzen Debatte.

(Beifall der SPD)

Sehen Sie, deswegen haben wir uns noch einmal an das Europäische Parlament gewandt. Ich habe unsere deutschen Abgeordneten im zuständigen Ausschuss noch einmal gebeten, diese Entscheidung zu überdenken. Ich habe es letztes Mal deutlich gemacht, dass wir vor einem Jahr noch parteiübergreifend auf einer Linie gewesen sind. Allerdings haben Frau Klöckner und Frau Aigner das schon immer nicht gewollt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hoffen, dass es in Brüssel im Mai eine andere Entscheidung gibt.

Davon hängt nicht die gesamte Frage der gesunden Ernährung ab. Das ist vollkommen klar. Eines ist auch klar, diese komplizierte Regelung ist alles andere als klar, einfach und für jeden benutzbar. Das gilt erst recht für die Gesellschaftsschichten, die sich nicht jeden Tag mit dem Thema einer gesunden Ernährung auseinandersetzen. Das gilt auch für Kinder. Wissen Sie, wenn diese Verordnung käme, wie sie die Bundesregierung befürwortet, dann ist das natürlich eine gigantische Fehlinvestition. Das ist schade dabei. Die Lebensmittelindustrie muss jetzt etwas ganz anderes machen als das, was letzten Endes der Bevölkerung und den Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen würde.

Man muss sich die Frage stellen – das ist das Spannendste dabei –, was motiviert die Bundesregierung, gegen alle Interessenverbände der Verbraucher, der Kinder- und Jugendärzte, der Ärztekammer, also alle Verbände der Gesundheit, und der Krankenkassen die Forderung nach einer Ampelkennzeichnung zu diskreditieren und sich für dieses komplizierte, wenig brauchbare System ihrer eigenen Kennzeichnungsverordnung auszusprechen. Das ist die spannende Frage. Ich überlasse sie Ihnen zur Beantwortung.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 15/4117 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und der FDP angenommen.

Wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung und treffen uns wieder morgen um 9:30 Uhr.

E n d e d e r S i t z u n g: 18:24 Uhr.